

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus
Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummern mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Dolland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile über deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Werbellinungen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
Wort 20 Pf., (zufällig 2-fachgedruckte
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Schlafstellenan-
gebote das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Heute ist der Tag des Protestes!

Rechtlose, erscheint alle in unseren Versammlungen!
Zeigt, daß Ihr es satt habt, länger Staatsbürger zweiter und dritter Klasse zu sein!
Erhebt Einspruch gegen das Treiben der Chauvinisten, die Euer Gut und Blut für die kapitalistischen Interessen in Marokko einsetzen
wollen!
Protestiert gegen den Imperialismus, der kriegerische Gefahren über das deutsche Volk heraufbeschwört!
Legt Zeugnis ab für die Freiheit und den Frieden, für die internationale Solidarität gegen kapitalistisch Völkerverhetzung und gegen
koloniale Raubpolitik!
Kämpft für das freie Wahlrecht in Preußen und Ihr sichert Freiheit und Kultur gegen kapitalistische Barbarei!
Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen ist die Vorbedingung der Ueberwindung der herrschenden Reaktion.

Der Vorstoß
des deutschen Imperialismus.

Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir
hat wie eine Fanzare gewirkt. Als vor einigen Wochen
eine Korrespondenz die Nachricht brachte, daß Deutschland
Kriegsschiffe nach Marokko schicken wollte, wurde das von der
„Nordd. Allgem. Ztg.“ in den schärfsten Worten als eine
boshafte, gewissenlose Behauptung zurückgewiesen. Was vor
einigen Wochen noch gewissenlos war, ist heute eine nationale
Grosstat!

Noch vor wenigen Tagen hieß es, zwischen dem franzö-
sischen Votschaffer und dem deutschen Staatssekretär sei in
Kissingen unterhandelt worden und die Unterhandlungen seien
befriedigend verlaufen. Jetzt stellt sich die deutsche Politik in
den schärfsten Gegensatz zu der französischen.

Weder mit Frankreich noch sonst mit einer Macht, die den
Algecirasvertrag unterzeichnet hat, hat sich die deutsche Politik
ins Einbernehmen gesetzt. Sie tat es nicht, weil diese Politik
das völlige Aufgeben der bisherigen inter-
nationalen Verträge bedeutet. Der Algecirasvertrag
ist heute ein zerrissenes Stück Papier. Deutschland, jubeln die
Chauvinisten, hat seine Handlungsfreiheit wieder. Wozu wird
es sie gebrauchen?

Das geht das deutsche Volk zunächst nichts an. Das
weiß allein die Regierung. Sie erzählt uns, daß die Ent-
sendung des Kriegsschiffes nötig war, um Leben und Eigentum
deutscher Staatsbürger im Süden Marokkos zu schützen. Vor
Sonntagabend von einer Gefährdung deutscher Bürger nichts
bekannt. Jrgend konkrete Tatsachen liegen auch heute nicht
vor. Als die französische Diplomatie ähnliche Behauptungen
zur Rechtfertigung des Zuges nach Fes aufstellte, wurde sie
von der ganzen deutschen Presse — mit Recht — verhöhnt.
Dürfen wir klagen, wenn dieselben Behauptungen der deutschen
Offiziösen denselben Unglauben im Auslande finden?

Doch wäre es müßig, mit den diplomatischen Vorwänden
des deutschen Vorgehens sich eingehender zu beschäftigen. Um
so aufmerksamer müssen die Tatsachen beachtet werden.
Das Vorgehen der deutschen Regierung schafft eine neue und
überraschende internationale Situation. Der Kriegszug
der Franzosen hat die Marokkofrage neu aufgerollt. Die
Spanier benutzten das französische Vorgehen, um Larraoch und
Elkar zu besetzen. Sie eigneten sich unter Bruch der be-
stehenden Verträge und entgegen den französischen Protesten
Stünde von Marokko an. In Frankreich wurden Warnungen
laut und der Argwohn, daß das spanische Vorgehen von
Deutschland um deshalb widerspruchlos hingenommen wurde,
damit auch die deutsche Regierung ohne Rücksicht auf den
Algecirasvertrag vorgehen könne. Nun hat Deutschland
sein Kriegsschiff nach Agadir geschickt. Zugleich läßt die
Regierung offiziös verkünden, daß Kuley Safid macht-
los sei, sie selbst den Schutz der deutschen Interessen
übernehmen müsse. Dieser „Schutz“ wird durch die
Stationierung eines kleinen Kriegsschiffes kaum gewährleistet.
Aber andere können folgen, und man weiß, daß in Marokko
sich „Zwischenfälle“ nach Bedarf einzustellen pflegen. Dann
ergibt sich die Notwendigkeit der Truppenlandung und
Deutschland ist in Marokko ebenso engagiert
wie Frankreich und Spanien.

In der Tat bedeutet die Entsendung des Kriegsschiffes
nicht mehr und nicht weniger, als daß Deutschland seinen
Anspruch an die marokkanische Beute geltend
macht. Die Macht Deutschlands wird den Marokko-
Interessenten, den Gebrüdern Rannemann an der Spitze,
zur Verfügung gestellt. Ein neues unabsehbares Kolonial-
abenteuer droht dem deutschen Volke!

Marokko wird von unabhängigen, kriegerischen Stämmen
benutzt. Die üblen Erfahrungen der Franzosen zeigen, daß
die Unterwerfung Nordafrikas ein langwieriges, kostspieliges
und blutiges Werk ist und den Krieg in Permanenz
bedeutet. Dem deutschen Volk wird zugemutet, im Dienste

einiger mächtiger Kapitalistrelieuen sich an dies Werk zu
machen. Aber so gefährlich und empörend diese Zumutung
ist, es ist noch nicht das schlimmste. Die eigentliche Gefahr
liegt auf anderem Gebiete.

Das Vorgehen der deutschen Regierung verschärft
den Gegensatz zu Frankreich und seinen Bundesge-
nossen außerordentlich. Die französische Regierung verhandelt
fieberhaft mit der englischen und der russischen, um gemein-
same Gegenmaßnahmen zu treffen. Auf die Forderung des
deutschen Volkes, mit England und Frankreich Vereinbarungen
über die Einschränkungen der Rüstungen zu treffen, antwortet
die deutsche Regierung mit der Verschärfung des Gegensatzes;
unter Hinweis auf die militärische Macht setzt sie ihren Fuß
auf den gefährlichen marokkanischen Boden.

Die deutsche Arbeiterklasse erhebt gegen diese Politik
schärfsten Protest. Ihr ist Marokko und alle Rannemann-
konfessionen auch nicht der Knochen eines einzigen
deutschen Arbeiters wert. Wir wollen keinen Pfennig und
keinen Blutstropfen opfern, um der kapitalistischen Ausbeutung
ein neues Betätigungsfeld zu sichern. Wir wollen nicht mit
dem englischen und französischen Volke wegen Minentonzessionen
in Feindschaft geraten.

In der bürgerlichen Presse hat mit geringen Aus-
nahmen das Vorgehen der deutschen Regierung Billigung
gefunden. Am lauteften bei der konservativen
Presse. Die Reaktionsäre sind drauf und dran, aus
diesem Streich der auswärtigen Politik Kapital
für die innere zu schlagen. Das deutsche Volk
brennt darauf, Abrechnung mit den Herrschenden zu halten, die
ihm im Reiche neue Lasten auferlegt haben, die die Sozial-
politik hemmen, und ihm in Preußen die politische Gleich-
berechtigung verlagern. Und den Herren bangt vor
der Abrechnung. Da möchten sie denn das deutsche
Volk in eine topflose chauvinistische Begeisterung hinein-
jagen. Das Spiel der Hottentottenwahlen
soll sich wiederholen in zweiter und ver-
stärkter Auflage. Deshalb jubelt die „Kreuz-Zeitung“
über den „Aufschwung der nationalen Begeisterung“, deshalb
wagt das Blatt der rheinischen Großindustriellen die Infamie,
zum Kriege gegen Frankreich zu rufen. Zuerst die Wahlen
gemacht und dann mit vollen Segeln ins ulerlose Meer einer
wahnwitzigen Weltpolitik — das sind die Hoffnungen, die das
Vorgehen der deutschen Regierung den reaktionären Chauvi-
nisten eröffnet.

Die Herren machen ihre Rechnung ohne den Wirt,
das deutsche Volk. Ihr Lärm wird die Arbeiter nicht be-
täuben, denn zu bitter waren die Erfahrungen, zu hart die
Lehren der letzten Jahre. Dieselbe Nummer der „Nordd.
Allg. Ztg.“, die das aktive Eingreifen Deutschlands in Marokko
gemeldet hat, hat auch die Erklärung der Regierung gegen
das gleiche Wahlrecht in Preußen enthalten. Im
gleichen Atemzug wurde den deutschen Arbeitern zugemutet, ihre
Knochen für die materiellen Interessen der herrschenden Klasse
zu Marke zu tragen und politische Heloten zu
bleiben. Als Kanonensutter und Stimmvieh wären die
Arbeiter gut genug, aber als vollberechtigte
Staatsbürger werden sie nicht anerkannt.
Rein, als Wahlparole wird der Marokkfeldzug doch nicht
zu brauchen sein.

Die offizielle Erklärung.

Die Mitteilung der deutschen Regierung an die
Mächte über die Entsendung des Panther nach Agadir lautete
wie folgt:

Deutsche Firmen, die im Süden Marokkos und besonders
in Agadir und Umgebung tätig sind, sind über eine gewisse
Gärung unter den dortigen Stämmen beunruhigt, die durch
die letzten Ereignisse in anderen Teilen des Landes hervor-
gerufen zu sein scheint. Diese Firmen haben sich an die kaiserliche
Regierung mit der Bitte um Schutz für Leben und Eigentum
gewandt. Auf ihre Bitte hat die Regierung beschlossen, ein Kriegs-
schiff nach dem Hafen von Agadir zu entsenden, um nötigenfalls
den deutschen Untertanen und Schutzgenossen wie auch den beträch-
tlichen deutschen Interessen in jenen Gegenden Hilfe und Schutz zu

gewähren. Sobald Ruhe und Ordnung in Marokko
wiedergekehrt sein werden, soll das mit dieser
Aufgabe des Schutzes betraute Schiff den Hafen
von Agadir verlassen.

Infame Kriegshetze.

Die „Ahein.-Westf. Ztg.“ fügt dem Telegramm von der Ent-
sendung des Kriegsschiffes hinzu: „Die Nachricht bedeutet
nicht nur Vorteil in der Kolonialpolitik, sondern
zugleich ist sie der Fehdehandschuh für Frank-
reich und eine Erlösung aus 20jähriger Augst-
politik.“

In dem Leitartikel „Hurra! Eine Tat!“ heißt es:

„Es wird wie ein jubelndes Aufatmen durch unser
Volk gehen. Der deutsche Träumer erwacht aus zwanzigjährigem
Dornröschenschlaf. Endlich eine Tat, eine befreiende Tat, die den
Rebel bittersten Mißtrautes in deutschen Landen zerreißt. Vor
Agadir liegt ein deutsches Kriegsschiff. Die Verständigung
mit uns über die Aufteilung steht ihnen (den Franzosen,
D. A.) noch frei. Wollen sie nicht, dann wird der „Panther“ die
Wirkung der Euser Depesche haben. Das deutsche Volk wird
zeigen, daß es seine Ehre zu wahren weiß.“

Endlich eine Tat, eine befreiende Tat! Verschwinden wird
mit einem Male der kleinliche Haß um die Steuergroßchen, ein
Ende haben wird die Selbstzerfleischung unseres Volkes, der
jammervolle Parteienhaß, die Frechheit der Botschlinge. Hinter
unserer Regierung — wenn sie durchhält! — steht geeint das
ganze Volk...“

Die bürgerliche Presse über Marokko.

Die bürgerliche Presse nimmt mit wenigen Ausnahmen das
Vorgehen der deutschen Regierung mit großer Genugtuung auf.
Verhältnismäßig ruhig bleibt die liberale „Germania“, die
schreibt:

„Der springende Punkt ist es, daß eben Deutschland nur, so-
lange die Anarchie in Marokko andauert, diese
außerordentliche Maßregel ergreift, und daß
sich die Regierung nicht durch das Geschrei der
Scharfmacherpresse beeinflussen läßt zu einer weiter-
gehenden Aktion. Wie gesagt, wir wollen und verlangen den
Schutz der Interessen unserer Bürger im Ausland, aber wir
fordern ebenso, daß die Regierung alles tut, um zu vermeiden,
daß ein erster internationaler Konflikt von wegen Marokkos ent-
steht. Das deutsche Volk, dessen sind wir gewiß, will in seiner
großen Mehrzahl diesen Konflikt nicht; hierzu sind ihm die
Interessen einiger großer Firmen nicht wichtig genug — auch nicht
das Streben einiger Männer, die eine drohende Wolke am
politischen Himmel für eine gute „Sammelparole“ halten! Freilich
von der deutschen Regierung wird es nicht allein abhängen, wie
sich die Affäre weiter entwickelt, sondern noch in höherem Grade
von der Haltung Frankreichs...“

Es ist sehr zu bedauern, daß der Reichstag nicht beisammen
ist, wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit der Parteien
eine ebenso würdige als feste Haltung bewahren würde, die weit-
ab von allem Chauvinismus, die Franzosen davon überzeugte,
daß wir durchaus keine Abenteuerpolitik in Marokko treiben
wollen.“

Einige Opposition macht eigentlich nur das „Berliner
Zageblatt“:

„Man kann in dem Dunkel, das diese Gewaltigen (die
Berliner Staatsmänner) über ihre Absichten breiten, nur nach der
Antwort auf die Frage suchen: Wollen sie neue Verhand-
lungen überhaupt nicht mehr oder soll das
Ercheinen des kleinen Schiffleins die Aufforderung zu
neuen Versprechungen bilden? Das erstere wäre eine
Fivolität sondergleichen, für die kein Mensch in Deutschland oder
Frankreich, der seiner fünf Sinne mächtig ist, ein Verständnis
hätte. Also muß die Absicht der deutschen Regierung gewesen sein,
die Safid zu neuen Verhandlungen zu schaffen, d. h.
mit Frankreich, mit dessen Entgegenkommen man bisher nicht zu-
frieden war, unter veränderten Bedingungen zu verhandeln...“
Wir lassen es dahingestellt, ob dazu eine so deutliche und zu-
mindesten mißverständliche Geste nötig war, wie die
Entsendung eines Kriegsschiffes...“
Aber jedenfalls
hat Deutschland dokumentiert, und dafür spricht nichts
klarer, als die Aufnahme, die sein Vorgehen in Spanien
gefunden hat, daß es mit dem Algeciras-
vertrag fertig ist. Es respektiert ihn fürder nicht mehr und
nicht weniger, als Frankreich und Spanien getan haben und tun.
Den Sultan Muley Safid hat es aufgegeben.“

Die übrige freisinnige Presse ist mit dem Vorgehen ziemlich einverstanden und die eigentliche Vörsenpresse begrüßt es mit einem „Endlich!“

Für die Nationalliberalen sind die Auslassungen der „Morgenszeitung“ charakteristisch.

Sicherlich wird die Anwesenheit des deutschen Kriegsschiffes gerade im Interesse der Selbstständigkeit Marokkos und seiner ruhigen Entwicklung den Drahtziehern, die im Lande selbst und anderwärts ihr verhängnisvolles Spiel treiben, die Lust an diesem Hören. Sollte aber die Saat, die sie ausgestreut, schon zu weit gediehen sein, sollte die Ernte, für die sie ihre Schwestern schon geöffnet halten, die Aufteilung Marokkos, eingefahren werden müssen, dann wird der „Panther“ die Deutschland gehörenden Gebiete zu schützen wissen. Zunächst wird nur der „Panther“ geschickt. Nicht dessen Kraft nicht aus, dann darf es an Unterstützung nicht fehlen.

Die eine Erklärung muß es wirken, daß die deutsche Regierung endlich aus ihrer Zurückhaltung hervortritt und sich anspricht, zur Wahrung der deutschen Interessen in Marokko die Initiative zu ergreifen.

Auf ähnlichen, nur noch scharfmascherischen Ton sind die Auslassungen der freisinnigen Organe gestimmt. Die konservativen „Kreuzzeitung“ schließlich meint:

In Deutschland ging ein gewaltiges Aufatmen durch das gesamte Volk. Als wäre ein böser Traum gewichen, als begänne ein Alpdruck resignierten Mißbehagens vor dem Strahl der Morgensonne zu schwinden, so wurde zwischen den schwarz-weiß-roten Grenzpfählen ein kräftiger Ausschlag nationaler Begeisterung erkennbar, die ihre Wurzeln von den Reihern der Adressierten bis weit hinein in das Lager der Linken liberalen, der Anhänger des obligatorischen Schiedsgerichts und der Utopie des ewigen Weltfriedens schickte.

Die Uebersticht zeigt, daß der imperialistischen Politik nur ein unerklärlicher und entschlossener Gegner gegenüber steht: die deutsche Arbeiterklasse. In ihre Hand ist die Bewachung des Friedens gelegt, sie wird ihn zu schützen wissen.

Der Eindruck im Ausland.

Am meisten zufrieden mit dem deutschen Auftreten ist die spanische Regierung, die darin eine Unterstützung ihrer eigenen abenteuerlichen Politik erblickt.

In Frankreich legt sich die Presse ziemlich zurückhaltend auf, sie hat den Ernst der Situation erkannt. Sie behilft sich durch die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir. Die meisten Blätter erklären, daß dieselbe sowohl der Algecirassakte wie dem deutsch-französischen Abkommen von 1900 zuwiderlaufe, daß Agadir kein offener Hafen sei und daß demgemäß auch die dortigen Interessen deutscher Handelshäuser nicht sehr groß sein können, und daß aus dieser Gegend keinerlei Unruhen gemeldet worden seien.

Jaurès erklärt in der „Humanité“ in einem „Das Unvermeidliche“ betitelten Artikel:

Nach Frankreich Spanien, nach Spanien Deutschland! Wie Frankreich und Spanien erklärt auch Deutschland, daß sein Einschreiten nur vorübergehend sei, und die französische Diplomatie hat kein Recht, seine Aufrichtigkeit in Zweifel zu ziehen. Agadir ist sehr weit von dem französischen und dem spanischen Aktionsgebiet entfernt. Aber es können diplomatische Reibungen eintreten und namentlich die Empfindlichkeit Englands wachgerufen werden. Wenn Deutschland durch den „Schuh“ seiner Staatsangehörigen den Vertrag verletzt, dann haben wir ihn schon lange verletzt. Deutschland wollte zeigen, daß es sich von unieren Kolonialgeuten nicht jagen läßt, und jetzt steht Frankreich vor der Wahl, entweder die Teilung Marokkos mit allen Mächten vorzunehmen, welche ein Gefährde darauf haben, oder ehrlich und rückhaltlos seine freibehaltene und verblendete Marokkopolitik aufzugeben und zur Algecirassakte zurückzukehren.

Von der englischen Presse sei die Meinung der offiziellen „Westminster Gazette“ wiedergegeben:

Die englische Politik sollte versuchen, soweit möglich, alle Mächte zur Algecirassakte zurückzubringen, mindestens so lange, bis die Ereignisse für eine Neuregelung reif geworden sind. Wenn es geräumt sei, werde Deutschland schwerlich das Kanonenboot in Agadir lassen. Wir haben die Gründe Frankreichs für die Expedition nach Fez akzeptiert. Aber die diplomatische Unterstützung, die wir Frankreich zu gewähren verpflichtet sind, bedeutet, wie die französische Regierung weiß, keine Unterstützung bei Operationen, die außerhalb oder im Widerspruch mit der Algecirassakte stehen. Wir sind nicht verpflichtet, eine Macht in der dauernden Okkupation eines Teils des Landes zu unterstützen. Ueber kurz oder lang wird zwischen den Mächten eine dauerndere Verständigung notwendig sein, als es die Algecirassakte ist.

Die italienische Presse fordert zum Teil als „Kompensation“ ein aktiveres Vorgehen in Tripolis. Man sieht, ein Vorstoß des Imperialismus in einem Lande zieht andere nach sich.

Das marokkanische Beuteobjekt.

Das deutsche Kanonenboot „Panther“ liegt jetzt vor dem marokkanischen Hafen Agadir. Und wie lange wird es dauern, so befindet sich das kleine Kriegsschiff, dessen geringe Armierung und kleine Besatzung von 126 Mann unseren Marokkosanrainern bei weitem nicht genügt, in Gesellschaft größerer Schiffe, mit denen man auch eine Landung nach spanischem Muster riskieren kann. Der Unterschied ist nur der, daß eine deutsche Landung in Agadir eine noch viel größere Verletzung der Algecirassakte sein würde und zu noch viel verhängnisvolleren Konflikten mit den marokkanischen Stämmen führen kann.

Agadir ist die südlichste Hafenstadt am Atlantischen Ozean, der Hafen ist aber seit dem Jahre 1770 von Marokko für den europäischen Handelsverkehr gesperrt, und diese Sperrung ist auch im Vertrage von Algecirass respektiert worden. Der ganze Handel nach Südwestmarokko geht über den Nachbargolfen Mogador. Der Grund für die Sperrung von Agadir ist darin zu suchen, daß die Stämme des Hinterlandes, Sus genannt, fast völlig unabhängig sind, und von den Sultanen nur durch gelegentliche und selten glückliche Kriegszüge an ihre Untertanenpflichten gebunden werden. Der kürzlich gestürzte Großwesir Kulei Gahda, El Mani stammt aus jener Gegend; er und sein Anhang tun natürlich ihr Möglichstes, die Stämme in Feindschaft gegen den Sultan und die Fremden, deren Marionette er geworden ist, hineinzureiben. Eine Landung deutscher Truppen würde also, abgesehen von den unabsehbaren internationalen Komplikationen, bei der sonatischen und freibehaltenden Verberbevölkerung zu folgenschweren Zusammenstößen führen.

Als Vorwand für das Eingreifen Deutschlands in Südwestmarokko werden von der Regierung und den kapitalistischen Marokkoheyern die „bedrohten deutschen Interessen“ ins Feld geführt. Man hätte sich aber sehr wohl angeben, wieviel Deutsche eigentlich im Sus-Gebiet vorhanden sind. Tatsächlich wird es in jener, noch ziemlich wenig durchforschten Gegend kaum ein halbes Duzend Deutscher geben. Und die deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen werden sicher nicht so umfangreich und wertvoll sein, daß um sie die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen werden mußte. Gefährlich ist in der gegenwärtigen Situation aber der Umstand, daß durch das in Marokko übliche

Schuttsystem die Diener und Arbeiter der Deutschen zu deutschen Schuttsystemen werden können; eine Beladigung oder auch eine an sich harmlose Kumpel zwischen solchen Schuttsystemen und freien Marokkanern kann mit der größten Leichtigkeit als eine „Verletzung deutscher Interessen“ hingestellt werden. Ein solcher Vorfall gab bekanntlich den Anlaß zum spanischen Marsch nach Ussar. Hier im Südwesten würde aber ein Vorbringen deutscher Landungstruppen kein harmloser militärischer Spoziergang werden. Das Sus-Gebiet hat infolge seiner Fruchtbarkeit eine sehr starke Bevölkerung, die aber noch fremdenfeindlicher ist als die der anderen marokkanischen Gebiete.

Wenn sich also die deutsche Aktion in Südwestmarokko nur auf Agadir und das Sus-Gebiet beschränkt, und wir an dieser Stelle von allen internationalen Konflikten und innerpolitischen Nebenabsichten der deutschen Marokkoheyern absehen wollen, so bietet ein wenn angeblich auch nur vorübergehender Aufenthalt deutscher Truppen auf marokkanischem Boden die Gefahr, daß sich daraus ein Kolonialkrieg entwickelt, der dem deutschen Volke schwere Opfer an Gut und Blut auferlegt.

Darum sind aber unsere Marokkoheyer und die hinter ihnen stehenden Kapitalisten der Weltweit und der Schwerindustrie so begeistert über das aggressive Vorgehen der Regierung? Ueber ihre Wünsche und Absichten in Bezug auf die deutsche auswärtige Politik und auf die daraus resultierenden Schiebungen, mit denen man den verfahrenen innerpolitischen Karren wieder flott zu machen hofft, ist schon im Zeitartikel gesprochen worden. Besonders in Betracht kommt aber, daß das Stück, das sich die deutschen Interessenten aus dem marokkanischen Kuchen herauschneiden wollen, den Appetit der Kapitalisten dadurch reizt, daß das Hinterland von Agadir in seinen Bergen einen großen Erzeisium aufzuweisen hat. Vor allem sind es reiche Eisen- und Kupferlager, dann aber auch reichhaltige Gold- und Silberader, die kapitalistische Beutegeier gern an sich reißen möchte. Marokko-Enthusiasten haben diese Gegend schon als das „zukunftige Transvaal Nordafrikas“ bezeichnet. Daß bei der deutschen Spekulation auf die Metallräte Südwestmarokkos die Firma Mannesmann ihre Hand im Spiele hat, versteht sich am Rande.

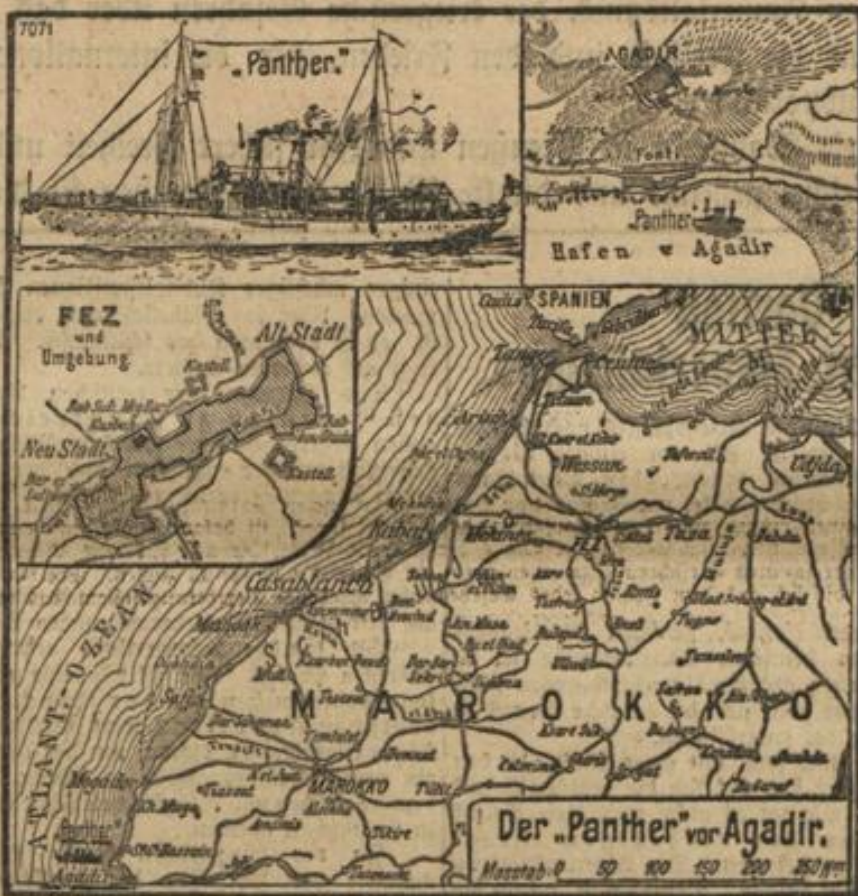
Kolonialphantasten werden natürlich auch wieder das alte Lied von einer Ansiedlung Deutscher in Marokko anstimmen. Dem sei

gleich von vornherein entgegengehalten, daß das Susgebiet sich nicht im mindesten als deutsche Siedlungskolonie eignet. Abgesehen von der Feindseligkeit der Verberstämme ist das Klima auch dem Europäer nicht zuträglich. Den alten Siedlungskoch mögen unsere Kolonialsege ruhig unaufgedrängt lassen.

Auch der Wert, den der Hafen von Agadir als Kohlenstation und als Frachtpunkt auf dem Wege zu den deutschen Kolonien an der Küste Westafrikas haben könnte, ist so gering und fragwürdig, daß es um jeden Groschen schade wäre, der um diesen „Stützpunkt“ der deutschen Kolonialpolitik ausgegeben würde. Ganz abgesehen davon, daß die Hafenanlagen von Agadir in einem solchen verfallenen Zustande sind, daß Riesensummen notwendig wären, um sie für den modernen Dampferverkehr brauchbar zu machen. Damit würden zwar einige deutsche Kapitalisten auch wieder einen Reiback machen, die deutschen Steuerzahler wären aber die Leidtragenden.

Beiläufig sei noch erwähnt, daß das Hinterland von Agadir mit zu den am wenigsten bekannten Teilen Marokkos gehört und daß daher auch die Kartographie des Susgebietes sehr mangelhaft ist, was natürlich etwaige Beladigungaktionen erst recht erschweren würde. Die ersten bescheidenen Nachrichten von jener Gegend stammen von dem deutschen Afrikaforscher und einstigen Fremdenlegationär Gerhard Rohlfs, der unter Lebensgefahr in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts jenes Gebiet durchkreuzte. Neuerdings haben die französischen Forscher de Foncaud und de Segonzac den Sus durchstreift (1880 und 1901). Bei der Fremdenfeindlichkeit der dortigen Verberstämme war es aber ein gefährliches Unternehmen. Eine in den achtziger Jahren unternommene deutsche Handelsexpedition verlief infolge der feindseligen Haltung der Stämme höchst unglücklich und ähnlich erging es im Jahre 1899 einem englischen Versuch, in Sus Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Die europäischen Beziehungen zu diesem Teile Marokkos haben also eine höchst unglückliche Vorgeschichte, die im Hinblick auf das jetzige Vorgehen Deutschlands zu den schlimmsten Befürchtungen berechtigt.

So bietet das neueste Eingreifen Deutschlands in die Marokkohandel wohl einigen Kapitalisten Aussicht auf Gewinn, dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit fallen aber die Gefahren und Lasten zu und deren hat es jetzt schon gerade genug. Darum muß es schon jetzt recht laut und nachdrücklich rufen: Die Hand weg von Marokko!



Das Hauptproblem der deutschen Politik.

Das bedeutendste Organ der französischen Demokratie in der Provinz, die „Dépêche von Toulouse“, behandelt in längeren Ausführungen die Verfassung für Elsass-Lothringen. Nachdem das Blatt konstatiert hat, daß „einzig die energische Stellungnahme der Sozialdemokraten die Liberalen und die Liberalen dazu gezwungen hat, das Pluralwahlrecht abzulehnen“, charakterisiert es die allgemeine politische Bedeutung der Erringung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Elsass-Lothringen folgendermaßen:

„Das Hauptproblem des heutigen Deutschland, die Frage, von der jeder große Fortschritt und die ganze demokratische Entwicklung abhängt, ist die der preussischen Wahlreform. Das Dreiklassenwahlrecht mit öffentlicher Stimmenabgabe, das gegenwärtig in Preußen in Kraft ist, scheidet im Parlament die Mehrheit der Reichsparteien, die im Lande in der Minderheit sind. Und durch Preußen, das der leitende Staat des Reiches ist, beherrsicht die agrarische Reaktion ganz Deutschland und hemmt nicht nur die Entwicklung des Industrie und Handel, sondern auch jede Fortentwicklung des öffentlichen Lebens. Eine preussische Wahlreform und namentlich die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts würde mit ein auf einen Schlag Preußen und Deutschland vom Joche der Junker befreien und dem Fortschritt freie Bahn schaffen. Nun hat sich der gegenwärtige Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, einer radikalen Reform in Preußen abgesetzt widersetzt. Wie soll er jedoch heute, nachdem den Elsass-Lothringern, die nichts weniger als glühende deutsche Vaterlandsfreunde sind, das demokratische Wahlrecht gewährt worden, den Preußen dieses verweigern können? Wie sollen die politischen Parteien, die Liberalen aller Schattierungen, die Fortschrittler und die Liberalen vom Zentrum, die sich bis jetzt in der Wahlrechtsfrage unentschieden gezeigt und die geizig haben, mit den Junkern ernsthaft anzubinden, wie sollen sie in Zukunft weniger entgegenkommend sein können für die Preußen als für die Elsass-Lothringer?“

Die Annahme der elsass-lothringischen Verfassung leitet einen neuen Zeitabschnitt auch für Deutschland ein, wo der Kampf gegen die preussische Reaktion mit desto gewaltigerer Wucht wieder neu entbrennen wird, als die Junker anschießlich des neuen Wahlrechtes für die Elsäßer eine erste größere Schlappe erlitten haben.

Nun, wenn es dem Ausland unbegreiflich ist, daß dem preussischen Volke verjagt werden soll, was den Elsäß-

Lothringern gerecht und billig ist, in Preußen selbst kennt man die Gründe. Die Junker wollen zweierlei politisches Recht, sie wollen die Entrechtung der Massen und deren Herabwürdigung zu Staatsbürgern zweiter und dritter Klasse. Denn auf diesem infamen Unrecht ruht ja ihre politische Macht. Aber eben daß dieses Unrecht jetzt so ganz schamlos offenkundig geworden ist, daß die elssässische Verfassung jedem preussischen Wähler es immerfort ins Ohr schreit, daß es gedemütigt und vergewaltigt ist, das gibt auf der anderen Seite auch die Gewähr, daß das preussische Volk nicht eher ruhen wird, bis diese Schmach beseitigt, bis das gleiche Wahlrecht auch in Preußen erkämpft ist.

Politische Uebersticht.

Berlin, den 3. Juli 1911.

Taktische Differenzen im konservativen Lager.

Die von dem Bendebrenndischen Generalstab der Konservativen betriebene Brückierungspolitik findet keineswegs in der ganzen konservativen Partei Billigung. Es mehren sich in den eigenen Reihen die Stimmen, die vor einer einseitigen parteipolitischen Taktik warnen und eine größere Rücksichtnahme auf die Wünsche der Nationalliberalen empfehlen, damit nicht die Sammlung der sogenannten staatsverhaltenden Elemente unmöglich gemacht werde. Man traut in diesen Kreisen dem liberalen Blockgefahrten nicht recht und fürchtet, die konservative Partei könnte im nächsten Reichstag isoliert werden. So meint die „Salfer. Ztg.“ in einem „Taktik und Sammlung“ überschriebenen Artikel, wenn die konservative Partei ihre Stellung erhalten wolle, müsse sie Sammlungspolitik treiben, statt dessen aber wären in letzter Zeit die Gemäßigten-Liberalen vielfach unnützlich brüskiert worden:

„Die Taktik der konservativen Partei lief offenbar in der letzten Zeit nicht darauf hinaus, dieser Sammlungspolitik, die in den eigenen konservativen Westanschauung zugeneigten Kreisen sehr viele Freunde hat, dienlich zu sein; ja, in nicht wenigen Fragen von Bedeutung lief sie einer solchen Politik direkt zuwider. Es sei ganz besonders an den Verlauf der Beratungen über das Pflichtfortbildungsgesetz erinnert, das dringend notwendig war und von den Konservativen, die dieser Frage ihre volle Unterstützung hätten zuwenden müssen, gerettet werden konnte. Erst aber ließen sie sich den Verzicht auf den wirklich in diese Schulen nicht hineingehörenden Religionsunterricht mühsam abringen und dann ließen sie das Gesetz doch noch an der Heranziehung des Kultusministeriums scheitern.“

tern, die, mag man über ihre Zweckmäßigkeit denken, wie man will, doch keineswegs so wichtig war, daß man darüber das ganze Gesetz offen durfte. Auch bei der Feuerbestattung ist die Annahme der Vorlage nur dadurch möglich gewesen, daß eine Minderheit der Konservativen sich von dem Gros ihrer Parteigenossen getrennt und ohne Rücksicht auf persönliche Neigung oder Abneigung für oder gegen diese Bestattungsart dem heute nun einmal tatsächlich vorhandenen Bedürfnis nicht ängstlich die preussischen Grenzen verschloßen, sondern ihm unter Wahrung aller möglichen Vorichtsmaßregeln Befriedigung gewährt hat.

Nicht hierher rechnen, obwohl dies vielfach geschieht, möchten wir den Widerstand der konservativen Partei gegen die neue Bestattung für das Reichsland.

Gerade wenn man, wie dies mit Recht von der konservativen Partei geschieht, von einer Aenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts nichts wissen wollte, dürfe man nicht durch eine verblüffte, kleinliche Parteipolitik Mißstimmung in der eigenen Wählerschaft hervorrufen und die gemäßigten liberalen Elemente vor den Kopf stoßen. Wörtlich heißt es in dem Artikel des schlesischen Blattes:

„Aber wenn wir dieser Agitation (für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht) dauernd und mit Erfolg den notwendigen Widerstand leisten wollen, dann bedarf die konservative Partei nicht nur einer energischen und geschickten Führung, sondern auch eines unverminderten Rückhalts in der Wählerschaft in möglichst weitem Umfange, der nur durch eine großzügige, modernen Empfindungen gerecht werdende Politik und durch eine verständnisvolle Sammlung aller irgend wie erreichbaren Elemente zu erreichen ist. Mit Redensarten, wie sie Herr v. Pappenheim in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses beliebt hat, der der Opposition gegen die Geschäftsführung des Präsidenten zurief, die ganze Linke siehe unter der geistigen Führung des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann, reizt man die Mittelpartei, statt zum mindesten ihre rechtsstehenden, den Konservativen freundschaftlichen Mitglieder zu gewinnen oder festzuhalten.“

Auch die Aufnahme der Rede des Grafen Schwerin-Löwis im Kreise Anklam-Demmin gibt zu denken. Die konservative Parteileitung hat dagegen aus taktischen Gründen in ihren Organen den Standpunkt vertreten lassen, daß bei der fanatischen Heißschäufel des Antiliberalismus und bei seiner unzweideutigen Neigung, mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Konservativen zu bekämpfen, man dazu übergehen müsse, bei einer Entscheidung zwischen Antiliberalen und Sozialdemokraten Gewehr bei Fuß zu stehen und die beiden Brüder ihren Streit allein ausfechten zu lassen. Es liegt auf der Hand, daß bei der Befolgung dieser Parole meistens, oder viellecht immer, der Sozialdemokrat siegen würde. Aber diese Taktik, so klug sie in parteipolitischem Sinne sein mag, kann den höheren Geboten konservativer Weltanschauung nicht entsprechen. Es ließe sich da und dort wohl ein materielle Augenblickserfolg davon erhoffen, aber er würde ein Pyrrhusieg, eine Niederlage des konservativen Gedankens, ein Widerspruch gegen die Sammlung aller über die Parteigrenzen hinaus konservativ Denkenden sein. Die konservative Parteileitung möge nicht vergessen, daß sie so gut wie jede andere Partei auch auf solche Wähler angewiesen ist, die man bei der Sozialdemokratie nicht aufzählen kann; auf Wähler, die von der Parteischablone nichts wissen wollen, die konservativ aus ihrer allgemeinen Denkweise heraus wählen, die aber in der oder jener Frage eine abweichende Meinung haben, und die, unbekümmert um die parteipolitischen Mühen der Parteiführer und um die Separatheit der Parteiblätter, einen deutschgeleiteten Mann, auch wenn er ein Demokrat ist, immer noch hundertmal einem unter der Parteifuchtel der internationalen, vaterlandslosen, staatsfeindlichen Umsturzpartei stehenden Sozialdemokraten vorziehen.“

Die Wohnungen mögen gut gemeint sein; aber vorläufig entscheidet über die Taktik der konservativen Partei Herr v. Heydebrand, und er scheint sich in den Kopf gesetzt zu haben, die Rolle des starken Mannes spielen zu wollen.

Die „Kreuz-Zeitung“ und die „sehr unerfreuliche Erscheinung“.

Zwischen Konservativen und Zentrum ist infolge der Unzuverlässigkeit und Ungeheuerlichkeit, die in letzter Zeit die Führung der konservativen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses bewiesen hat, eine gewisse Spannung eingetreten, die dadurch noch verschärft wurde, daß Graf v. Schwerin-Löwis in öffentlicher Versammlung das Zentrum als eine „sehr unerfreuliche Erscheinung“ bezeichnete. Die liberale Presse forderte eine Zurücknahme dieser Worte oder eine offizielle Erklärung der konservativen Parteileitung, daß sie diese Äußerung nicht billigte. Als eine solche Erklärung nicht erschien, hielt die liberale „Schles. Volkszeitg.“ den Konservativen vor, daß sie ohne die Unterstützung des Zentrums ihre jetzige maßgebende Rolle ausüben könnten.

Diese scharfe Zurückweisung hat jedoch nicht ganz den von den Liberalen beabsichtigten Erfolg gehabt. Die „Kreuzzeitung“ sucht zwar durch einige kleine Komplimente die Zentrumsgroßen zu beruhigen, lehnt es aber entschieden ab, dem Grafen v. Schwerin-Löwis eine Rüge zu erteilen. Sie schreibt (Wochenübersicht der Sonntagsnummer):

„Ähnlich haben sich schon viele konservative Politiker ausgesprochen; freilich nie ohne den lebhaftesten Widerspruch auf der Seite des Zentrums zu finden. Aber man nenne uns einen einzigen Grund, weshalb gerade wir Konservativen das Vorhandensein einer Zentrumspartei für eine erfreuliche Erscheinung ansehen müßten oder könnten. Sie entzieht unserer eigenen Partei wertvolle Elemente; sie trägt eben dadurch in unsere eigenen Reihen eine gewisse konfessionelle Einseitigkeit, die unserem Programm fern liegt; sie schaltet auch zeitweise den Einfluß ihrer eigenen konservativen katholischen Mitglieder auf die Gesamtpolitik aus, da häufig genug die demokratische Richtung in ihr überwiegt. Das alles haben wir zu beklagen, und zwar um so mehr, als gerade die konservative Partei zu den Ursachen, die das Entstehen der Zentrumspartei herbeiführten, am wenigsten beigetragen und sich auch später besonders gebildet hat, die konfessionellen Gegensätze in der Politik zu verstärken. Wenn die Zentrumspresse doch ehrlich zugeben wollte, daß das Bewußtsein von der Unerfreulichkeit einer Scheidung der Parteien nach Konfession gerade in ihren eigenen Reihen sehr lebhaft ist, und daß allein darauf das ausschließliche Bestehen der weit verbreiteten Kölner Richtung beruht, den konfessionellen Charakter des Zentrums abzustreifen! Wir wollen hier nicht zitierten, was die Zeitungen jener Richtung über die Verwerflichkeit konfessioneller Parteien gesagt haben. Der Streit ist eingeschlossen, da er nur ein Streit um die Definition des Begriffes Zentrum, nicht um das Wesen des Zentrums war und also am Tatbestand nichts ändern konnte, mochte er so oder so entschieden werden.“

In einem Punkte ist freilich die Rede in der Form nicht einwandfrei. Wir meinen die Stelle, an der gesagt wird, die Zentrumspolitik sei bei der letzten Finanzreform aus ganz besonderen parteipolitischen Ursachen und ganz entgegengekehrt zu

seinen früheren Bewohnheiten eine den Reichsinteressen im ganzen vollkommen entsprechende gewesen. Die Verdienste des Zentrums um die Reichsinteressen datieren doch nicht erst von der Finanzreform, und wenn auch nicht ernstlich bestritten werden kann, daß bei dieser Gelegenheit der parteipolitische Vorteil, obwohl er mit einem großen und bewußten Opfer an Popularität erkauft werden mußte, die Stellungnahme des Zentrums ganz wesentlich mitbestimmt hat, so ist es auf der anderen Seite doch zu viel behauptet, wenn man die Rücksicht auf das Reichsinteresse beim Zentrum ganz ausschaltet.“

Zeit scharfer ist die Antwort des „Reichsboten“, des protestantischen Pastorenblattes, das freilich auf die Taktik der konservativen Parteiführer keinerlei Einfluß hat. Es fragt ironisch unter Hinweis auf den Charakter des Zentrums als „Vertretung der Interessen der römischen Hierarchie“: „Zu welcher anderen Partei will das Zentrum sich denn halten? Es muß sich der konservativen Partei nähern, wenn es überhaupt etwas leisten will. Die konservative Partei braucht dem Zentrum nicht nachzulaufen und hat das auch nie getan, weil sie sich der Bedenklichkeit und Gefährlichkeit des Zentrums für die nationalen Interessen bewußt ist, aber sie nimmt die Hilfe des Zentrums gern an, wenn es sich um staatsnotwendige Dinge handelt.“

Eine Reichstagsnachwahl.

Außer in Düsseldorf wird wahrscheinlich auch in Köln-Land in diesem Jahre noch eine Reichstagswahl stattzufinden haben. Nach einer Meldung der „Merikalen“, „Schlesischen Volkszeitung“ wird der Zentrumabgeordnete Postsekretär Hamacher in Berlin vom 1. August ab als Oberpostsekretär nach Gütersloh versetzt. Auf Grund des Artikels 21 der Reichsverfassung erlischt mit der Versetzung im Staatsdienst das Mandat. Hamacher ist 1907 in Köln-Land mit 27 010 gegen 17 310 sozialdemokratischen und 7830 liberalen Stimmen gewählt worden. Das Zentrum hat diesen Wahlkreis seit 1871 immer im ersten Wahlgang geholt.

Ein reichsdeutscher Mittelstandsverband.

Das Vereinsgründungs- und Kongressfeber wird immer ärger. Nachdem in letzter Zeit so viele wirtschaftliche und berufliche Vereine sich zu „Generalverbänden“ zusammengeschlossen und schöne „Tagungen“ veranstaltet haben, glauben auch die Mittelständler diesem Juge der Zeit folgen zu sollen. Ein Aufruf, der von einem vorbereitenden Ausschuss ausgeht, dem ein Architekt Felix Höpne und der Generalsekretär der sächsischen Mittelstands-Vereinigung, Ludwig Fahrenbach, angehören, fordert zur Gründung eines reichsdeutschen Mittelstandsverbandes und zur Abhaltung eines Mittelstandskongresses in Dresden (23. bis 25. September d. J.) auf. In dem Aufruf heißt es:

Der neue Verband will keine mittelständische Organisation in ihrem jetzigen Gefüge lösen, sondern nur alle zusammenfassen. Er wird sich streng auf die Vertretung aller wirtschaftlichen Forderungen beschränken, die allen Gruppen des deutschen Mittelstandes gemeinsam sind. Strittige Fragen soll er klären, und bei Meinungsverschiedenheiten unter einzelnen Gruppen soll er ausgleichend wirken, damit ein einheitliches Auftreten nach außen verbürgt wird. Ferner soll er nach dem Grundsatz: „Gib Dir selber, so hilft Dir Gott!“ den Mittelstand zur Selbsthilfe anregen und im Notfalle praktische Einrichtungen zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes treffen. Die reichsdeutschen Mittelstandstage sollen nach und nach die Bedeutung eines freiwilligen deutschen Mittelstandsparlamentes erlangen. Mit Parteipolitik und konfessionellen Dingen wird der reichsdeutsche Mittelstandsverband sich unter keinen Umständen befassen, weil die Einigkeit, die innerhalb des deutschen Mittelstandes auf wirtschaftlichem Gebiet herrscht, auf politischem und konfessionellem Gebiete nicht vorhanden ist. Der neue Verband wird bei Wahlen keine eigenen Kandidaten aufstellen und gegenüber allen politischen Parteien Neutralität wahren.

Recht schöne Worte: Der Verein soll die wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes wirksam vertreten, aber keine Politik treiben, nicht zu irgend welcher Parteipolitik Stellung nehmen und völlige politische Neutralität wahren! Das ist ungefähr so, wie ein Messer ohne Klinge.

Die rheinischen Großindustriellen und der Hansabund.

Immer weitere Kreise der hochschulzöllnerischen und scharfmacherischen Großindustrie melden ihren Austritt aus dem Hansabund an. Am Sonnabend sind der Kommerzienrat Ködlich in Völklingen, Vorsitzender des Stahlwerksverbandes, und v. Popelius, Direktionsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, ausgetreten. Am Sonntag folgten die Vorstände der südwestlichen Gruppe des Vereins der Eisen- und Stahlindustriellen, des Vereins zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie. Alexander Tille, der Vorläufer der industriellen Partei, war bisher Geschäftsführer des Hansabundes in Saarbrücken. Er hat sein Amt ebenfalls niedergelegt. Weiter sind eine Anzahl Großindustrielle, die dem Hansabund als Einzelmitglieder angehörten, ausgetreten, darunter der Vertreter der Stummhagen Fabriken, Gütereigentümer Müller in Reun kirchen.

Eisenbahnermaßregelung in Baden.

Ein neuer Fall Schäußle hat sich in Karlsruhe abgespielt. Der Hülfswerkmeister Dumberich hatte in einer Mitarbeiter-Versammlung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes sich über das Verhalten des Hallenmeisters Krugmann beschwert, der die Arbeiter als Saubauern bezeichnet habe. Die Neuerung Dumberich wurde der vorgesetzten Dienstbehörde hinterbracht und es wurde nicht etwa der beschuldigte Hallenmeister, sondern der Ankläger verurteilt und wegen — Heberei entlassen. Der Gauleiter Landtagsabgeordneter Schwall intervenierte, konnte aber die Zurücknahme der Entlassung bei der Direktion nicht erreichen. Es ist also gewiß, daß das Ministerium die Maßregelung billigt.

Eine von mehr als 600 Eisenbahnarbeitern und Eisenbahnbeamten besuchte Karlsruher Versammlung nahm eine Resolution an, worin die Entlassung als eine Maßregelung bezeichnet und deren Zurücknahme gefordert wird. Die Entlassung steht auch in direktem Widerspruch zu der Regierungserklärung auf dem letzten Landtag, wonach Entlassungen nur wegen grober Verletzung der Dienstpflicht erfolgen sollten. In der Versammlung waren die in Karlsruhe wohnenden Landtagsabgeordneten sämtlich eingeladen worden; erschienen waren aber nur außer Schwall die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Kold und Will.

Bezeichnend für die Stellung des Zentrums ist die verbüßende Tatsache, daß das Karlsruher Zentrumblatt, der „Deutsche“, die Aufnahme des Versammlungsdirektats verweigert hat.

Noch ein Jubiläum in Sicht!

Aus Bayern wird uns geschrieben: In Bayern wurde vor kurzem das fünfundsiebenzigjährige Regentensjubiläum des Prinzen Luitpold gefeiert. Wenn nicht bald eine Aenderung eintreten wird, gibt es in nächsten Jahre in Bayern wieder ein Jubiläum, das die Regierung aber kaum mit einem großen Tamtam und Almbaum umgeben dürfte. Nicht nämlich der Prinz Rupprecht, auch in nächsten Jahre kommandierender General des I. bayerischen Armeekorps — dies ist er seit einigen Jahren — so wird der Augenblick kommen, wo das I. bayerische Armeekorps 25 Jahre lang ununterbrochen von Prinzen kommandiert wurde. Im Jahre 1857 wurde der zweitälteste Sohn des Regenten, Leopold, an die Spitze des Armeekorps gestellt, nach mehreren Jahren folgte ihm sein

jüngerer Bruder Arnulf und nach diesem kam der Älteste Ernst des Regenten, der schon genannte Prinz Rupprecht. Auf diese Weise sind es jetzt 24 Jahre, daß kein gewöhnlicher Erblicher mehr die Kommandostelle des I. bayerischen Armeekorps erhielt. Daß dieser Zustand eine besondere Freude im bayerischen Offizierskorps hervorruft, können wir nicht recht glauben. Wer sich überhaupt einbildet, daß es im „demokratischen“ Bayern bei der Befehung der höchsten Offiziersstelle demokratisch zugehe, irrt sich gewaltig. Momentan sieht die „demokratische“ Befehung so aus: Der Kriegsminister ist ein Graf, von den drei kommandierenden Generalen ist einer ein Prinz, einer ein Graf, einer ein Baron. Von den 6 Divisionskommandeuren sind 3 Barone und der Chef des Generalstabes ist ebenfalls ein Geburtsadeliger. In dieser Hinsicht ist Bayern Preußen noch um 20 Pferdelängen voraus.

Regierungspräsident und Automobilverkehr.

Der Regierungspräsident zu Köln hat eine Verordnung erlassen, wonach die bisher zugelassene Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge bis zu 55 Tonnen Gesamtgewicht auf 20 Kilometer pro Stunde erhöht wird; bei den schwereren Fahrzeugen bleibt es bei den bisherigen 12 bzw. 16 Kilometern. Der Regierungspräsident meint, das Publikum habe sich mit den Gefahren des Autoverkehrs im Laufe der Zeit vertraut gemacht und dann wolle er auch die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse mehr als bisher miteinander in Einklang bringen. Das heißt in klaren Worten übertragen: Die Automobilfahrer haben bisher mit der Regierungspolizeiordnung ihren Spott getrieben; sie sind schneller gefahren als es die Vorschriften zuließen. Und die Regierung hält es demgegenüber für ihre Pflicht, ihre Verordnung dem geschwundenen Zustand anzupassen. Verfährt man nach diesem Prinzip auch, wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt? Unsere Zeit erleidet das Streikpolsten, verlangt gebieterisch die Zulässigkeit der Wahlrechts- und ähnlicher Straßendemonstrationen. Hier empfindet man nicht das Bedürfnis, die geschlichen Bestimmungen und deren Auslegung mit den Erfordernissen des Lebens in Einklang zu bringen.

Frankreich.

Das Ministerium der Verständigung.

Paris, 1. Juli. (Fig. Ber.) Die Verständigung ist fertig. Die Freitagssitzung hat mit einem Vertrauensvotum für die neue Regierung geendet, das eine Mehrheit von fast 200 Stimmen — etwa so viel als die Bezirkswahlrechtler besitzen — fand. Die Radikalen und die Regierung verständigten sich, weil sie einander verstanden und sie verstanden einander gleich, weil sie sich im — Schacher fanden. Die Beauftragten des Großkapitals, die jetzt aus Kamerun gekommen sind, bewilligen den Wahlreformenden das Begräbnis des Proporz unter den Nojen eines prinzipiellen Beschlusses und bekommen dafür die Eisenbahner sowie die Einkommensteuer ausgeliefert und einen Kaperbrief gegen Saboteure, Antimilitaristen und sonstige Störer des sozialen Friedens. Herr Caillaux will die Wahlreform nur mit den Radikalen machen, die sie nicht machen wollen, und gibt es auf, noch vor Sessionschluss einen entscheidenden Schritt in dieser Frage durchzuführen. Den Eisenbahnern will er gnädigst noch eine bescheidene Eingabe bei den Gesellschaften widmen, aber dann sollen sie ihn in Ruhe lassen. Es gehe doch nicht, meint er, daß sich die Politik des Landes um die paar tausend hungernden Proletarier drehe. Er ist eben ein „großzügiger“ Staatsmann, ja ein zweiter Briand. Die „Action“ und die „Petite Republique“ geben es ihm schriftlich. Die „Raffin“, die Herr Dumont gegen die herausfordernden Kapitalisten verlangte, gehören, noch ehe sie ans Tageslicht kamen, zum alten Eisen. Zum alten Eisen gehört auch der ganze reformistische Sozialradikalismus, zum alten Eisen der alte redliche Belletan, der, ein fanatischer Gegner des Proporz, es doch nicht versteht, daß man sich mit Arbeiterblut von ihm loskaufen soll. Da ist Herr Avoqueur, der Exsozialist, der Verteidiger der Eisenbahnerrechte während des Streiks, doch ein anderer Mann, Herrn Caillaux und ihm, dem Proporzler Painlevé und Millerand und ihrem Gefolge gehören die Ehren des Tages, der Profit dem Großkapital und dem „bistro“, dem weinausschenkenden Organisator der politischen Vetternschaften.

In einem Land mit rückständiger, großindustrieller und Klassenentwicklung darf man die Tagesgeschichte nicht unter dem großen Gesichtspunkte der streitenden Klasseninteressen verstehen wollen. Sicher wirken diese in letzter Linie entscheidend, aber der Vordergrund der Politik ist, solange nicht große soziale Krisen den Spul hinwegblasen, von einem Gewinnel persönlicher und Klassenbestrebungen erfüllt. Die Ursachen der politischen Wirlungen sind nicht nur im Marktbericht und der Sozialstatistik, sondern auch in der Chronique scandaleuse zu finden. So ist der neueste Berater der Radikalen nicht jener historischen Notwendigkeit entsprungen, die das Schicksal der kleinbürgerlichen Demokratie überall entscheidet, wo ein sozialer Konflikt ihr bourgeois Gemeininteresse gegen ihre humanitäre Ideologie aufruft, sondern ein ganz schabiges Geschäft zur Rettung der vom Proporz bedrohten Mandate und der aus ihnen fließenden weiteren Annehmlichkeiten. Der Sturz des Ministeriums Monis war das gemeinsame Werk der geängstigten Arrondissementeure und der von Caillaux, Cruppi und Delcassé in seiner Mitte gebildeten Verschwörergruppe, die sich der unbehaglichen Sozialpolitik Dumont und Paul Boncour, deren Gesellschaft ihre politische Zukunft kompromittierte, entledigen wollten. Gatten sie doch sogar, um sie los zu werden, Monis zur Anwendung der Anarchistenparagraphe, der „lois scelerates“, gegen die Sabotage-Propagandisten bearbeitet! Der glatte Caillaux hat sich unter Waldeck-Rousseau als Gläubiger des demokratischen Sozialreformismus ausgespielt und unter Clemenceau die dekorative Aufstellung des Einkommensteuergesetzes betorgt, das er damals schon so wenig ernst nahm, daß er vor einiger Zeit genötigt war, bei einer privaten familienrechtlichen Auseinandersetzung dokumentarische Aufzeichnungen über seine wahren Absichten mit schweren Geldbägern wieder in seinen Besitz zu bringen. Heute ist das „Soziale“ nicht mehr Mode. Die Dumont und Paul Boncour hatten das nicht bemerkt und sich tatsächlich in ihren Annahmen an den kapitalistischen Staat übernommen. Caillaux bietet den Kapitalisten an, ihnen die ganze kleinbürgerliche Demokratie als Schuttruppe zuzuführen. Ob ihm das in der jetzigen Situation gelingen wird, ist fraglich. Er selbst wird bei dem Versuch profitieren. Denn er tritt als überlegener Anwärter auf das antirevolutionäre Regentenamt neben Briand, vor dessen militärischen, gerigen Abenteurergestalt er mit seinem bourgeois Reichthum, seiner in ehrgeiziger Arbeit erworbenen Routine und seiner auch die eigene Person nicht überschätzenden Genieherkeits viel voraus hat.

Gewerkschaftliches.

Ein Streikbrecher-Schwindler.

Unschädlich gemacht für längere Zeit wurde der Techniker Johann Heinemann, geboren in Weimar in Westfalen, der Streikerte zum Schauplatz seiner Gaunertätigkeit auferfand. Der Techniker machte sich an Streikende heran, schilderte, wie er zur Arbeit angenommen worden sei, wie er sich in elender Lage befinde usw., und er ließ sich dann auf ziemlich kostspielige Art, „großmütig“ und „solidarisch handelnd“, wieder abgeben. Im April kam Heinemann nach Annen in Westfalen, wo die Schreiner streikten. Der Techniker trat nicht als „Schreiner“ dort in Stellung, als er das Reisegeld nach Thorn von den Streikenden erhielt. Heinemann gab auch eine Depesche nach Thorn auf, um noch andere „Angeworbene“ zurückzuhalten. Nach zwei Tagen stellte sich alles als Schwindel heraus.

Bei dem Streik der Pianofortarbeiter in Bonn kam der Techniker im Mai nach dort, ließ sich gleichfalls als Arbeitswilliger aus der „bitteren Not“ helfen und abgeben, wofür er wieder versprach, noch weitere 12-15 Mann in Thorn zurückzuhalten.

Ende Mai kam Heinemann nach Stodum, das ganz nahe bei Annen liegt. In Stodum war der Gauner ein „Formner“. Er gab an, daß er von einem Vertreter des Stodumer Eisenwerks zur Arbeit angenommen worden sei. Seine Frau käme mit anderen Formnern nach. Heinemann gab ferner an, daß er vier Monate wegen Blinddarmpoperation krank gewesen sei. Heinemann wurden schließlich von den Streikenden 38 M. Jahrgeld ausgezahlt. Zwei Streikende brachten den Pseudoformner zum Bahnhof und lösten eine Fahrkarte nach Kassel. Der andere Betrag wurde Heinemann ausgehändigt, worüber er unter falschem Namen quittierte. Als Heinemann allein war, tauschte er die Fahrkarte nach Kassel gegen eine nach Viesfeld um und er ließ sich die Preisdifferenz auszahlen. Als Heinemann wieder aus dem Bahnhof kam, erkannten ihn Arbeiter, die früher zu den Streikenden in Annen gehört hatten und die seine Verhaftung veranlaßten. Die Schwindeleien trugen dem Streikbruchs- und Betrugspezialisten acht Monate Gefängnis ein.

Deutsches Reich.

Krupps Sklaven fordern.

Am Sonntagvormittag tagte in Essen unter freiem Himmel eine Massenversammlung der Kruppischen Arbeiter, in der die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Welfirma einer gründlichen Kritik unterzogen wurden. Zu den 12.000 Versammelten sprachen vier Redner, die Genossen Schlick-Stuttgart, Sebering-Viesfeld, Cohen-Berlin und Rapp-Solingen. Von allen wurde hingewiesen auf den bekannten Reichstagsbeschluss vom 15. Februar 1911, worin der Reichstagsrat ersucht wird,

Arbeiten und Lieferungen für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluss von Tarifverträgen hinzuwirken, sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

Obwohl dieser Beschluss mit 240 gegen nur 99 Stimmen gefasst worden ist, sind fünf Monate ins Land gegangen, ohne daß die vom Reich sehr stark beschäftigte Firma Krupp sich in geringsten veranlaßt gesehen hätte, ihm nachzukommen. Im Gegenteil, der berüchtigte Herr-im-Hause-Standpunkt wird bei ihr gegenwärtig rücksichtsloser denn je vertreten. Da ist es zu verstehen, wenn die Arbeiterschaft aus sich selbst heraus Schritte unternimmt, um dem Willen des Reichsparlaments Geltung zu verschaffen. In keiner Weise sind bisher die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Arbeitsbedingungen beachtet worden. Die Arbeitszeit ist sehr ungleich und zum Teil überlang. Arbeiterausschüsse sind nicht vorhanden. Schließlich lassen auch die Löhnerhältnisse namentlich infolge der zu wünschen übrig, als das Günstigste dabei eine sehr erhebliche Rolle spielt. Statt Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie sie eines so mächtigen Betriebes würdig wären, bemühen sich die leitenden Stellen, Gelde zu züchten und mittels durchsichtiger „Wohlfahrt“ die Arbeiter einzulullen. Die Arbeiter haben jedoch das System der Firma satt und fordern Anerkennung ihrer berechtigten Wünsche. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen:

Die Versammelten nehmen Kenntnis von den Ausführungen der Referenten und erwarten von den Arbeiterorganisationen, daß dieselben die Vorarbeiten treffen, damit in geeigneter Weise die berechtigten Forderungen der Kruppischen Arbeiter zur Durchführung gebracht werden. Vor allen Dingen ist es erforderlich, daß die Löhnerhältnisse einer durchgreifenden Verbesserung unterzogen werden. Ebenso ist die Arbeitszeit den hygienischen und volkswirtschaftlichen Anforderungen entsprechend zu verkürzen. Die Arbeits- und Ueberarbeitszeit ist gleichfalls einer Regelung zu unterziehen. Ferner erklären die Versammelten die Schaffung eines Arbeitsausschusses, welcher aus allgemeiner und gemeinsamer Wahl hervorgehen muß, für unerlässlich, damit derselbe bei Neuordnung der Arbeitsbedingungen entsprechend der im Reichstag angenommenen Resolution mitwirken kann.

Die Versammelten erklären weiter, daß sie mit aller Kraft dahin wirken wollen, daß die im Deutschen Reichstag am 15. Februar 1911 angenommene Resolution, der auch zum größeren Teil von den bürgerlichen Parteien — mit 240 gegen 99 Stimmen — zugestimmt wurde, voll und ganz bei der Firma Krupp zur Durchführung gebracht werde.

Das Resultat der Versammlung ist um so erfreulicher, als es die „Christen“ und die Gelben keineswegs an Bemühungen fehlen ließen, Uneinigkeit in die Reihen der Kruppischen Arbeiter zu tragen. Sie haben zu der Schmach des bösen Willens nun auch noch die Schande der Ohnmacht.

Der Lohnkampf in der Juteindustrie.

Seit circa 1/2 Jahren kommt in den Jutebetrieben ein Material zur Verarbeitung, wodurch es der Arbeiterschaft im allgemeinen zur Unmöglichkeit geworden ist, einen Lohn zu erzielen, der für die bescheidensten Lebensverhältnisse ausreicht. Da das Verlangen der Arbeiterschaft, für die Verarbeitung schlechten Materials eine entsprechende Entschädigung zu zahlen fruchtlos blieb, forderte sie als Ausgleich in der Juteindustrie und Weberei zu Schiffel bei Hamburg eine Lohnerhöhung von 20 Proz. Anstatt nun den Forderungen gemäß eine durchschnittliche prozentuale Aufbesserung zu gewähren, gelang die Direktion eine durchgängige Aufbesserung von 2 1/2 Pf. pro Stunde und Kopf zu, wogegen die Pünktlichkeitsprämie von wöchentlich 50 Pf. und die Weihnachtspremie, welche je nach Dauer der Beschäftigung 7,50 M. bis zu 30 M. pro Jahr betrug, in Wegfall kommen sollte. Würde auch nur ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen mit der zugesandenen Lohnaufbesserung sich zufrieden gegeben haben, so war dies für die letzteren unmöglich, weil die geringe Aufbesserung in gar keinem Verhältnis stand zu dem Schaden, den

sie durch Verarbeitung des schlechten Materials erleiden, und so kam es denn, daß die Spinnerabteilung (137 Personen) am 19. Juni die Kündigung einreichte, worauf seitens der Direktion die Kündigung der Gesamtarbeiterschaft nebst Aufsichtern und Vorarbeitern am gleichen Tage erfolgte, die Sonnabend, den 24. Juni, abließ. Der Gesamtbetrieb steht seit diesem Tage still und sind alle Versuche, die Angelegenheit durch Verhandlungen auf friedlichem Wege zu erledigen, resultatlos verlaufen. Bis jetzt herrscht vollständige Einmütigkeit und ist von den polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen schon ein großer Teil abgereist. Auch in Demeelingen bei Bremen haben die in der Spinnerei- und Webereiabteilung Beschäftigten die Kündigung eingereicht, nachdem alle Versuche, eine kleine Lohnaufbesserung von 10 bis 15 Proz. zu erreichen, gescheitert sind. Dort sind die Löhnerhältnisse wohl als die schlechtesten zu verzeichnen. Auch hier wurde jede Verhandlung mit der Verbandsvertretung wie mit dem Arbeiterausschuss des Betriebes rundweg abgelehnt. Die Kündigung lief am 1. Juli ab. In Delmenhorst haben die in der Webereiabteilung Beschäftigten schon seit längerer Zeit sich über verschiedene im Betrieb vorhandene Mißstände beschwert und um Abhilfe ersucht. Leider haben die Beschwerden der Arbeiterschaft bei der Direktion nur taube Ohren gefunden, und so hat eine Empörung unter dieser Arbeiterschaft platzgegriffen, wie man sie noch nicht angetroffen hat. Als ein Arbeiterausschussmitglied auf den Direktor zugehen wollte, erklärte derselbe: „Ich habe mit Euch nichts zu tun — die Tore sind doch offen, zu welchen Ihr hinausgehen könntet.“ Darauf erfolgte weiter an die im elektrischen Webstuhl beschäftigten 60 Weber die dreimalige Aufforderung, den Betrieb zu verlassen. Dieser Aufforderung ist die Abteilung nachgegeben, und so ist es nicht ausgeschlossen, daß die weiteren in der Weberei Beschäftigten sich mit ihren hinausgewiesenen Kollegen solidarisch erklären, so daß auch der Delmenhorster Betrieb eine bedeutende Betriebsstörung erleiden dürfte. Auch in Bremen ist wegen des schlechten Materials kolossaler Mühsal entstanden und bedarf es nur des kleinsten Antostes seitens der Direktion, daß es auch dort zur Explosion kommt. In Hemelingen kommen circa 900 und in Schiffel etwa 1400 Personen in Betracht. Die Arbeiterschaft des In- und Auslandes wird darum ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Bezug nach den Juteorten Bremen, Schiffel, Hemelingen Harburg usw. unter allen Umständen ferngehalten wird.

Schießende Hünge-Brüder.

Die Norddeutsche Zellstofffabrik in Königsberg, deren Arbeiter streikten, ließ sich einige Hundert Hüngebrüder aus Hamburg kommen, die indessen von solcher Qualität waren, daß selbst die Polizei einschreiten mußte. Die mit Revolvern ausgerüsteten Streikbrecher veranstalteten wiederholt Massenschießereien und bearbeiteten Passanten mit Messern. Hundert wurden deshalb polizeilich abgeschossen, 22 verhaftet. Noch auf dem Bahnhof gab es ein förmliches Schnellfeuer, so daß da noch eine Anzahl von diesen „nützlichen Elementen“ in Haft genommen werden mußten. Hurra! die staatsverhaltenden Elemente.

Zum Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

In den Reihen der Holzindustriellen ist jetzt offene Rebellion ausgebrochen, und zwar weil der Arbeitgeberverband die Unterstützung, die bisher pro Arbeiter und Tag 2 M. betrug, auf 1 M. herabgesetzt hat. In einer Bezirksversammlung wurde das damit begründet, daß nach den letzten Verschlüssen des Holzarbeiterverbandes ein Ende des Kampfes nicht abzusehen sei, und da man schon 400.000 M. verbraucht habe, müsse man mit den noch vorhandenen Mitteln recht häuslicher zu Werke gehen. Die fällige Unterstützung konnte nicht ausgezahlt werden, doch wurden die Meister damit getrostet, daß ein größeres Darlehen in Aussicht gestellt sei.

Die Sache ist für den Schutzverband und seine geistigen Leiter Gurrill und Wolfrum um so dramatischer, als diese behauptet hatten, beim Holzarbeiterverband sei das Geld alle.

Als nächste Folge haben sich nun innerhalb der letzten zwei Tage 22 mögliche Firmen an den Holzarbeiterverband gewandt, zwecks Abschluss von Einzelverträgen.

Arbeiter, sorgt für Fernhaltung des Zuges!

Ausland.

Ende des Seemannsstreiks.

Nach telegraphischen Meldungen haben die Seeleute die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Meldungen lauten:

Brüssel, 2. Juli. In Antwerpen wird der Seemannsstreik voraussichtlich am Montag beendet sein, da eine Verständigung auf der Basis der Hamburger Löhne bereits mit zwei größeren Reedereifirmen erfolgt ist und diesem Abkommen die anderen Firmen sich zweifelsohne anschließen werden. In Zukunft werden die Seizer regelmäßig 8 Stunden, die Seeleute 12 Stunden beschäftigt. Ueberstunden werden bezahlt. Auch steht die Gründung einer Arbeitsbörse für Seeleute in Antwerpen unmittelbar bevor.

Antwerpen, 3. Juli. Die hiesigen Matrosen haben beschlossen, die Arbeitszeit für die Kohlenarbeiter auf 8 Stunden und für die Matrosen auf 12 Stunden festzusetzen. Zu gleicher Zeit wurde einstimmig das Ende des Streiks für heute abend beschlossen, vorausgesetzt, daß die Reeder schriftlich ihre mündliche Zusage bestätigen. Von 700 im Streikkomitee eingeschriebenen Ausständigen sind die meisten auf englischen Dampfern angestuft. Alle diese Schiffe zählen die verlangte Lohnerhöhung. Der Deutsche Matrosenverband hat eine Unterstützung von 1000 M. für die Ausständigen in Antwerpen überwiesen.

Liverpool, 3. Juli. Der Führer des hiesigen Ausstandes Tom Mann erklärt, der Ausstand sei so gut wie beendet. Bei den meisten Dampfergesellschaften hätten die Ausständigen die Arbeit wieder aufgenommen. Obgleich zwischen der White Star Linie und ihren Reuten über die Anerkennung der Arbeiterunion noch Meinungsverschiedenheiten beständen, so hoffe er doch, daß sie heute noch beigelegt werden würden.

Ein Konflikt im nordfranzösischen Kohlenbecken.

Paris, 30. Juni. (Fig. Rev.) Die Delegierten der Vergarbeitsföderation des Departements Nord und Pas-de-Calais kamen gestern in Arras zusammen, um in einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Grubengesellschaften Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen in den nächsten Jahren zu treffen. Diese Konventionen sind seit 1880 wiederholt abgebrochen worden, die letzte 1908. Sie brachten dank der Entwidlung der Gewerkschaft den Vergarbeitsangehörigen Lohnerhöhungen. Diesmal fordern die Vergarbeits die Einbeziehung der Prämie von 17 Proz. in den Grundlohn, die ausdrückliche Vereinbarung der Einheitslohn der Löhne bei allen Gesellschaften, einen Minimallohn und eine der Lebensmittelerhöhung entsprechende Lohnerhöhung.

Die Unternehmer zeigten sich unzugänglich. Vor allem weigerten sie sich, den von den Arbeitern zum Sekretär und Anwalt gewählten Deputierten Genossen Albert Thomas auszulassen, worauf die Arbeiter auch die Entzerrung der von den Unternehmern bestellten Sachwalter forderten. Die Verhandlung endete nach kurzer Dauer resultatlos. Die Unternehmer lehnten die Arbeiterforderungen mit Berufung auf die neuen Steuerlasten, die Abfärgung der Arbeitszeit, die deutsche Konkurrenz und die Unsicherheit des Marktes ab. — Argumente, die die Arbeiter im Hinblick auf die seit 1906 stark gestiegenen Dividenden nicht anerkennen konnten. Das einzige, was die Unternehmer zugestehen wollten, war die Aufrechterhaltung der Prämie solange, als der Kohlenpreis nicht sinkt. Die Arbeiter konnten sich mit dieser „Konzeption“ nicht begnügen und brachen die Verhandlung ab. Eine neue Konvention wurde nicht geschlossen. — Die Situation, die aus dieser nicht unvorhergesehenen Wendung folgt, ist ernst. Aber die Arbeiter sehen der Zukunft im Gefühl der Kraft ihrer Organisation mit Zuversicht entgegen.

Prozeß Becker-Maltzahn.

Der Greifswalder Landratsprozeß, der im Dezember vorigen Jahres die Strafkammer des Greifswalder Landgerichts fast drei Wochen lang beschäftigte und schließlich zu einer Verurteilung des Nittergutsbesizers Artur Becker in Wartmannshagen zu der enormen Strafe von einem Jahr Gefängnis wegen Verleumdung des Landrates Freiherrn v. Maltzahn führte, erlebte heute vor dem Reichsgericht in Leipzig eine Art Neuaufgabe, da der Beurteilte Revision eingeklagt hatte. Nach langen Verhandlungen wurde das Urteil der Strafkammer vom Reichsgericht in vollem Umfang aufgehoben und die Sache an das Landgericht Stettin verwiesen.

In der Begründung führte der Senatspräsident aus, daß der Senat die Prozeßreigen, die sich auf Ablehnung des Direktor Frickmann und des Landrichters Haas beziehen, zurückgewiesen hat. Die Zurückweisung der Ablehnungsanträge des Angeklagten durch das Gericht sind nach der Auffassung des Senats zu Recht erfolgt. Die vorgebrachten Behauptungen reichen nicht aus, um eine Befangenheit dieser Richter zu rechtfertigen. Ferner hat der Senat die Klage zurückgewiesen, daß drei Richter über die Ablehnungsanträge befunden und damit einen Teil der Hauptverhandlung geführt haben. Vielmehr hat der Senat festgestellt, daß die Ablehnung kein Teil der Hauptverhandlung ist, und daß das Dreimannkollegium in seiner Weise seine Befugnisse überschritten hat. Der Angeklagte und seine Verteidiger haben in Greifswald auch keinen Widerspruch hiergegen erhoben. Die weitere Klage des Angeklagten, daß zu Unrecht die Vorlegung der Geheimakten verweigert worden ist, war gleichfalls zurückzuweisen.

Andero lag die Klage über die Ablehnung des Antrages, den Zeugen Goch ein über eine angelegliche liberal-sozialdemokratische Verbrüderung in der Wirtschaft Müller zu vernehmen. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß das, was der Zeuge bekunden sollte, unerheblich sei. Hier liegt zweifellos ein

Prozeßverstoß

vor, denn die Unerheblichkeit genügt nicht zur Ablehnung dieses Antrages. Es muß gesagt werden, ob er ungeeignet oder nicht zur Sache gehörig ist, und das ist nicht geschehen. Diese Klage hat der Senat für durchgreifend erachtet, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß die Entscheidung des Erstrichters mit auf diesem Verstoß beruht. Weiter rügt die Revision mit Recht die unzulässige Ablehnung von Fragen an geladene und erschienene Zeugen. Auch diese Ablehnungen sind zum größten Teil mit der Begründung erfolgt, die Frage sei unerheblich. In dieser Ablehnung hat der Senat einen Prozeßverstoß erblicken müssen, da es sich um erschienene Zeugen handelt. Die Ablehnung von Fragen kann nur aus anderen Gründen erfolgen als aus Gründen der Unerheblichkeit dessen, was der Zeuge bekunden soll. Das, was der Zeuge bekunden sollte, war erheblich für den Angeklagten, weil das, was die Zeugen bestätigen sollten, wiederholt, z. B. in der Eingabe an den Handelsminister. Dagegen war der Senat der Ansicht, daß die Ablehnung der Weiterbefragung des Zeugen Milke gerechtfertigt war, weil das, was dieser Zeuge bekunden sollte, außer allem denkbaren Zusammenhang mit dem Gegenstand der Verhandlung stand. Im übrigen hat der Senat, nachdem der Vordbericht dem Angeklagten zugänglich hatte, daß er der Ansicht sein konnte, daß der Landrat seine Gewalt ihm gegenüber mißbrauche und ihn wirtschaftlich schädige. Aus der Form dieser Ausdrücke an sich geht nicht die Absicht der Verleumdung hervor; daher ist die Verurteilung des Sauges des § 183 dem Angeklagten gegenüber hier ein Rechtsirrtum.

In der Beurteilung der Anwendung des § 186 auf den Begriff „politischer Agent des agrarischen Demagogentums“ nur deshalb, weil dieser an sich unter § 183 fallende Begriff mit anderen Begriffen im Zusammenhange steht, die unter den § 186 fallen, folgt der Senat den Auffassungen des Reichsanwalts, ebenso hinsichtlich der Beurteilung des Satzes „vom ruhigen und sicherlich nicht zu Gewalttätigkeiten neigenden Kreisverfassenen und der Züchtigung des Landrats.“ Hier genügt es, auf die Möglichkeit von Bedenken hinzuweisen; denn schon die bloße Möglichkeit eines Rechtsirrtums hier kann dem Angeklagten nachteilig gewesen sein. Der Senat hatte schließlich die Frage zu erwägen, ob dem Antrage des Verteidigers entsprechend die Sache an ein anderes Gericht verwiesen werden sollte.

Der Senat hat aus den ganzen Verhandlungen die Ueberzeugung geschöpft, daß das Landgericht Greifswald durchaus ohne Voreingenommenheit in dieser Sache vorgegangen ist und daß die Vorwürfe der Verteidigung nicht als begründet angesehen werden können. Aus Zweckmäßigkeitgründen hat aber der Senat dem Antrag der Verteidigung entsprechend die Sache an das Landgericht Stettin verwiesen.

Letzte Nachrichten.

Vergarbeitslos.

Dortmund, 3. Juli. (W. L. V.) Auf der Beche „Dorussia“ bei Dessel wurden durch hereinbrechende Gesteinsmassen vier Vergleute verdrückt. Drei von ihnen wurden als Leichen geborgen.

Die Verstaatlichung der Breslauer Straßenbahn.

Breslau, 3. Juli. (W. L. V.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig den Ankauf der Breslauer Straßenbahngesellschaft zum Kaufpreise von 8.900.000 M.

Deutschlands Marokkopolitik im englischen Unterhaus.

London, 3. Juli. (W. L. V.) Im Unterhaus stellte der Abgeordnete Byles (liberal) die Anfrage, ob eine Vereinbarung zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten erreicht worden sei, dahingehend, daß jede Streitigkeit, die möglicherweise entstehen könne, einer schiedsgerichtlichen Behandlung überwiesen werden solle. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes McKinnon Wood erwiderte, daß man noch zu keiner solchen Vereinbarung gekommen sei.

Der Abgeordnete Huttleton (konservativ) fragte ob die Regierung über das

Vorgehen Deutschlands in Marokko

irgendwelche Mitteilung zu machen habe. Premierminister Asquith ersuchte, die Anfrage auf morgen zu verschieben.

Aus Marokko.

Tanger, 3. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Aus Marokko wird berichtet, daß der frühere Kaiser Abdallah, den Abzug Khal Gloanis sich zunutze machend, die Stadt Demnat plünderte, wobei mehrere Personen verwundet und getötet wurden. Ebenso wurde die Stadt Tameletet durch die Stämme Rehanna und Shaoghna geplündert.

Belagerungszustand in Paraguay.

Buenos Aires, 3. Juli. (W. L. V.) Nach Telegrammen aus Assumption in Paraguay ist dort eine Verschwörung entdeckt worden. Präsident Yza dekretierte die teilweise Auflösung des Kongresses. Mehrere Senatoren, Deputierte und Beamte wurden festgenommen; die Minister des Innern und des Aeußeren gaben ihre Entlassung. In Assumption wurde der Belagerungszustand auf drei Monate erklärt.

Die französische Gewerkschaftskonferenz.

Paris, 25. Juni. (Fig. Ver.)

Der im Herbst in Toulouse abgehaltene Gewerkschaftskongress hatte infolge des endlosen Gezänzes über gewisse Gegenstände der Verwaltung so wenig praktische Arbeit geliefert, daß es notwendig wurde, fast die ganze Tagesordnung einer gemeinsamen Konferenz der Verbände und Arbeitsbörsen zur Erledigung zu überlassen. Diese Konferenz hat hier von Donnerstag bis Sonnabend getagt, und auch sie konnte nicht das ganze Material aufarbeiten. Sie hat aber immerhin eine Reihe von Fragen durchberaten und mehrere für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung wichtige Beschlüsse gefaßt.

Der erste Tag war wieder ganz mit einer Debatte über die Altersversicherung ausgefüllt. Sie zeigte insofern einen Umschwung der Meinungen, als die meisten Redner nicht mehr, wie dies die Mehrheit von Toulouse getan hat, das Hauptgewicht auf den Kampf gegen die Kapitalisation legten, sondern vor allem den Arbeiterbeiträge angriffen. In diesem Sinn äußerte sich besonders der Vertreter der Bauarbeiter Péricat, der erklärte, Kapitalisation oder Umlageverfahren sei schließlich einerlei, solange der Arbeiter zahlen müsse. Dagegen vertrat Luquet (Coiffeur und derzeitiger Redakteur der „Humanité“) den Standpunkt von Toulouse. Ein Provinzdelegierter meinte sogar, daß jegliche gesetzliche Altersversicherung dem revolutionären Ideal zumiderlaufe. Cleuet (Amiens) sprach für die Annahme der Beitragspflicht. Besitze diese nicht schon tatsächlich im gesetzlichen Recht der Greise, von ihren Kindern eine angemessene Alimentation zu fordern? Auch der reformistische Redner Lionchon sprach für die Annahme des Gesetzes. Blanquard von den Metallarbeitern hingegen forderte einen 24 stündigen Generalstreik am 3. Juli zum Protest gegen das Gesetz. Der Antrag wurde indes gar nicht in Beratung gezogen. Pvetot erklärte, die Konferenz müsse ihre Entscheidung im Hinblick auf die Aufnahme treffen, die das Gesetz im Lande gefunden habe. Es herrsche eine Atmosphäre der Opposition gegen die Beiträge. Janvion sagte, wer zwischen Kapitalisation und Umlage einen Unterschied mache, sei schon ein Reformist. Andere Redner wiesen insbesondere auf den Widerstand der Bauern gegen die Zahlungspflicht hin. Es ist zweifellos, daß das Schlagwort des Nichtzahlens viel populärer werden kann, als das des Kampfes gegen die Kapitalisation, um die sich die Massen nicht viel scheren. Aber diese taktische Schwermung, die Konzentration des Angriffs gegen den Beitragszwang, der auch den Bauern und den gewerblichen Unternehmern unwillkommen ist, sieht sehr nach — politischem Opportunismus aus.

Schließlich wurde mit 104 gegen 11 Stimmen, bei 12 Enthaltungen, eine Resolution angenommen, die erklärt: „Indem die Konferenz von neuem das Prinzip der Altersrente anerkennt, beschließt sie, das auf die Arbeiterbeiträge basierte Gesetz zu Fall zu bringen. Sie fordert demgemäß die Organisationen auf, sich diesen Beitragsleistungen mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln zu widersetzen.“ — Angenommen wurde ferner eine Zusatzresolution, die als Mittel der Beitragsverweigerung und die Zerstörung der Versicherungskasse am 3. Juli empfiehlt. — Die von Cleuet und Lionchon eingebrachte Gegenresolution sagte unter anderem: „In Erwägung, daß unter dem kapitalistischen Regime die dem regierenden Unternehmertum abgerungenen Sozialgelder der Arbeiterklasse niemals volle Genugtuung geben können und selbst ein besseres Gesetz der Arbeiterklasse noch immer unannehmbar erscheinen müßte, erklärt die Konferenz, daß die durch das Gesetz geschaffene Situation, die an die Stelle der Unterdrückung das Prinzip der sozialen Versicherung zu setzen strebt, derjenigen vorzuziehen ist, die sich aus dem Fehlen jedes Gesetzes ergäbe und fordert die Arbeiterklasse auf, sich zu ausdauernden Bemühungen für die Verbesserung des Gesetzes zu vereinen.“

Der Beschluß der Konferenzmehrheit gibt, wie man sieht, dem Widerstand gegen das Gesetz eine andere Akse, als der Gewerkschaftskongress. Es ist immerhin merkwürdig, daß sich eine Konferenz über Kongressbeschlüsse souverän hinwegsetzt.

Am zweiten Tag verhandelte die Konferenz zunächst über einen Antrag, der eine Kampagne für die Durchsetzung der „englischen Woche“ (des freien Sonnabendnachmittags) forderte. Die Diskussion führte zur einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die Konferenz hält das Prinzip des Achtstundentags vollkommen aufrecht. Sie läßt den Gewerkschaftsorganisa-

tionen die vollständige Freiheit, ihre Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit, mit Rücksicht auf die in ihrem Beruf gegebenen Möglichkeiten fortzusetzen. Sie beschließt, die Kundgebungen der verschiedenen Organisationen in einer allgemeinen Kampagne für einen ganzen Ruhetag oder einen Teil eines Wochentags, außer dem wöchentlichen Ruhetag und ohne Rückwirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Löhne, zu vereinigen.“

Zu einer ausführlichen Diskussion führte die Frage der Reiseunterstützung. Es wurden drei Fassungen vorgelesen. Ein Teil der Delegierten war der Meinung, die Reiseunterstützung solle fakultativ und in den Händen der Föderationen bleiben. Von denjenigen, die dagegen die Einführung des Statutums durch die C. G. T. wünschten, waren die einen für ihre Organisation durch die Föderationen, die anderen für die durch die Arbeitsbörsen. Pvetot erklärte sich für die Übertragung an die Föderationen. Das sei wohl Zentralismus, aber ein notwendiger Zentralismus. Bei der Abstimmung ergaben sich 77 Stimmen für das obligatorische, durch die Konföderation zu organisierende Statutum, 35 dagegen und 15 Delegierte enthielten sich.

Am dritten Tag kam die finanzielle Organisation des Statutums zur Verhandlung. Die zur Ausarbeitung eines Projektes gewählte Kommission beantragte, durch mehrere Monate Versuche anzustellen und die Entscheidung dem nächsten Kongress anheim zu geben. Der Antrag wurde mit 78 gegen 17 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Zur Deckung der Kosten werden die Konföderationsbeiträge um einen Zusatz von 20 Proz. erhöht.

Beim Punkt: Statutenänderungen lag ein Antrag vor, den Gewerkschaftsfunktionären die Werbung um ein politisches Mandat zu untersagen. Die Konferenz begnügte sich indes, in einer mit 75 gegen 43 Stimmen angenommenen Resolution auszusprechen, daß der „politische Ehrgeiz“ eine „große Gefahr“ für die Arbeiterorganisationen sei.

Zum Punkt: Arbeitsbörsen lag ein Antrag vor, der die Abschaffung der Föderation der Börsen forderte. Einige Delegierte forderten die Erhebung der Börsen durch regionale Verbände. Pvetot bestand auf der Erhaltung des jetzigen Zustandes. In der C. G. T. habe die Föderation zentralistische und administrative Aufgaben, die der Arbeitsbörsen dezentralistische und föderalistische. Die Arbeitsbörsen seien die Werbeplätze der Berufsverbände, aber auch ein Gegengewicht gegen den zünftlerischen Geist und die Zentrieren der syndikalistischen Propaganda. Würde man die Föderation der Börsen aus der C. G. T. ausschließen, würde sie außerhalb wiederaufstehen, der Einheit der Arbeiterbewegung zu schaden. Die Angriffe gegen diese Föderation rührten von den Reformisten her, die die Unmöglichkeit gewahrt worden seien, in ihr das Übergewicht zu erlangen, was sie, wenn auch grundlos, für die Berufsverbände noch immer hofften. — Der Reformist Lionchon erklärte, es handle sich nicht um die Auflösung der Ortsverbände, sondern um die Abschaffung ihrer zweifachen Zentralorganisation. Die Konföderation solle nur aus den Berufsverbänden bestehen. — Die Abstimmung ergab die Aufrechterhaltung des status quo mit einer überwältigenden Mehrheit.

Der Kassierer Nord beklagte sich beim folgenden Punkt, der die nachlässigen Organisationen behandelte, besonders über die Organisationen, die nur für einen kleinen Teil ihres Effektivbestandes Beiträge zahlen. Er nannte vor allem die Arbeitsbörse von Roubaix, die 20 000 Angehörige habe und nur 1200 Beiträge zahle. Auf diese Art scheine die C. G. T. schwächer, als sie in Wirklichkeit sei und werde in den Augen der ausländischen Kameraden herabgesehen. — Die Tatsache, von der Nord sprach, ist bekannt. Es sind namentlich die reformistischen Zentralarbeiter, die nur für eine Minorität ihrer Mitglieder Beiträge an die C. G. T. zahlen. Sie tun dies einerseits, um gegen das bestehende Vertretungssystem, das auf die Stärke der Gewerkschaften keine Rücksicht nimmt, zu protestieren, andererseits, weil sie die spezifisch anarcho-syndikalistische Propaganda, die die Leiter der C. G. T. betreiben, nicht materiell fördern wollen.

Der Konföderationssekretär Jouhaux, der den Protest Nord gegen dieses Vorgehen unterstützte, erklärte, daß die C. G. T. gegenüber der Gewerkschafts-Internationale nicht ebenso handeln solle und beantragte, den Konföderationsvorstand zu ermächtigen, an das internationale Bureau Beiträge für 450 000 Mitglieder abzuführen, was der wirklichen Mitgliederzahl entspreche. Der Antrag wurde angenommen.

Unter Verschiedenem wurde die Errichtung einer konföderalen Streikliste mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Ein

schonungs- und Gefühlswesen haben sie sich erfrischend von der abflühenden Argoliteratur der Pariser Deklassierten ab. Wohl ist die Revolte Coulois gegen die soziale Ordnung nicht ganz mit jener identisch, die sich im proletarischen Klassenkampf emporreißt. In seinem Hohn gegen die Ausbeuter und Volkverderber lebt der Bauernhohn gegen die unheimliche Weltstadt, die die gefunden Dorfdirnen in ihre Fänge zieht und an Leib und Seele verdirbt, in seinem Antimilitarismus der Hohn des Bauern, den das von den Herren in der Stadt gemachte Gesetz vom Schafsen auf dem Acker in die Oede der Kaserne holt, in seinem Antiliberalismus der Werger des triebhaften und natürlich denkenden Dorfbourgeois über den Geschäftsbetrieb des scheinheligen und anmaßenden Pfaffen. Coulois war ein Enkel jener von ungestümem Freiheitsdrang erfassten Bauern, die nach dem Vorkriegstum die Schöpfer der Grundbesitzer mit der Brandfackel verbrachten und vor der Schwärze des Konvents der jungen Republik ihre Treue schworen. — Seit einem Jahre hat er in der „Guerre Sociale“ Herdös in einem wöchentlichen Chanson die Tagesgeschichte mit scharfem und derdem Wit begleitet. Auch in diesem Genre war er weit besser als die marklosen Witzlinge der eleganten Epitaphen und der Boulevardblätter, hinter deren erzwungenen Grimassen oft ein alter Werrat hervorblinzt. Aber seine wertvollsten, originalsten Leistungen bleiben doch die Bauernstücke: „Los Gourganinos“ (Die Dirnen), „Los Consorrits“ (Die Konstruierten) u. a. Sie reihen ihren Schöpfer in die Schar der besten und tapfersten Dichter der Armen, neben die Veranger, Dupont, Potier ein.

Musik.

Neues Theater: Der Nodelzigeuner, Operette von L. Kastner, Musik von Josef Snaga. Die Musik ist nicht nur im Sommer ein ungeheures Bedürfnis nach trivialer Unterhaltung, sondern auch aufgewandten Spähen, trübseligen Verwicklungen, unmöglichen Albernheiten haben. Wenigstens scheinen die sommerlichen Theaterunternehmer das zumeist. Sonnabend gab es auf den Berliner Bühnen eine akute Epidemie in diesem Genre; zwei Operetten, ein militärischer Schwank (mit dessen Inhalt wir unsere Leser verschonen), der aber der milderen Umstände der Musik entbehrt, ein Gastspiel von Harry Walden warben als Novitäten um frische Gunst. Dazu spielten alle anderen Theater (bis auf Kroll) ihre Repertoirstücke, die als Lustspiel oder Operette sämtlichen Anforderungen des „Sommertheaters“ gerecht werden.

Der Nodelzigeuner hatte in diesem Zusammenhang das besondere Verdienst, Winterlandschaften, Winterkostüme und Schnee auf die Bühne zu bringen (Kontrastwirkung nenn'it der Aesthetiker). Außerdem bot er eine Uebersicht über die Hilfsmittel der Poffenmacher von Plautus bis auf heute. Es gab da zwei Personen, die erst zuletzt ihre Väter und Onkel fanden, ferner mehrere Willkuren, die zu verwerben waren, einen jungen Leutnant, der aus Verzweiflung und um der Erbschaft willen die Schwiegermutter statt der (aus Liebe zur Kunst) entflohenen Braut heiratet, eine Maschinenrie, die eine Amorgroite bedient. Diese komplizierten Vorgänge wuhle indes der Komponist durch Nodelsänge, schmachtende Liebesduette (von echt Wiener Sentimentalität), hübsch kostümierte und trefflich aufgeführte Zigeunerstücke zusammenzuschweißen. Reminiszenzenjäger konnten dabei auf ihre Kosten, aber im ganzen ist die Musik doch unterhaltlich und gelegentlich sogar charakteristisch. In der Darstellung war

Kritik auf Schaffung eines internationalen Gewerkschaftszeichens (Label) fand einstimmige Annahme. Verworfen wurde der Antrag auf Zulassung der liberalen Berufe in die C. G. T., ebenso der auf tägliche Herausgabe des Verbandorgans „Voix du Peuple“. Der Vorschlag stieß auch bei den führenden Anarcho-syndikalisten auf kein Interesse mehr, da sie fast alle an der „Detaillé Syndicaliste“ mitarbeiten.

Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg.

Am Sonntag fand in Brandenburg a. S. im städtischen Kongreßsalaal, im „Schweizergarten“, die VII. Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg statt. Der Vorsitzende der Vereinigung, Simanowski-Vorlin, eröffnete die Tagung und stellte zunächst fest, daß Einladungen zur Teilnahme an der Konferenz an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, an die Verwaltung der Landesversicherungsanstalt und an den Magistrat von Brandenburg ergangen seien. Oberpräsident und Verwaltung der Landesversicherungsanstalt waren die Antwort schuldig geblieben. Als Vertreter des Brandenburgischen Magistrats hieß Herr Bürgermeister Voigtel die Delegierten willkommen. Bei der sodann vorgenommenen Bureauwahl wurden Simanowski-Vorlin zum 1. und Vordruckermeister Fleischer-Brandenburg zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Aus dem Geschäftsbericht, mit dessen Erörterung die Erledigung der Tagesordnung begann, sind folgende Angaben von allgemeinem Interesse. In der Artz-Arztangelegenheit haben sich besondere Ereignisse nicht abgepielt. Im allgemeinen wird aber doch das frühere friedliche Zusammenarbeiten zwischen Klassen und Kreisen vermehrt.

Diesen unerwünschten Zustand führen die Krankenkassen auf das Verhalten des Leipziger Ärzteverbandes zurück. Zwischen Krankenkassen und Apothekern machten sich ebenfalls nicht erhebliche Streitigkeiten bemerkbar. Differenzen waren u. a. in einigen Orten von Berlin zu verzeichnen. In einem Falle kam es zu einem Kampfe, in dem die Apotheker einen ganz bedeutenden Schaden erlitten. — Im Laufe des Geschäftsjahres fanden zwei Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses statt. In die Vereinigung neu eingetreten sind 2 Klassen mit 3913 Mitgliedern. Ihren offiziellen Beitritt zu der Vereinigung haben 56 Krankenkassen aus der Provinz erklärt. 161 Krankenkassen sind offiziell nicht beigetreten, haben aber an den Konferenzen usw. teilgenommen. 89 Krankenkassen haben infolgedessen an den Konferenzen seit Be- ginnen der Vereinigung (6. November 1904) teilgenommen, aber nie zur Deckung der Unkosten beigetragen.

Der Kassenbericht verzeichnet ein günstigeres Resultat als in den Vorjahren. Es ist ein kleines Defizit gelöst und ein Ueberschuß von 452,07 M. erzielt.

C. Koblentz aus Berlin unterzog die letzte „große“ Tat des schwarz-blauen Blods, die

Reichsversicherungsordnung.

einer gründlichen Kritik. Er betonte, daß die Reichstagsmehrheit sich bei ihrer Gesetzesmacherei einzig und allein von ihrem Hohn gegen die Sozialdemokratie habe leiten lassen. Die Geschädigten aber seien die Versicherten. Der Referent wies das an der Hand der zahlreichen entsetzenden Bestimmungen deutlich nach.

Mit einem Appell an Arbeiter und Unternehmer, sich auf dem neutralen Boden der Krankenversicherung gegen die staatlichen Bevormundungsgelüste zu verbinden, sowie an die Verwaltungen, die schlechte Gesetzgebung durch eine humane Verwaltungspraxis soviel als möglich zu mildern, schloß der Referent unter stürmlichem Beifall seinen zirkel andertalbstündigen Vortrag.

An diesen schloß sich ein Referat des Herrn Prof. Dr. Lennhoff aus Berlin über die

Behandlung und Bekämpfung der Tuberkulose in den Krankenkassen.

Die ungemein interessanten Ausführungen des bekannten Hygienikers gipfelten in der Forderung nach „hygienischer Kleinarbeit“. Hierunter versteht Herr Lennhoff die Einrichtung von Fürsorgestellen, von denen aus für eine hygienische Wohnungshaltung der erkrankten Kassenmitglieder Sorge getragen werden soll, sowie die Errichtung von Waldberholungsräten und Liegehallen

vor allem die kleine gutbelannte Mia Werber brillant, sie ließ alle Humore und Lustigkeiten los und erfüllte mit ihrer aufleuchtenden Laune das Haus, daß man gar nicht merkte, wo sie einen Teil ihrer Stimme gelassen hat. Als gute Sängerin erwiderte sich Mary Hagen (die Inhaberin der gefäßvollen Partie). Zum Schluß der Aufführung (sie mühte um ¼ Stunden gekämpft, gabd auf der Bühne ein Familienfest mit Vorber und Produkten der Prieger Blumenkultur. Es schienen sämtliche Verwandten, Bekannten, Angestellten des Komponisten, des Direktors, des Theaterbesitzers daran teilzunehmen, was ja sicher sehr nett war. Vielleicht läßt man in Zukunft auch Deputationen der Kritik und des Publikums dabei zu.

Ein altes „Repetiertheater“ verbietet dem König von Danubien, seine Königin zu küssen, wenn schon ein Thronerbe da ist. Das junge Thronpaar aber reißt in Verkleidung aus, um sich küssen zu können. Im lustigen Gasthaus „Zur blinden Eule“ treffen sich alle Verliebten, einschließlich der drei geprellten Prinzen, und schließlich müssen die Hüter des Staatsgehees es fallen lassen, nachdem verschiedene Tanzduette, Ministerwitze und dergleichen für Ausfüllung des Abends gesorgt haben.

Den sommerlichen Ansprüchen, mit denen ins Gebäude der „Komischen Oper“ die Direktion Heinz Gordon eingezogen ist, genügt allerdings der mehr als lofe Aufbau und Text der Operette „Der verbotene Kuh“, die wir am Sonnabend dort hörten. Komponiert ist sie von Siegmund Vincze. Auch er ist ein Komponist, der besseres kann; er macht garke, übers Triviale hinausstrebende, zurückhaltend instrumentierte Begleitungen zu hübschen Melodien. Aber bald gehts auch ihm so, wie wir es schon kennen: die Entschleiride, die dem Publikum gefallen sollen, ziehen ihn hinab in die Tiefen oder Antiefen. . . .

Eine gute Sängerin, die nur mit den deutschen Vokalen im Kampfe liegt, A. v. Trivinski aus Warschau, und ein wirkungsvoller Komiker, A. A. Roberts aus Hamburg, waren als Gäste bezeichnet. Wenn die Regie für besseres Dialogsprechen und manchmal für ein flotteres Tempo sorgte, würde man sich wohl noch besser unterhalten.

Notizen.

— Die Zukunft des Lessing-Theaters wird, wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, voraussichtlich sein Ende sein. Direktor Vrabm wird die im Jahre 1913 ablaufende Pachtzeit — weniger des Theaters ist der Lustspielfabrikant Blumenthal — nicht erneuern. Ob er einen Nachfolger erhalten wird, ist zweifelhaft. Denn die A. G. B., die Nachbarin des Grundstücks, braucht Platz und besitzt das Vorkaufrecht auf das Terrain.

— Er komponiert keine sauren Gurken, Richard Strauß nämlich. Er hat zwar Don Quixote und Nietzsche betont und die allgriechische Elektra und die neugriechische Salome in Musik übertragen, aber gegen die Zumutungen der ungeduldeten Melanemacher in den Anstufwärtigen protestiert er mit den Eingangsworten. Also (vorderhand) komponiert Strauß weder eine Jurasoper noch eine Pantomime noch die Nacht einer Pariser Kurtisane (Text von Bannung) — sondern nur eine Alpen-sinfonie.

Kleines feuilleton.

Felix Mottl, der Leiter der Münchener Hofoper, ist in München am Sonntag nachmittag gestorben. Er ist einem Herzleiden, das ihn erst kürzlich bei einer Aufführung zusammenbrechen ließ, erlegen. Nur 55 Jahre ist er alt geworden. Mottl ist der typische Repräsentant des Wagnerdirigenten gewesen. Wagner hatte er sich von früh an — er war Wiener und Schüler des Wiener Konservatoriums — gewidmet. Zuerst als Dirigent des Wiener Akademischen Wagnervereins, dann als musikalischer Leiter des: Kärntner Hoftheaters und seit 1903 an der Spitze der Münchener Hofoper.

Ein getreuer Jünger Wagners hat er hauptsächlich als Theaterkapellmeister, aber auch als Konzertsdirigent (in Berlin bei den Philharmonikern) fachlich, überzeugend und ohne die Wägen der Virtuosen seiner großen Sache gebietet. Mit Recht hat man ihn als den Dirigenten charakterisiert, der Wagner im großen Stile (al fresco) dirigierte und dirigieren lehrte.

Ein revolutionärer Chansonnier, der beste von allen, Gaston Coulois, ist kaum 30 Jahre alt, in Paris von einer jähren Krankheit dahingerafft worden. Das Urteil ist auch in Frankreich zu einem trübseligen Vergnügungsbetrieb herabgesunken. Jules Remaitre sagt in der Vorrede zu einer Anthologie aus dem alten Chat Noir, das Kabaret sei die Verödung der Wüste mit der Bourgeoisie gewesen. Es wurde aber namentlich eine „Anpassung“ an den bürgerlichen Geist. In dem mondänen Kabaret auf Montmartre, wo das „Wod-Entree“ 4 und 5 Franken beträgt, ist der Schwerpunkt der politischen Satire die stereotypische Verhöhnung des biden plebejischen Präsidenten Fallières, und die Glossierung der politischen und sozialen Aktualität hat den Stich ins Reaktionsäre, wie er der antideokratischen, parfümiert-katholischen, patriotisch-traditionalistischen Strömung bestimmt Gesellschaftskritiken entspricht. Im hübsigen Vorstadtkabaret dagegen bedient man das „Voll“ außer mit dem vergrößerten Spiel des Sauglöffelns mit einem süßen Salat von Trivialpatriotismus, Chauvinismus, fähnen Ausfällen gegen Monopoljähndhölzchen und dergleichen und sozialem Sentimentalismus des „goldenen Herzens“. Doch gibt es auch einige revolutionäre Chansonniers, die sogar in einem Verband organisiert sind und namentlich in den eigentlichen Arbeiterbezirken und bei Organisationsfesten zu Worte kommen. Montéhus, der betriebliche Unternehmer in dem Genre, der besonders mit antiliberalen Reimereien die revolutionäre Klientel anzieht, ist der bräunteste, aber nicht der talentierteste und sympathischste Vertreter dieser Tendenz. Unter den anderen revolutionären Chansonniers findet man hin und wieder sehr hübsche lyrische Begabungen und einen künstlerischen Ernst, der den glücklichen Routiniers der Mode-Kabarets und Musikkaballs längst verloren gegangen ist. Gaston Coulois ragte indes in dieser Gruppe beträchtlich hervor. Seine Vorstellungen und Empfindungswelt war nicht die des Großstadtyproletariats, des Klaviers der Großindustrie. Er war vom Lande gekommen, das Kind eines armen Dorfschmieders, und der Bauer sah ihm auch noch im Roden, als er aus der Schulbank aufs Podium stieg. Das ist jetzt etwa zwölf Jahre her.

Coulois besten Dichtungen sind in der Atmosphäre des armen Landbauers erwachsen. In ihrer kräftigen Sprache, in ihrer Kn-

für die in neuerer Zeit so sehr in Aufnahme gekommenen sogenannten Nachkuren. Auch dieses Referat wurde von den aufmerksamen Zuhörern mit verdientem lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eine Diskussion fand nach keinem der Vorträge statt. Das mit Spannung erwartete Referat über das aktuelle und wichtige Thema „Verwaltungsfragen unter Berücksichtigung der Reichsversicherungsordnung“ entging den Delegierten diesmal, da der in Aussicht genommene Referent Herr Ab. Kohn-Werlin leider erkrankt war. Dieses Thema soll in einer außerordentlichen Provinzialkonferenz, die, sobald es angebracht erscheint, in Berlin stattfinden soll, eingehend erörtert werden.

Auch die auf der Tagesordnung vorgezeichnete Neuwahl des Tarifamtes unterbricht, da man sich dahin einig geworden ist, das Tarifamt bis zum Jahre 1913 zu suspendieren. An den zurzeit bestehenden Beamtenverhältnissen soll bis dahin nichts geändert werden.

Die Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder mit Ausnahme des ausgeschiedenen Herrn Herrmann in Dahme, an dessen Stelle Herr G. Rubendorn in Rottbus gewählt wurde.

Vertreten waren 100 Krankenkassen mit 491 561 Mitgliedern durch 200 Delegierte.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Frankfurt a. D. gewählt. Mit einem Hinweis auf den am nächsten Sonntag in Dresden stattfindenden Verbandstag der Ortskrankenkassen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Das Reichsmarineamt gegen die Techniker.

Es ist nicht das erste Mal, daß das Reichsmarineamt die technischen Angestellten zwingt, mit ihren Klagen an die Öffentlichkeit zu gehen. Am 7. November v. J. hat es diese Behörde grundsätzlich abgelehnt, mit den Organisationen der Angestellten in Verhandlungen zu treten. Damals wurde der Deutsche Technikerverband gezwungen, die Hilfe des Reichstages in Anspruch zu nehmen. Mit großer Mehrheit beschloß der Reichstag damals: „die Petitionen des Deutschen Technikerverbandes, soweit sie sich auf Einrichtung von Beamtensauschüssen, Sicherung der Koalitionsrechte und Anerkennung der Organisation der Techniker beziehen, dem Herrn Reichsminister zur Verurteilung zu überweisen.“ Wie dieser Beschluß des Reichstages „berücksichtigt“ wird, tritt jetzt wieder offen zutage.

Das Reichsmarineamt ist im Begriff, eine Änderung der Anstellungsverhältnisse der „vorübergehend“ beschäftigten Hilfsarbeiter der Marinebetriebe vorzunehmen.

Die Verfügung des Reichsmarineamtes vom 17. Mai 1911, womit die „Reorganisations“ eingeleitet wurde, bestimmt:

„Des weiteren dürfen Hilfsarbeiter, die nur für vorübergehende Zwecke eingestellt sind und nicht als Diätäre gelten, nicht mehr (mittels Anstellungsverfügung) eingestellt, sondern müssen durch Dienstvertrag angenommen werden. Sämtliche für die Garnisonbauämter usw. aufgeführten Hilfskräfte werden deshalb in Abänderung der Verfügung vom 23. September 1907, J. 110 (Marineverordnungsblatt Seite 327) aus dem Verzeichnis A in das Verzeichnis B übergeführt. Die Neuaufstellung dieser Verzeichnisse bleibt vorbehalten.“

Die Kaiserliche Intendantur wird hiermit angewiesen, allen beim (Marine-) Garnisonbauämtern beschäftigten, mit Anstellungsverfügung versehenen Hilfsarbeitern zum nächsten zulässigen Termin zu kündigen und sie von neuem nach Maßgabe der beiliegenden Vorschriften gegen Dienstvertrag anzunehmen, soweit ihre Dienste noch weiter erforderlich sind.

Am 27. Mai hat auf Grund dieser Verfügung die Marineintendantur in Kiel zum 1. Juli und am 10. Juni die Marineintendantur in Wilhelmshaven ihren Angestellten zum letzten Juli gekündigt.

Mit der harmlos klingenden Uebersetzung „aus dem Verzeichnis A in das Verzeichnis B“ werden die technischen Angestellten schwer geschädigt. Sie standen bisher in einem gewissen halbamtlichen Verhältnis, wurden mittels einer Anstellungsverfügung angestellt und waren der Disziplinargewalt des Reichsbeamtengesetzes unterworfen; hatten, sofern sie sich nicht zu schänden kommen ließen, Aussicht, später in pensionsberechtigte Stellen aufzurücken zu können. Außerdem besaßen sie das Beamtenprivilegium. Schwer trifft die Anknüpfung des Herrn Marineamtssekretärs die ihm unterstellten Techniker.

Der neue Dienstvertrag wäre wert, im Wortlaut wiedergegeben zu werden. Er liest sich wie die Kriegskarte und wimmelt von Beamtenpflichten, ohne auch nur im geringsten den mit diesem Vertrage bedrückten Angestellten Beamtenrechte zu gewähren.

Wir beschließen uns darauf, einiges herauszugreifen und auszugeweiht wiederzugeben.

§ 1 fordert eine dreimonatliche Probezeit.

Am § 3 wird der Angestellte verpflichtet, „auch über die festgesetzten Dienststunden hinaus und an Sonn- und Feiertagen ohne besondere Vergütung zu arbeiten.“

Nach § 6 wird der Angestellte bestraft, wenn er eine Beschwerde oder eine Eingabe persönlicher Art an anderer Stelle anbringt, als bei den ihm unmittelbar zur Beschäftigung überwiesenen Personen. Mit dieser Bestimmung will das Reichsmarineamt das Petitionsrecht der Angestellten noch weiter beschränken.

§ 7 verbietet die Nebenbeschäftigung.

Das Anfangsgehalt beträgt nach den neuen Bestimmungen 1700 M. und der einzelne Angestellte muß nach der letzten Verfügung des Reichsmarineamtes vom 24. Juni 1911 sein gegenwärtiges Einkommen so lange beziehen, „bis das Anstellungsdiensalter das Ausruken nach den neuen Sätzen erlaubt“. Das kann 5, 6 und bei den älteren Angestellten 8 Jahre dauern. Gehaltszulagen während dieser Zeit sind ausgeschlossen, weshalb man es leicht begreifen kann, daß der eine oder der andere Angestellte je nach seinen persönlichen Verhältnissen gezwungen ist, Nebenverdienst zu suchen. Tatsächlich ist auch eine nicht geringe Anzahl Angestellter der Marinebetriebe nebenamtlich als Lehrer an den gewerblichen Fortbildungsschulen in Kiel und Wilhelmshaven tätig.

§ 9 sagt: „Ein Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Auf begründeten Antrag kann ein Erholungsurlaub in angemessenen Grenzen unter Verlosung der Vergütung bewilligt werden, sofern Stellvertretungskosten nicht entstehen.“

Nach diesem Paragraphen entscheidet die Willkür des Vorgesetzten darüber, „den begründeten Antrag“ zu genehmigen oder abzulehnen und „die angemessenen Grenzen“ des Erholungsurlaubs zu bestimmen.

§ 12 ist derjenige Punkt, gegen den sich wohl am meisten die Entrüstung nicht nur der Angestellten, sondern eines jeden Sozialpolitikers wird wenden müssen. Er handelt von der Erkrankung des Angestellten und ist wert, wörtlich zitiert zu werden. Er lautet:

„Im Erkrankungsfall hat der Dienstverpflichtete die an der Dienstverrichtung hindernde Erkrankung der Person, der er zur Beschäftigung überwiesen worden ist, sofort zu melden und ihre Fortdauer von 14 zu 14 Tagen durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen. Die ist berechtigt, den

Krankheitszustand durch ärztliche Untersuchung feststellen zu lassen.“

Wenn die Krankheit länger als 14 Tage dauert und seitens des Arztes nicht mit einiger Bestimmtheit angegeben werden kann, daß die- selbe innerhalb einer weiteren 14tägigen Frist geheben sein wird, so kann dem Erkrankten gekündigt werden, dauert die Krankheit länger als vier Wochen, so wird in der Regel gekündigt. Ist der Erkrankte besonders brauchbar und würdig, oder ist seine Krankheit eine Folge des Dienstes, so kann mit Genehmigung des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amtes von der Kündigung vorläufig abgesehen und das Dienstverhältnis unter Weitergewährung der vertraglichen Vergütung verlängert werden.“

Das Reichsmarineamt bleibt mit dieser Bestimmung weit zurück hinter jenen, die der preussische Kriegsminister für die Angestellten der Betriebe der Seerederwaltung aufgestellt hat. Dort wird im Erkrankungsfall nicht gekündigt, sondern 26 Wochen das Gehalt fortbezahlt.

Ist der Erkrankte besonders brauchbar und würdig, also für die Marineverwaltung eine wertvolle Kraft, dann sollen nach § 12 die rigorosen Bestimmungen ausgenommen werden können.

Nach § 15 fällt die Vergütung während militärischer Übungen im ersten Dienstjahre vollständig fort, ebenso ist ein Anspruch auf § 16 des R. G. B. dem Ermessen der Behörde anheimgegeben.

§ 16 behandelt das Erfindungsrecht der Angestellten:

„Alle Erfindungen, welche der Dienstverpflichtete in Ausübung seines Dienstes oder mit Benutzung amtlichen Materials macht, sind Eigentum der Kaiserlichen Marine. Vor Anmeldung einer Erfindung beim Patentamt zwecks Erlangung eines Patentes oder eines Gebrauchsmusterschutzes ist die Genehmigung der Intendantur zur Anmeldung einzuholen.“ Von einer Entschädigung des Erfinders ist keine Rede.

Im § 18, worin die Kündigungszeit festgesetzt ist, wird der Angestellte einseitig gebunden.

„Während der Dauer einer planmäßigen oder teilweisen Mobilmachung der Kaiserlichen Marine oder des Heeres ist eine Kündigung seitens des Dienstverpflichteten unzulässig.“

Darum, daß während dieser Zeit die Behörde nicht kündigen kann, ist nicht gesagt.

Der Vertrag, dessen Stempelkosten obendrein dem Angestellten auferlegt werden, unterscheidet sich, wie die zitierten Paragraphen beweisen, in nichts von dem schon so häufig öffentlich kritisierten Dienstverträgen der schweren Industrie. Kein Scharfmacher hätte raffinierter die Angestellten fesseln, ihnen alle Rechte weigern, aber alle Pflichten zuschieben können, wie es hier geschieht soll.

Der Deutsche Technikerverband hat, wie wir kurz meldeten, bereits Stellung zu den Maßnahmen des Reichsmarineamtes genommen und den Angestellten empfohlen, die Uebersetzung in das Privatverhältnis, wenn nötig, anzuerkennen, für das Aufgeben der mit der vorhergehenden Stellung verbundenen Vorteile aber eine angemessene Entschädigung und vor allem aber einen, der heutigen sozialen Auffassung entsprechenden Dienstvertrag zu fordern.

Am 26. Juni gab das Reichsmarineamt auf eine höfliche Eingabe des Verbandes vom 8. Juni 1911 folgende Antwort:

„Im Anschluß an das Schreiben vom 7. November 1910 B. I. 6655 wird ergeben mitgeteilt, daß auch über die dienstlichen Verhältnisse usw. der im Verleiche der Marine-Intendanturen beschäftigten Techniker Erörterungen mit dem Deutschen Technikerverband grundsätzlich abgelehnt werden.“

Nach dieser wiederholten brüsklen Ablehnung, die im schroffen Gegensatz zum Reichstagsbeschlusse vom 16. November steht, und nach der Nichtberücksichtigung aller von den Beteiligten selbst vorgelegten Gesuche, bleibt den Angestellten nichts anderes übrig, als, gestützt auf ihren Verband, die schon längst notwendigen Auseinandersetzungen mit dem Reichsmarineamt aufzunehmen.

Die organisierten technischen Angestellten werden den neuen Dienstvertrag nicht unterzeichnen, und, falls sie deshalb am 1. bezw. letzten Juli aus ihren Stellen gehen müssen, als Gesamtheit mit der vollen Höhe ihres bisherigen Gehalts vom Deutschen Technikerverband unterstützt werden.

Kein organisierter Techniker, überhaupt kein Angestellter, der auf Standesbewußtsein hält, wird sich dazu hergeben, den im berechtigten Abwehrkampf liegenden Berufsgegnern in den Rücken zu fallen.

Die Situation ist günstig. Die für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes verantwortlichen direkten Vorgesetzten bis weit hinein in die Kreise der Intendantur empfinden selbst die Härten des neuen Vertragsentwurfs und wehren sich nach Kräften gegen die zwangsweise Vertreibung ihres Personals.

Die Angestellten vertrauen auf die Solidarität und Opferwilligkeit ihrer Berufsgegnern. Es gilt für sie zum ersten Male in größerem Umfang gemeinschaftlich den Kampf für die Durchführung ihres sozialen Programms zu führen. Das Reichsmarineamt ist ein übermächtiger Gegner, aber auf seinen der Angestellten steht sachlich und moralisch das Recht und die Unterstützung der öffentlichen Meinung.

Aus der Partei.

Die Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe und Freiburg.

Die jetzt auch in Karlsruhe beendete Stadtverordnetenwahl hat uns in der dritten Klasse 24, in der zweiten 6 und in der ersten Klasse 0 Siege gebracht. Die Nationalliberalen haben gleichfalls 30 Siege, die Fortschrittler haben 18, das Zentrum hat 16 und die Konservativen haben 8 Siege.

Stimmen haben wir erhalten in der dritten Klasse 4772, in der zweiten Klasse 900 und in der ersten Klasse 98. In allen Klassen zusammen entfielen Stimmen auf Sozialdemokraten 5928, Nationalliberale 3302, Fortschrittler 2007, Zentrum 2769, Konservative 502. Von den abgegebenen Stimmen haben wir 89 und die bürgerlichen Parteien zusammen 61 Proz. erhalten.

Nimmt man unter Zugrundelegung der auf die einzelnen Parteien entfallenen Stimmen an, daß die Verhältniswahl ohne Klassenunterschied statgefunden hätte, so würden erhalten haben die Nationalliberalen 21 Siege statt 30, die Fortschrittlichen 17 statt 18, die Sozialdemokraten 37 statt 30, das Zentrum 13 statt 16 und die Konservativen 3 statt 2.

In Freiburg i. B. haben wir in der dritten Klasse 1350, in der zweiten 158 und in der ersten 16, also insgesamt 1523 Stimmen erhalten. Das Zentrum erhielt insgesamt 2722, die nationalliberal-fortschrittliche Liste 1614, die der Handwerker 760 und die der Bürgervereine 432 Stimmen, so daß unseren 1820 Stimmen 5648 bürgerliche gegenüberstehen. Das Verhältnis ist 22 zu 79 Proz. Siege erhalten Zentrum 36 (bisher 28), Liberal-fortschrittliche 25 (bisher 22), Sozialdemokraten 16 (bisher 4), Bürgervereine 8 (bisher 3), Handwerker 14 (bisher 0).

Die Wahlen bestätigen, was vorausgesetzt worden ist (in der Folgeheim verloren wir, wie berichtet haben, fünf Siege), nämlich, daß wir durch das neue Wahlgesetz in den Städten Siege in den Stadtverordneten-Kollegien verlieren. Andererseits werden wir, da der Proporz auch für die von den Bürgervereinen vorzunehmenden

Wahlen zum Stadtrat gilt, in dieser Körperschaft stärker vertreten sein, als das bisher der Fall war.

Das staatsgefährliche Lieberbuch. Im Auftrage der Staatsanwaltschaft wurde in den Expeditionsräumen des Dortmund „Volkstblattes“ gehäusucht. Es wurde nach dem im Verlage der Dortmunder Arbeiterzeitung herausgegebenen Arbeiterlieberbuch gefahndet. Beschlagnahmt wurden 121 Exemplare.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Rathwehen vom 1. Mai.

In Dortmund kam am 1. Mai ein circa 1000 Mann starker Trupp Rastfeirnder aus dem Vorort Hörde und wollte nach Dortmund, wo das Festlokal war. Auf einer Zugangsstraße sollte der Zug durch eine Schutzmantelreihe geprengt werden, was nicht gelang. Bei dem Tumult wurde einem Schutzmantel mit einem Spazierstock der Helm auf dem Kopf zerfälscht und der Beamte trug drei Tage und drei Nächte eine Wunde. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde ein Mann verhaftet, der am 1. Juli von der Strafkammer des Dortmunder Landgerichts zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Der Staatsanwalt hatte die Kleinigkeit von — sechs Monaten beantragt.

Befristete Hochnote.

Vor sechs Wochen fand im Anschluß an eine Versammlung in Braunschweig eine kleine Straßendemonstration statt, bei der auch Hochnote auf das Wahlrecht ausgebracht wurden. Die Polizei griff drei junge Leute aus der Masse heraus und schickte jedem einen Strafbefehl über drei Tage Haft. Auf beantragte richterliche Entscheidung setzte das Gericht die Strafe auf je 16 M. herab, obwohl ein schlüssiger Beweis, daß die jungen Leute die Hochnote waren, nicht zu erbringen war. In der Urteilsbegründung heißt es: „Daß es gesetzlich schon zur Bestrafung genüge, wenn man den vorhandenen Lärm vermehre, ohne dessen Urheber zu sein.“

Preßzensur.

Wegen Verleibung der Direktion der Leipziger Straßenbahn wurden die Genossen Herre und Keimling von der „Leipziger Volkszeitung“ sowie der Vertrauensmann der Transportarbeiter in Leipzig zu je 150 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleibung wurde in zwei von der Justizstelle Leipzig des Transportarbeiterverbandes aus Anlaß einer Straßenbahnerbewegung in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichten Artikeln gefunden.

Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Jugendbewegung.

Die königliche Polizei im Rheinisch-Westfälischen ist eifrig bemüht, die Jugendbewegung lahmzulegen. So löste der Essener Polizeipräsident in seinem polizeilichen Lieberlein eine nicht mehr bestehende Jugendorganisation auf. In Gelsenkirchen hatte der Herr die Genugtuung, daß der gesamte Jugendausschuß (7 Mitglieder) zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Trotz der sehr bescheidenen Ausbeute der Beweisaufnahme bezeichnete das Gelsenkirchener Schöffengericht die Jugendorganisation als einen politischen Verein. Gegen das Urteil legten die Angeklagten Berufung ein.

Infolgedessen hatte sich am Freitag die Essener Strafkammer mit der Angelegenheit zu befassen. In der Beweisaufnahme befand sich der Jugendliche bis auf zwei Ausnahmen, daß in den Veranstaltungen des Jugendausschusses nie von Politik und Sozialdemokratie geredet worden sei. Die Referenten, die ebenfalls zur Berufungsverhandlung geladen waren, erklärten übereinstimmend, daß sie in ihren Vorträgen weder von Politik noch von der Sozialdemokratie gesprochen hätten. Die meisten Vorträge vor den Gelsenkirchener Jugendlichen hat der Lehrer A. D. Müller gehalten. Auf die Frage, ob er Sozialdemokrat sei, erklärte der Zeuge, er sei Vorsitzender des national-liberalen Vereins seines Heimatortes. Der Zeuge befand mit Nachdruck, es sei ihm vom Jugendausschuß sehr ans Herz gelegt, in seinen Vorträgen jede Politik zu meiden. Er habe dies auch selbstverständlich getan. Wenn der eine oder der andere Jugendliche etwas anderes befunden habe, so könne das nur ein Mißverständnis sein. So habe er einmal das Wort Arbeit erklärt, daraus habe man gleich gemacht, er habe gesagt, es gäbe keinen Gott.

Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Berufung. Es sei gerichtsmäßig, daß diese Art Jugendausschüsse lediglich den Zweck verfolgten, die jungen Leute im Geiste der Sozialdemokratie zu erziehen. Mit dieser Tatsache stehe es nicht in Widerspruch, daß außerdem anerkanntswerte, lobenswerte Nebenzwecke verfolgt würden.

Das Urteil lautete auf Verwerfung der Berufung. Der Vorsitzende gab eine sehr lange Begründung des Urteils, aus dem folgendes hervorgehoben sei:

Das Gericht hatte die rechtlich interessante Frage zu lösen, was ein Verein und was ist ein politischer Verein. Zur Beantwortung der Frage muß die Tendenz des Vereins geprüft werden; es muß ferner geprüft werden, ob Politik getrieben wurde und ob Politik getrieben werden sollte. In dieser Beziehung hat das Gericht festgestellt: Die Gewerkschaftsartikelle und die sozialdemokratische Partei nahmen sich der Jugend an. So war es auch in Gelsenkirchen. Es wurden Veranstaltungen für die noch nicht 15 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Die Geschäfte besorgte der Jugendausschuß. Dieser bestand aus Angehörigen der Gewerkschaftsbewegung, der sozialdemokratischen Partei und der Jugendbewegung; er wurde in einer öffentlichen Versammlung gewählt. Zu prüfen war nun zunächst die Frage, ob die Vereinigung der Jugendlichen nach der neueren Rechtsprechung als ein Verein anzusehen sei. Es handelt sich zweifellos um den Zusammenfluß mehrerer physischer Personen, die einen gemeinsamen Zweck verfolgen. Es sei zudem auch mit den Mitgliedern ein Vertrag geschlossen, was durch die Mitgliedsarten dokumentiert werde. Nach alledem sei es nicht zweifelhaft, daß es sich um einen Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes handele.

Eine weitere Frage sei die: Ist der Verein politisch? In dieser Beziehung habe die Verhandlung ergeben, daß die Väter der Jugendorganisation die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften seien. Die sozialdemokratische Partei würde selbstredend schon bemüht bleiben, sich die Liebe ihres Kindes zu erhalten und sie würde auch dafür sorgen, daß das Kind dieselben Anschauungen verfestete wie der Vater. Die Frage, ob die Gewerkschaften sozialdemokratisch seien, zu untersuchen, habe das Gericht keine Veranlassung; es genügt, daß die Sozialdemokratie mit dabei war. Der Zweck des Vereins müsse aus der gesamten Tätigkeit gefolgert werden. Es sei nicht zu verkennen, daß ein Teil der Bestrebungen nicht nur nicht zu brandstiften, sondern sogar als lobenswert bezeichnet werden müsse. Wichtigkeit zu pflegen, gute Literatur zu empfehlen, Schundliteratur zu bekämpfen, seien anerkanntswerte Bestrebungen. Es müsse auch zugesehen werden, daß die Art der Vorträge zu Anstellungen keinen Anlaß gebe. Aber wenn man sich frage: Wozu geht die ganze Tätigkeit hinaus? Dann müsse man hierauf antworten: Den jungen Leuten wird dringend empfohlen, im späteren Leben Sozialdemokraten zu werden. Hierfür sprechen insbesondere die Lieder. Das Lied macht auf jugendliche Gemüter mehr Eindruck, als das Wort. Durch die Lieder, die das Jugend-Lieberbuch enthalte und die jugendenerwähren gesungen worden seien, ziehe sich als roter Faden die Kennzeichnung der bestehenden Gesellschaftsunterchiede. Der Gegensatz zwischen Arbeiter und Nichtarbeiter werde stark betont. In einem Lied heiße es: „In der Fehne ist purpurrot. Das andere beginnt: Auf Sozialisten, schlägt die Reichen, ein anderes bringe den Wunsch zum Ausdruck, in einem anderen Lied werde das allgemeine gleiche Wahlrecht gefordert. Hiernach könne doch nicht in Abrede gestellt werden, daß man die jungen Leute zu Sozialdemokraten erziehen wolle. Eine andere Auslegung sei nicht möglich. Der Zweck der ganzen Bestrebungen sei demnach gewesen, den Nachwuchs für die sozialdemokratische Partei heranzubilden. Die

sozialdemokratische Partei sei aber eine politische Partei. Deshalb sei auch indirekt die Jugendorganisation ein politischer Verein. Da sich die Angeklagten an dieser Momente betruhen gewesen seien, hätten sie bestraft werden müssen. Die Strafe von je 10 M. sei als angemessen betrachtet und die Verurteilung aus all diesen Gründen vermessen.

Das Urteil ist durch Revision angefochten. Der Erfolg wird abzuwarten bleiben.

Nach der Argumentation des Essener Landgerichts muß jeder evangelische Junglingsverein als politischer Verein bezeichnet werden. Daß dies in Preußen und Deutschland nicht geschieht, steht fest, ebenso fest, wie die Tatsache, daß die freie Jugendbewegung auch durch solche Urteile nicht aus der Welt geschafft wird.

Soziales.

Die österreichischen Arbeiter-Konsumvereine

hielten soeben ihren 8. Verbandstag in Wien ab. Aus Deutschland nahmen Lorenz-Hamburg und Ahmann-Drauschweig teil. Der Zentralverband hat 300 deutsche, 80 tschechische, 30 polnische, 10 italienische, 13 slowenische, 1 rumänische Verein zu Mitgliedern. Die Versicherungsbeteiligung des Zentralverbandes lebt sich bei den Genossenschaftlern rasch ein. Zum Obmann wurde für den wegen Ueberbürdung zurücktretenden Genossen Ludwig Erner, Abgeordneter Dr. Karl Renner einstimmig unter großem Beifall gewählt. Der Verbandstag beschloß den Beitritt zum Internationalen Genossenschaftsbund.

Aus Industrie und Handel.

Saatensland.

Nach dem Saatenslandsbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats haben in den meisten Gegenden die Feldfrüchte während der letzten Woche infolge von Niederschlägen weitere Fortschritte gemacht, aber in Nord- und Mitteldeutschland waren die Niederschläge vielfach noch nicht ausreichend und nicht genügend durchdringend, um endlich ein freudiges Wachstum hervorzuheben und die Schäden der langen Dürre zu heilen. In manchen Gegenden hat die Trockenheit sogar noch weiter angehalten. Eine auffällige Erscheinung ist, daß in diesem Jahre vielfach in Norddeutschland fast alle Feldfrüchte von Blattläusen befallen sind, besonders Rüben und Weizen, häufig auch das Getreide selbst. Mit am besten hat der Winterweizen von dem günstigen Wetter profitiert, während beim Winterroggen zwar auch vielfach noch die Körnerbildung gefördert und die Rotreife verhindert, aber dort, wo letztere auf leichten Böden schon eingetreten war, nichts mehr geändert werden konnte. Noch bedenklicher sieht es in vielen Gegenden beim Sommergetreide, besonders beim Hafer, aus. Wenn auch beim Sommerweizen und der Sommergerste bei günstiger Witterung wohl noch ein mittlerer Ertrag erwartet werden darf, so scheint in vielen Gegenden Nord- und Mitteldeutschlands für den Hafer keine Rettung mehr möglich zu sein. Wenn schon der Körnerertrag zweifelhaft ist, so scheint eine knappe Strohernte so gut wie sicher zu sein. Von den Hackfrüchten haben sich die Kartoffeln am besten erholt und versprechen bei günstiger Witterung einen vollen Ertrag, während die Rüben, sowohl Zuckerrüben als Futterrüben, vielfach sehr zurück sind und fast überall von Blattläusen in starkem Grade heimgesucht werden. Die Acker- und Wiesenerträge sind im allgemeinen unter dem Durchschnitt geblieben und auch der Nachwuchs wird nicht befriedigen, wenn ihm nicht bald noch mehr Regen zu Hilfe kommt.

Fleischpreissteigerung.

Dieser Tage hatte die Spitalkommission des Gemeinderats von Mülhausen i. Elsaß die Fleischlieferung für die städtischen Krankenhäuser und das Fräuleinhaus für die nächsten drei Monate zu ver-

geben. Die eingegangenen Offerten wiesen sämtlich eine gewaltige Preissteigerung gegen das letzte Vierteljahr auf: Ochsenfleisch mußte vergeben werden zu 1,60 M. pro Kilogramm gegen 1,18 M. bisher, Kalbfleisch zu 1,98 M. gegen 1,70 M. bisher. Nur das Schweinefleisch konnte wie bisher zu 1,50 M. pro Kilogramm vergeben werden. Das sind für Ochsen- und Kalbfleisch Preissteigerungen von 42 und 28 Pfennig pro Kilogramm in drei Monaten! Die Zahlen veröffentlichte das Mülhauer Zentrumblatt, jedoch ohne Kommentar!

Aus der Frauenbewegung.

Frauenkongress in Rom.

Vom 26. bis 29. Juni hat in Rom ein von der „Associazione per la Donna“ einberufener Frauenkongress stattgefunden. Der Kongress, der zum Teil recht interessant, wenn auch ziemlich chaotisch ausgefallen ist, hat wieder gezeigt, daß die in der Frauenbewegung stehenden Elemente bis jetzt noch in allem Wesentlichen auf politisch-revolutionärem Standpunkt stehen. Die klare Scheidung zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung, die sich in anderen Ländern schon mehr oder weniger vollzogen hat, ist in Italien noch nicht erfolgt. Erst mit dem Ausbreiten der frauenrechtlerischen Bewegung und ihrem Uebergreifen auf weitere Gebiete dürfte sich auch in Italien die Erkenntnis einstellen, daß neben dem Interessenskonflikt zwischen Mann und Frau der wesentlich breitere und tiefere Konflikt der herrschenden und der ausgebeuteten Klasse steht. Heute werden dies die Frauen, die zum Teil recht platonisch über „Recht und Unrecht“ diskutieren, noch nicht gewahrt, und ihre Haltung in religiösen und politischen Fragen jagt der Bourgeoisie nicht geringes Entsetzen ein. Dabei waren, wohlverstanden, auf dem Kongress ausschließlich bürgerliche Frauen vertreten, Lehrerinnen, Kerntinnen, Schriftstellerinnen sowie beruflose Damen des Bürgertums.

Von den Beschlüssen des Kongresses sei ein Votum für das Verbot des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen hervorgehoben. Auch heute wird in den italienischen Schulen nur dann Religionsunterricht erteilt, wenn ein Teil der Familienväter diesen Unterricht beantragt; die Erteilung findet auf Kosten der Teilnehmenden statt, die Schule stellt nur das Lokal zur Verfügung. Weiter wurde beschlossen, eine Petition an das Parlament zu richten, um aus der italienischen Reichsverfassung die Worte streichen zu lassen: „die anderen Konfessionen sind geduldet“, die auf die Erklärung der Katholiken zur Staatsreligion folgen. Der Kongress hat auch ein Gesetz für die Erforschung der Vaterlosigkeit gefordert und zu dem im Beratungsstadium befindlichen Entwurf mehrere Amendements empfohlen. Ferner wurde ein Votum für die Ehescheidung angenommen, wozu der vor drei Jahren auch in Rom tagende Frauenkongress nicht den Mut gefunden hatte. Da das italienische Gesetz, gleich dem französischen, als Ehebruch des Mannes nur den im eigenen Hause begangenen gelten läßt, während es bei der Frau diese Einschränkung nicht kennt, wurde die juristische Gleichstellung beider Geschlechter gefordert; ein von einem männlichen Mitgliede des Vereins eingebrachter Vorschlag, alle strafrechtlichen Sanktionen für den Ehebruch aufzuheben, da sie ja ausschließlich zum Schaden der Frau Anwendung finden, blieb in der Minorität.

Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und des Arbeiterschutzes forderte der Kongress die Ernennung von weiblichen Fabrikinspektoren, deren bis heute nur eine in Italien tätig ist, dann die Anstellung weiblicher Polizeibeamten in der sogenannten Sittenpolizei. Nachdrücklicher wird gerade diese letzte Forderung von der bürgerlichen Presse mit Gift und Beise kommentiert und angegriffen. Gefordert wurde weiter die Abschaffung der Schamhaftigkeit von Kindern und ihre Heranziehung zu Theateraufführungen. Die Frauen wurden auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, derartige Vorstellungen zu boykottieren. Im allgemeinen verlangte man eine ausgebreitete Heranziehung

der Frauen zu den Wohlfahrtsanstalten, die in Italien ein Patrimonium von insgesamt 1 1/2 Milliarden zu verwalten haben.

Auf beruflichem Gebiet wurde die Zulassung weiblicher Lehrer zu den männlichen Mittelschulen gefordert. Da die Frauen an gemischten Mittelschulen tätig sind, stellt der heutige Zustand, der für die Mittelschulen gegenüber den Volksschulen und Hochschulen eine Ausnahmestellung festsetzt, eine große Inkonsequenz dar. Auch für die finanzielle Gleichstellung der weiblichen und männlichen Lehrer an den Volksschulen trat der Kongress ein.

Obwohl sich die „Associazione per la Donna“ in ihrem Statut ausdrücklich für apolitisch erklärt — aus der alten und verbreiteten Scheu heraus, die das Wort Politik nun einmal einflößt — wurde schließlich mit großer Mehrheit die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen gefordert. Eine Parteigenossin, Frau Bizzarri, sprach gegen das Stimmrecht, wobei sie den alten, uralten Einwand geltend machte, daß die Frau politisch noch nicht reif sei. Den männlichen Analphabeten, auf die der Entwurf Giolitti das Wahlrecht ausdehnen will, wird unter demselben Vorwand von den reaktionären Abgeordneten das Wahlrecht bestritten!

Eine Frau im Wiener 7. I. Bezirksschulrat. Unter den in die Wiener Schulverwaltung gewählten antikeritalen Lehrervertretern ist auch Stephanie v. Rauheimer, ein Mitglied des österreichischen (bürgerlichen) Frauenstimmrechtskomitees. Sie ist warm für die von unserem Genossen Bernerstorfer im Parlament durchgeführte Aufhebung des Verbots der Zugehörigkeit von „Frauenspezialisten“ zu politischen Vereinen eingetreten.

Lesende.

Zeitschrift-Wannsee. Mittwoch, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Emma Rieck, Potsdamer Straße 25, Vortrag des Genossen Klingmüller: „Blumentage, Wohlfahrtschwindel, Arbeiterrechte.“

Briefkasten der Redaktion.

Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 abends statt.

W. L. 207. Rein. Pöcher. 39. Das Strohgeißel fällt dem überlebenden zu. — M. Redaktions Nr. 100. Wenn Sie nicht verheiratet sind, so erhebt der Betrag von monatlich 10 M. angesehen. — S. L. Nur wenn das Kind vor dem 1. Januar 1900 geboren ist, kann der Erzeuger von der Mutter des unehelichen Kindes nach vollendetem vierten Lebensjahre dessen Herausgabe verlangen. — B. W. 18. Da die Wohnung weiter vererbt ist, brauchen Sie sie nicht mehr zu zeigen. — H. M. 1224. In diesem Falle ist der Arbeitgeber zur Zurückbehaltung des Lohnes berechtigt. — P. P. 2. Mit mehr als 2000 M. sind Sie weder verpflichtet zur Krankenversicherung noch zur Invalidenversicherung angemeldet zu werden. — A. 100. Rein. — W. M. 5000. Ja. — Gustav G. Wenden Sie sich an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Lützowstraße 111. — P. 16. Es muß erst hier in Berlin geklagt werden. — J. P. 50. Die Gemeinde Treptow kann von dem Tage an, an dem Sie dortin verstorben sind, Gemeindesteuern verlangen. — S. W. 224. Eine Vereinsverwaltung braucht nur dann polizeilich angemeldet zu werden, wenn sie eine öffentliche ist und politische Angelegenheiten in ihr erörtert werden sollen. — A. W. 1. Das Mädchen bekommt innerhalb eines Jahres nach ihrer Verheiratung die Hälfte der eingezahlten Beiträge zurück. — C. W. 15. Die Strafverfolgung wegen Unterschlagung verfährt in 5 Jahren. — Imperator H. Der Mietvertrag hat Gültigkeit. — C. S. Nr. 25. Unter Meinung nach ist der Eigentümer schadenlospflichtig. — H. S. 100. Fragen Sie Ihre Angelegenheit in der Vorwärts-Sprechstunde vor. — Schul. Orenburg. Sie müssen die Expeditionsräume verlassen. — Hermann Hoffmann. Gehen Sie in die Sprechstunde des „Vorwärts“. — T. W. 1. 1. Das geparte Geld müssen Sie annehmen. 2. Wenn es sich um die Unterhaltung Ihrer Eltern handelt, mindestens 10 bis 15 M. monatlich. — A. S. 5. Auch dieser muß die erhaltene Unterstützung abgeben. — W. S. 40. Fragen Sie noch einmal an. — 90. Fr. H. Zwei Jahre. — S. W. 1870. 1. Der Monatslohn von 40 M. kann nicht gekündigt werden. 2. Wenn Sie sich an den Verein für Arbeiterrecht. — H. S. Ein ausländischer Gesandter untersteht nicht der hiesigen Gerichtsbarkeit. — H. S. C. Der Einkauf betrug 2431,50 M. — C. M. Rein.

Extra billige Reise-Tage

Loden-Anzüge

Joppen mit Falten

Grauer oder grünllicher Loden, sehr haltbar M. 18.00
Eggl. gemusterte Loden kurze oder lange Hose M. 30.00
Braun, grün, grau, kariert oder gestreifte Loden M. 24.00
Prima Zephyr-Loden, in vielen Farben M. 36.00

Loden-Pelerinen

Mit Kapuze, Tragbändern, Armdurchgriffen, Taschen, sämtliche Stoffe imprägniert

Für Herren und Damen Für Knaben und Mädchen
Grau od. oliv Strich-Loden, 120, 125, 130 cm lang M. 13.25 7.50
Grau od. oliv Strich-Loden, 70, 80, 90 cm lang M. 7.50 4.50

Reise-Ulster

Cheviot, gestr. u. kariert, nach englischer Art M. 24.00
Hell u. dunkle Phantasie-stoffe, mod. Verarbeitung 36.00
Ober. gem., in viel Farb., engl. Bes., aufgep. Taschen 30.00
Großkar. Melton-Cheviot, Ersatz für Maß M. 50.00

Reise-Anzüge ein- und zweireihig

Cheviot, gestr. u. mollert, mensie Muster M. 24.00
Cheviots u. Kammgarne, aparte Muster M. 40.00
Zwirnkammgarn, solide Ausmuster., sehr haltbar M. 33.00
Prima blauer oder eggl. Cheviot M. 50.00

Bozener Mäntel

Grünl. u. grauer Strichlod. strapazierfäh. u. leicht M. 15.00
Weiterfester Strichloden in vielen Mustern M. 24.00

Reise-Staub-Mäntel

Grünllicher Körper-Stoff M. 2.75
fester modofarbiger Drell M. 5.00

Gummi-Mäntel

Echt engl. hochgeschloss. Kavaller-Mantel, persönlicher Einkauf M. 12.50
Englische und deutsche Gummimäntel, modernste Ausführung M. 22.50

Strand-Anzüge

Gestreifte Flanellstoffe, nur solange Vorräte reichen M. 6.00
Orème Baststoff, Ersatz für Baststoffe M. 15.00

Wassersport-Anzüge

Blaues Treibiges Jackett mit Bergfutter M. 12.00
Weiß. Pa. Satin-Körper-Hose mit umgebügelter Saum M. 4.50

Reise-Beinkleider

dunkelgrau, Cheviot, reiche Ausmusterung M. 4.50
Prima Waschstoffe, hell u. dunkel gestreift M. 3.00
Kammgarn m. schmalen und breiten Streifen M. 8.00
Vornehm gestreifte Rock-Hose, hell und dunkel M. 10.00

Reise-Joppen und Jackette

Wasch-Joppe hell M. 90 Pf.
Lüst.-Jackett gestreift M. 3.00
Wasch-Joppe grau und grünl. M. 2.25
Lüst.-Jackett blau, l. u. 2-reih. M. 8.00
Loden-Joppe mit Gurt M. 3.00
Blaue Litewken M. 7.50 und 4.50

Wasch-Westen und Westen-Gürtel

Wasch-Westen in vielen Mustern M. 1.85
Westen-Gürtel in vielen Mustern M. 95 Pf.
Wasch-Westen gestreift und glatt M. 3.00
Westen-Gürtel hell und dunkel M. 1.50

Reise- und Touristen-Mützen

Recht hübsche englische Muster aus Wollstoffen Große Formen M. 70 Pf. u. 45 Pf.

Hüte und Mützen

Loden-Hut grau und grünlich M. 1.90
Weiß Mützen Pikee, mit schwarz. Band 50 Pf.
Haarfilz-Hüte hocheng. fische M. 2.50
Blaue Mützen Yacht-Klub 95 Pf.
Stroh-Hüte in vielen Form. v. 25 Pf.
Südwesten für Knaben 95 Pf.

Knaben-Wasch-Anzüge

Gestreifte Waschstoff, für 3-5 Jahre M. 1.10
Gestreift, hochgeschlossenen Matrosenform 1. 3-5 Jahre 2.50

Schüler-Sport-Anzüge

Glatte Joppenformen l. viel. Mustern für 5-12 Jahre M. 3.00
Sport-u. glatte Form unverwundlich, 1. 8-12 Jahr. v. M. 4.50 an

Knaben-Hosen

Solange Vorräte reichen
Hell u. dunkle Waschstoffe für 3-5 Jahre durchw. M. 60 Pf.
Gestreifte Waschstoffe für 9-11 Jahre M. 1.10
Blaue Satin-Sport-Hose Prima Satin, Größe III M. 1.65
Blau und gemust. Cheviot für 3-5 Jahre M. 1.50

Spiel-Trikot-Sweater

für Knaben und Mädchen in blauer, weißer und roter Farbe, mit kurzen Ärmeln und breiter Bordüre
Größe I 45 Pf. Größe 2 75 Pf. Größe 3 95 Pf. Größe 4 1.25 Mark

Reise-Hemden, Sport-Hemden, Kragen, Manschetten Serviteurs, Krawatten, Schirme, Hosenträger usw.

Rucksäcke, Sweater, Stutzen, Strümpfe, Reisedecken Bergstöcke, Sport-Gürtel, Gamaschen, Schlafanzüge usw.



Spiel-Höschen
Viele Farben! Angenehmstes Tragen für kleine Kinder.
M. 2.50 1.25
95 Pf.

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10



Tiroler Kleidung
für Knaben
Joppen v. 4.40 an
Hosen v. 2.20 an
Hüte v. 50 Pf. an
Hemden, Stutzen, Gürtel, Träger usw.

VIM

Das neuzeitliche Scheuer-, Polier- und Putzpulver

ist die jüngste Errungenschaft auf dem Gebiete des Hausreinigungswesens.



dient zum
Reinigen
Scheuern
Putzen
Polieren

aller Gegenstände aus:

- Holz
- Eisen
- Stahl
- Bronze
- Glas
- Porzellan

Wie zum Beispiel:



gewährleistet
glänzende Resultate
mühevolle Arbeit
unschädliche Wirkung
hygienische Reinlichkeit
sparsamer Gebrauch

- Fußböden
- Küchentische
- Messingschilder
- Steinfliesen
- Badeeinrichtungen
- Kochgeschirre
- Ausgußbecken
- Silbersachen
- Statuetten
- Waffen
- Militäreffekten
- Automobile



wird geliefert in einer
eleganten
handlichen
dauerhaften
wirtschaftlichen
inhaltsreichen
verschußsicheren

Blechstreubüchse

mit schwarz-gelber, künstlerischer Ausstattung und wird hergestellt und in den Handel gebracht von der

Sunlight Seifenfabrik G. m. b. H., Rheinau-Baden

worin dem Verbraucher eine Garantie für ein vorzügliches, wirksames, preiswertes, zuverlässiges und unschädliches Fabrikat an und für sich gegeben ist.

Die große Blechstreubüchse 25 Pf.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Stadtverordneten-Versammlung.

25. (außerordentliche) Sitzung vom Montag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige, vor allem der Erledigung des „Vergleichs“ mit der „Großen Berliner Straßenbahn“ gewidmete Sitzung wird vom Vorsteher Mischelet nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Der am Donnerstag eingesehete Ausschuss hat die Vorlage nach kaum zweistündiger Verhandlung unter Ablehnung aller Abänderungsanträge und einer mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen und den Stadtv. Jacobi (A. L.) für das Plenum zum Referenten bestellt. Sein Referat klingt in eine Elegie aus über den Mühmut und die Verdrossenheit, unter denen sich die Arbeiter der Verkehrsdeputation in den letzten Jahren vollzogen hätten.

Der Vorsteher bemerkt demgegenüber, daß es ihm lieber gewesen wäre, wenn dieses Lob nicht so stark und nicht schon so früh ausgesprochen worden wäre. (Zustimmung.)

Stadtv. Heumann (Soz.): Was die juristische Fassung des Vertrages betrifft, kann ich mich den letzten Worten des Referenten anschließen. Materielle Veränderungen, die uns die Zustimmung zu dem Vergleich ermöglichen hätten, liegen von vorn herein außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit. Die Voraussetzung dafür, Zugeständnisse von der Gesellschaft zu erreichen, war, daß die gesamte Stadtwirtschaft und ihre Vertreter dahinter stehen müssen. Diese Hoffnung war bei uns schon von Anfang an sehr gering, kam aber am Donnerstag auf den Kulminationspunkt, wo die Sprecher der Mehrheit und der Magistrat ein Loblied auf den Vertrag sangen und die äußere Zufriedenheit mit dem Erreichten dokumentierte.

Die Ausschussverhandlungen sind denn auch völlig ergebnislos gewesen. Nach allem unterliegt es keinem Zweifel, daß binnen wenigen Minuten der Vertrag genehmigt sein wird. Wir bebauern dieses Ergebnis auf aller lebhafteste aus den Ihnen bekannten Gründen. Wir können an der Sache nichts mehr ändern und haben nur zu wünschen, daß die Nachteile, die sich für die Stadt ergeben werden, in möglichst engen Grenzen bleiben. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (A. L.) spricht das einstimmige Bedauern seiner Fraktion aus über die Ablehnung der von ihm im Ausschusse gestellten Anträge. Die Mehrheit meiner Freunde wird jetzt dem Vertrage zustimmen; die Minderheit, zu der auch ich gehöre, lehnt ihn ab.

Stadtv. Gaffel (A. L.) erklärt nochmals die Bedingungen, unter denen später der Zweikampfbund das Unternehmen soll erwerben können, und findet, daß durch den Vertrag die Interessen der Vororte und des Verbandes durchaus gewahrt sind. Für seine Fraktion sei die Sache schon am Donnerstag spruchreif gewesen, kein Wunder, daß im Ausschusse nichts mehr erreicht worden sei. Die alte Linke stimme für den Vertrag, weil er ein guter sei.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.) schließt sich diesen Ausführungen unter Dankesworten für die aufopfernde Arbeit an, die eine Reihe von Magistrats- und Versammlungsmitgliedern in dieser so schwierigen Materie bewerkstelligt hätten.

Aus realpolitischen Gründen spricht sich auch Stadtv. Hübner (Soz.-fortschr.) für die Annahme des Vertrages aus. Mit großer Mehrheit wird hierauf der Vertrag en bloc genehmigt.

Von den vom Magistrat zur alsbaldigen Ausführung vorgezeichneten weiteren

Bauarbeiten der IV. Eisenbahn zu Buch hat der eingesehete Ausschuss die Position von 20 700 M. für ein Werkstatthaus abgelehnt, die Beamtenwohnhäuser, das Leichenhaus und die Regelfabrik dagegen genehmigt; der Gesamtschuldenantrag ermäßigt sich dadurch auf 782 800 M.

Referent ist Stadtv. Dr. Ruhmann (Fr. Fr.)

Ohne Debatte wird nach dem Ausschussantrage beschlossen. Von der freien Fraktion und von der Alten Linken liegen fast gleichlautende Anträge Mommsen und Gaffel vor, den Magistrat zu ersuchen, angesichts der bevorstehenden gesetzlichen Zulässigkeit der

Feuerbestattung unverzüglich die erforderlichen Einrichtungen zu treffen, um dem zu erwartenden Bedürfnisse baldmöglichst zu genügen.

Stadtv. Dove (A. L.) tritt für den Antrag Gaffel ein. Er erwähnt, daß noch ein „Leichenhausfonds“ existiert, über den bei dieser Gelegenheit mit Verfügung getroffen werden könne.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Dieser Anregung werden wir gern Folge leisten. Unterhandlungen über Erziehung eines Krematoriums auf unserem Kirchhofe in der Gerichtstraße schweben bereits.

Stadtv. Gaffel (Soz.): Auch wir werden für die Anträge stimmen und wünschen nur den Wunsch, daß der Magistrat hier ausnahmsweise einmal schnelle Arbeit leisten möchte. (Beifall.)

Der Antrag Mommsen wird nach Zurückziehung des Antrags Gaffel einstimmig angenommen.

Die Versammlung hat vor einigen Wochen dem Antrag des Magistrats auf Bewilligung von 10 000 M. für den Empfang des Internationalen Hotelbesitzer-Kongresses in den Beständen des Rathauses die Zustimmung versagt. Unter Bezugnahme auf ein neuerliches dringendes Gesuch des mit der Vorbereitung des Kongresses befaßten Vereins Berliner Hotelbesitzer wiederholt der Magistrat seinen Antrag.

Stadtv. Heumann (Soz.): Die Ablehnung am 24. Mai war nicht etwa die Folge eines Irrtums, sondern sie war das Ergebnis von Besprechungen zwischen den einzelnen Gruppen vor dem Aufbruch der Vorlage. Ich kann und will dem Magistrat das formelle Recht nicht absprechen, dieselbe Vorlage so oft es ihm beliebt, an uns zu bringen, aber eine innere Berechtigung dafür liegt doch nur vor, wenn auch neue Tatsachen vorliegen. Ist es nicht so, so kann nur der Eindruck erweckt werden, als hätte sich der Magistrat für die der Versammlung übergeordnete Behörde,

die Grund zum Vorgehen zu haben glaubt, weil die Versammlung mal anderer Meinung war, vielleich auch, weil er sich schon vorweg verpflichtet hatte. Die Vorlage wird uns hingegen als ein Stück, über den wir springen sollen. (Unruhe.) Die damalige und die heutige Vorlage stimmen genau überein, denn die Mitteilung, daß die Herren Hotelbesitzer 1914 auch einen Empfang in Paris vermuten, wird selbst der Magistrat nicht als ein Novum ansehen. Die Heferei hat allmählich einen unheimlichen Umfang angenommen. Meine Freunde beteiligen sich ja bekanntlich nur in den allergeringsten Ausnahmefällen an solchen städtischen festlichen Veranstaltungen; bewilligt haben wir die Kosten dafür nur, wenn künstlerische, wissenschaftliche, gemeinnützige Zwecke in Frage kamen. Selbst der Stadteitag beschäftigt sich schon mit der Frage der Einschränkung solcher Veranstaltungen.

Hier wird uns aber eine sehr erhebliche Erweiterung des Rahmens zugemutet; wir betreten damit den Weg zu einer direkten Veranschlagung städtischer Mittel. Tun Sie nicht den ersten Schritt auf einer solchen abschüssigen Bahn! (Beifall.)

Stadtv. Barth (A. L.): Uns ist von der erwähnten Vorgesprächung nichts bekannt gewesen. Wir unsererseits sehen diesen Kongreß auch als eine gemeinnützige Veranstaltung an. (Lebhafter Widerspruch und Zustimmung.) Wir empfehlen die Annahme der Vorlage; wir wollen den Magistrat bei diesem Akt internationaler Höflichkeit nicht im Stich lassen.

Bürgermeister Dr. Reide: In der Vorlage ist nichts von einer unfreundlichen Absicht des Magistrats enthalten. Die erste Abstimmung war ein zufälliges Unglück! Dem materiellen Standpunkt des ersten Redners stehen wir im übrigen sehr nahe. Berlin ist aber eine Weltstadt, eine Fremdenstadt, die auch internationale Rücksichten mannigfacher Art zu nehmen hat.

Stadtv. Feuerstein (A. L.) pflichtet diesen Ausführungen bei. Eine zweite Ablehnung würde für diesen internationalen Kongreß direkt eine Beleidigung sein. (Unruhe.)

Stadtv. Mommsen: Wir haben bei der ersten Vorlage mit vollem Bewußtsein gegen die Vorlage gestimmt; wir ändern auch heute unsere Haltung nicht. Wir haben wohl zu unterscheiden nicht bloß zwischen nationalen und internationalen Kongressen, sondern auch zwischen der Art von Kongressen.

Stadtv. Gaffel hat auch prinzipielle Bedenken, gibt aber zu beachten, daß eine zweimalige Ablehnung doch den Charakter einer gewissen Herabsetzung tragen müßte (Widerspruch).

Nachdem noch Stadtv. Rosenow erklärt hat, daß man jetzt den Antrag annehmen müsse, schließt schließlich nach wiederholter Auszählung die

Annahme des Magistratsantrages. Zum Garantiefonds der

Rüstungsschiffe in Bernau sollen 500 M. beigesteuert werden.

Stadtv. Wurm (Soz.) erhebt um Ablehnung der Forderung. Man habe es hier nicht mit künstlerischen Zwecken zu tun. Mit demselben Rechte könnte ja auch Pöbelwörter kommen.

Stadtv. Gronowaldt (A. L.): Wir haben sehr lebhaft Beziehungen zu Bernau und müssen doch mit den Leuten, die dort etwas zu sagen haben, auf gutem Fuß stehen. Die Ablehnung würde sehr schlechten Eindruck machen.

Die Bewilligung wird abgelehnt. Auf dem dem Siechenhause gegenüberliegenden städtischen Grundstück in der Fiedelsstraße, Ecke Dieselwegstraße sollen, um dem ärgsten Notstand im städtischen Obdach abzuwehren, jetzt Baracken für 600 Obdachlose und eine Baracke für 100 gesellschaftslos-trankranke Frauen errichtet werden. Die Kosten sind auf 150 000 und 70 000 M. veranschlagt.

Stadtv. Dr. Mitter (Fr. Fr.) und Hoffmann (Soz.) erklären die Zustimmung zur Vorlage in der Annahme, daß es sich nur um ein Provisorium handelt.

Stadtv. Sachs (A. L.) hält den Kostenantrag für zu niedrig, da hier die Einrichtungskosten nicht eingeschlossen seien.

Stadtv. Jacobs: Die Vorlagen sind eine Folge und Wirkung der verdrängten Verhältnisse, die die Versammlung erhoben hat. Wir müssen für alle Fälle beim Obdach wie bei der Geschlechtskrankenkassen für die nächste Zeit vorzulegen.

Stadtv. Dr. Isaac (A. L.): Wir empfehlen sofortige Annahme beider Vorlagen.

Die Versammlung gibt beiden Vorlagen die Genehmigung. Zwischen Strom- und Kirchstraße soll die Aufnahme einer nördlichen Spreuerstraße

in den Bebauungsplan erfolgen.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu. In der Vorlage wegen Ueberraste des Friedhofes der Zentrale Buch an das Anstaltswesen für das Bestattungswesen bemerkt

Stadtv. Leib (Soz.): Ich möchte an den Magistrat die dringende Bitte richten, dafür Sorge zu tragen, daß der Versammlung endlich die Vorlage über die Anlage des neuen Friedhofes zugeht. Der gärtnerische Plan ist seit Monaten fertig; es handelt sich nur um die Hochbauprojekte. Wir müssen doch den Plan der Gesamtanlage endlich erhalten, der Magistrat sollte etwas mehr Dampf dahinter machen.

Die Vorlage wird angenommen. Von der sozialdemokratischen Fraktion (Stadtv. Dr. Brand und Genossen) sind der Versammlung am 28. Juni folgende dringliche Anträge unterbreitet:

1. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert aufs schärfste gegen die eine allgemeine Gefährdung der Berliner Bevölkerung darstellende Verfügung des Polizeipräsidenten wegen der Erleichterung im Gebrauch der Schusswaffen der Schutzmansschaft. Sie ersucht den Magistrat, unverzüglich alle Schritte zu tun, die zur sofortigen Aufhebung dieser Verfügung führen können.

2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, möglichst umgehend mit dem Fiskus in Verhandlung zu treten wegen Ueberlassung des Restes des Exerzierplatzes an der Schönhauser Allee, an die Stadtgemeinde Berlin, sobald er zu militärischen Zwecken nicht mehr benötigt wird.

Als Antragsteller zu 1 führt Stadtv. Dr. Cohn (Soz.) aus: Der Berliner Polizeipräsident hat ja den Berlinern viel Stoff zur Heiterkeit gegeben. In dem Stile des

„Ich warne Neugierige“ an den Vitschfäulen, der allgemeines Gelächter erregte, haben sich mehrere seiner Kundgebungen bewegt. Aber seine neueste Kundgebung kann nicht allein vom Standpunkte der Heiterkeit beurteilt werden. Herr von Jagow hat es für notwendig gehalten, den Waffengebrauch der Schutzmansschaft noch zu erweitern. Er begründet diese Notwendigkeit allerdings mit Vorfällen, die sich in letzter Zeit mit Schutzeinheiten zugetragen hätten, wobei die

Schutzeinheiten der leidende Teil gewesen seien. Ich nehme an, daß es sich dabei um den besagten Vorfall von vor 4 Wochen am Oranienburger Tor handelt, wobei ein Schutzmann sein Leben eingebüßt hat. Dieser Vorfall hat aber vielleich nur den Anlaß zu der Verfügung gegeben; der eigentliche Grund dürfte in der Ueberlage zu finden sein, die die Schutzmansschaft in dem berühmten Roabiter Prozeß um die vorige Jahreswende erlitten hat. Derselbe Herr von Jagow hat im Verlaufe dieses Prozesses und bevor er zu Ende war, an sehr sichtbarer und weithin hörbarer Stelle verkünden zu müssen geglaubt, daß trotz dieses Prozesses der Schild der Schutzmansschaft unbedeckt und heil geblieben sei; und das war eine Antwort auf die Klagen über das

unqualifizierbare Verhalten der Schutzmansschaft in der gesamten Öffentlichkeit. Der Schutzmann soll jetzt nicht mehr die mildere Waffe anzuwenden brauchen, sondern es soll ihm überlassen bleiben, im Falle daß er angegriffen wird, sofort die schärfere Waffe, die

Schusswaffe anzuwenden.

Worauf beruht denn das Recht dieses Waffengebrauchs? Es war ursprünglich der städtischen Polizeimansschaft nicht gegeben.

Im Gesetz von 1820 ist es für die Gendarmerie ausgesprochen; aber auch die Gendarmen dürfen die Schusswaffe nur, wenn die mildere Waffe nicht mehr ausreicht, und auch dann noch nur mit größtmöglicher Schonung gebrauchen. 1854 belamen auch die Schutzeinheiten das Recht zum Waffengebrauch durch eine Kabinettsorder gemäß den Grundgesetzen des Gendarmeriegesetzes. Von 1854—1898

ist man damit ausgekommen; 1898 aber hat der Polizeiminister von der Rede den berichtigten

Hau- und Schieferlaß herausgegeben. Dieser wurde im Abgeordnetenhause fast von allen Seiten sehr abfällig kritisiert. Ist der Minister oder der Polizeipräsident überhaupt zu solchen Verschärfungsbeschlüssen befugt? Wir verneinen das.

Wichtiger als die juristischen Bedenken gegen den Erlaß sind aber noch die praktischen, die politischen Bedenken. Die jetzt kongedierten Erweiterung geht über das, was der Gendarmerie erlaubt ist, weit hinaus. Auch dem Waffengebrauch des Militärs ist durch das Gesetz von 1837 eine Schranke gezogen, indem über die Anwendung der Waffen lediglich der Befehl der Oberen zu entscheiden hat. Hier aber wird die Entscheidung über den Waffengebrauch verlegt in die Brust und in den Kopf des einzelnen Schutzmannes.

Der Schieferlaß von 1898 war gegeben für Fälle, wo Gendarmerie und Schutzmansschaft einem öffentlichen Aufruhr gegenüber treten mußten; hier aber kann der Schutzmann schließlich gegen jeden Straßenhändler derart einschreiten.

Das Roabiter Urteil sagt, daß es sich bei den Uebergriffen der Schutzeinheiten nicht um vereinzelte Mißgriffe von Beamten handelte, sondern um eine größere Anzahl von Fällen, wo die Schutzeinheiten die Waffen gemißbraucht haben. Und wenn nun schon bei der milderen Waffe die Polizei

finnlos gewüthet hat, wie kann es werden, wenn jeder Schutzmann befugt ist, sofort loszuschießen? Das Schutzmansmaterial, welches sich nach den großen Städten drängt, ist ohnehin nicht das glänzendste; es sind jetzt sogar Schutzeinheiten von fünf- und selbst dreijähriger Dienstzeit eingestellt worden, um die Lücken auszufüllen. Seine guten Unteroffiziere gibt kein Hauptmann und kein Rittmeister gern her; was er abstößt, will er auch gern loswerden, und wenn er es weggeben möchte. Dieses Material befißt also auch nicht die Ruhe, Selbstzucht und Gewissenhaftigkeit, welche für diesen Posten erforderlich ist.

Der Magistrat muß vorbeugend alles tun, was er kann, um die Aufhebung der Verfügung zu erwirken.

Stadtv. Gaffel: Der Fall Buch ist kein vereinzelter. Es wiederholt sich sehr häufig in den Zeitungen die Mitteilung, daß ein Schutzmann von ruhmlosen Mordtaten auf allerhöchster Verleumdung wird und wir können unmöglich wollen, daß diese Beamten in Ausübung ihres Berufes solchen Zufällen preisgegeben werden. Andererseits aber muß ich zugeben, daß es mißlich erscheint, wenn wir von der Verschärfung des Gebrauchs der Schusswaffe hören. Wir kennen aber den Erlaß nicht; er ist nicht im Wortlaut wiedergegeben. Schluß vorbeugehen dürfen wir aber daran auch nicht. Heute einen Beschluß zu fassen, sind wir außerstande. Ich beantrage Ausschusberatung.

Der Antrag geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Zu dem zweiten Antrage der Sozialdemokraten erklärt Stadtv. Dr. Brand (Soz.): Es wäre von der größten Bedeutung, wenn wir die Aussicht hätten, den

ganzen Exerzierplatz zu erwerben, sobald er nicht mehr zu militärischen Zwecken gebraucht wird. Die Stadt könnte dann schon jetzt ganz anders disponieren und dem Spelantentum könnte Abbruch getan werden. Auch die Militärbehörde hätte ein Interesse daran, uns ein Verkaufrecht zuzugestehen; sie hat am 11. Mai d. J. das selbst ausgesprochen, daß sie „bebauert“, in dieser Richtung unseren Wünschen nicht entgegenkommen zu können. Schon das hygienische Moment dürfte Veranlassung genug sein, um alle Teile dem Antrage günstig zu stimmen. (Beifall.)

Stadtv. Gaffel: In dem Wunsche, die Stadt in den Stand zu setzen, den ganzen Platz zu erwerben, ist der Magistrat eins mit der Versammlung. Daß es nicht gelungen ist, liegt daran, daß gewisse militärische Instanzen den ganzen Platz zurzeit noch nicht für entbehrlich halten. Ich möchte Sie bitten, zunächst noch nicht auf dem im Antrage angelegten Wege weiter zu wandern, sondern erst die Antwort des Fiskus abzuwarten.

Der Antrag wird abgelehnt. Schluß nach 1/2 Uhr.

Der Frauenmord am Humboldthafen.

Die gestrige Verhandlung begann erst nach 1/2 Uhr nachmittags. Die Fortsetzung der Vernehmung förderte nach keiner Richtung hin interessantere Momente zutage.

Der Kriminalschutzmann Ruhmann, der in Gemeinschaft mit dem Kriminalschutzmann Brumme seinerzeit den durch Selbstmord geendeten Richter festgenommen hatte, schildert die Einzelheiten, die sich bei der Festnahme abspielten. Nachdem Richter der Kopf der Geändigen geplatzt worden war, habe er, wie der Zeuge beklundet, sofort gesagt: „Das ist ja das Mädchen vom Humboldthafen!“ Als Richter das Geständnis abgelegt hatte, habe er einmal gesagt:

„Mehr wie 15 Jahre Zuchthaus kann ich so nicht bekommen!“

Längere Zeit nimmt die Vernehmung der Steuermanns Brungemann ein, der nach einer früheren Aussage der Zeugin Wolter, der „Bräutigam“ der getödteten Martha Schmidt gewesen sein sollte. — Auf Antrag des Staatsanwaltschaftsrats Axel wird bei der Vernehmung dieses Zeugen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der Zeuge beklundet u. a., daß weder die Geändigte, deren Kopf ihm vorgezeigt wurde, noch die übrigen an Gerichtsstelle anwesenden Mädchen bei ihm in der Kasse gewesen seien.

In der weiteren Vernehmung wurde nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit der Zeuge Kahnbesitzer Brückmann vernommen, bei dem der Angeklagte Weiskner einen Tag gearbeitet hatte. Der Zeuge beklundet, daß ihm Weiskner, als das Gespräch auf den Leichensund kam, ihm gegenüber zugegeben habe, dabei gewesen zu sein. Die Polizei habe ihn beinahe schon am Stragen geholt; er werde sich aber schon hüllen, der Polizei die Wahrheit zu sagen. Auf seine, des Zeugen, Frage, wo denn die ganze Sache passiert sei, habe Weiskner geantwortet: „Wir haben da am Humboldthafen ein Mädchen auf dem Kahn geholt, und als es zu sehr geschrien hat, haben wir ihm

eine Decke über den Kopf geworfen!“

Auf weitere Fragen habe Weiskner dann aber gesagt, er habe das alles nur in der Zeitung gelesen. Der Zeuge erklärt schließlich, als ihm der Vorsitzende die Widersprüche zwischen seiner jetzigen und der damaligen Aussage vorhält: „Na, wie das richtig ist, nicht so all do drin!“ Der Zeuge wird schließlich von dem Vorsitzenden beauftragt, seine Ehefrau, die sich auf seinem in Blüthensee liegenden Kahn befindet, sofort zu holen. Der Vorsitzende betont dabei, daß sich die Frau nicht etwa erst in ihren Sonntagstaat werfen und „fein machen“ solle, sondern so kommen solle, wie sie gerade angezogen sei. Der Zeuge erklärt: „Na, Herr Präsident, Sie wissen doch, was mit 'ne alle Schifferfrau los ist.“

Es folgt die Vernehmung mehrerer Zeugen, die beklundet, daß der Angeklagte Wolff, wenn er angegriffen war, ein unheimlich und roher Mensch gewesen sei.

Eine Frau Gainswold, bei welcher der Mitbeschuldigte Richter einige Zeit gewohnt hatte, beklundet u. a., daß Richter eines Tages, als ihr Mann die Zeitung las, und sie ihn fragte, ob sie schon den Mörder des Mädchens hätten, geantwortet habe, daß er die Sache sehr gut kenne. Wegener habe den Saß für die Leiche herangebracht

Der Chemiker Gaiswirth behandelte, daß Richter eines Nachts wiederholt aufgeschrien und

„Martha! Martha!“

gerufen habe. Am Morgen habe er dann ganz stark vor sich hingesehen.

Der Schneider Wiffow hat den Angeklagten Meißner in Stellung am Ballweir kennen gelernt. Richter habe, wie der Zeuge angibt, den Spitznamen „Schiffer-Ernt“ gehabt. Er habe dann Richter nach der Tat in Berlin in einem Schanklokal wieder gesehen und ihn begrüßt. Richter habe ihm erzählt, daß er schon wieder von dem Untersuchungsrichter vernommen worden sei. Man könne ihm aber nichts nachweisen und müsse ihn immer wieder laufen lassen. Er, Zeuge, habe ihm gesagt, er solle doch dann lieber die Wahrheit sagen, es könne doch dann nicht so schlimm werden. Richter habe erwidert: „Mensch, ich werde doch nicht so dumm sein und etwas zugeben, ich kriega ja

mindestens 15 Jahre Zuchthaus.“

Der Angeklagte Richter bezeichnet diese Angabe als völlig aus der Luft gegriffen.

Nach Vernehmung mehrerer Zeugen wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Dienstag 9½ Uhr vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Wandervogel und Homosexualität.

Vor der Strafkammer des Göttinger Landgerichts spielte sich eine Verhandlung gegen den früheren Mitbegründer und langjährigen Vorstandsmitglied der Jugendwanderbewegung „Wandervogel“, den in Berlin wohnhaften, am Hohen Meißner bei Kassel begüterten Rittergutsbesitzer Wilhelm Janßen ab. Janßen hatte aus seinen Aemtern und aus dem Verein entfernt werden müssen, weil die Berliner Polizei festgestellt hatte, daß Janßen homosexuell veranlagt ist und sich in dieser Richtung (wenn auch nicht in strafbarer Form) betätigt hat. Er gründete dann den „Jung-Wandervogel“. Zwischen diesem und dem „Alt-Wandervogel“ gab es bald Differenzen, die in veränderten Zielsetzungen zum Ausdruck kamen. In einer Veröffentlichung des Alt-Wandervogel hieß es: „Die Abspaltung ging von einer Seite aus, von der für die Jugend große Gefahren zu befürchten sind!“ und ferner: „Wir bieten einen einwandfreien Verkehr!“ Als Antwort hierauf versandte Janßen an die Eltern und Freunde, an die Führerschaft und die Schuldirektionen ein Rundschreiben, in dem er sich zu der Behauptung verließ, „auch im „Alt-Wandervogel“ befanden sich in der Führerschaft und an hervorragender Stelle homosexuell veranlagte Herren, und man kümmer sich nicht darum, solange sie sich nicht gegen die jungen Vereinsmitglieder vergingen und es keinen Standaß gäbe.“

Darauf schritt der Kultusminister ein und stellte den Bundesleitern, Professoren Dr. Senkel und Dr. Althaus in Göttingen, anheim, gegen Janßen wegen Beleidigung vorzugehen oder die ministerielle Auflösung des „Alt-Wandervogel“ zu erwirken. Infolgedessen stellten die Bundesleiter gegen Janßen Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Janßen 3 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Janßen zu dreihundert Mark Geldstrafe und sprach den Beleidigten die Publikationsbefugnis des Urteils durch die Zeitschrift „Alt-Wandervogel“ zu.

Religiöse Versammlungen und Vereinsgesetz.

Das Reichsvereinsgesetz hält die landespolizeilichen Vorschriften über religiöse Vereine und Versammlungen aufrecht. Somit kommt bezüglich ihrer auch noch in Betracht die Vorschrift des preussischen Vereinsgesetzes von 1850, wonach polizeilich angemeldet werden müssen solche Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten berufen oder erörtert werden sollen. Dagegen sollte Vorkehrungen getroffen haben, indem er eine religiöse Versammlung, die bei einer Witwe in Daber abgehalten wurde, nicht polizeilich angemeldet habe. Es waren etwa 100 Personen erschienen und ein Missionar las Bibelstellen vor und besprach diese mit den Anwesenden.

Die Strafkammer in Raugard verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe, indem sie davon ausging, daß religiöse Angelegenheiten immer öffentliche Angelegenheiten seien.

Das Kammergericht hat dieser Tage dies Urteil auf und verties die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Es sei allerdings nach dem Reichsvereinsgesetz ohne weiteres klar, daß auf religiöse Vereine und Versammlungen, soweit sie darunter zu bringen seien, noch das alte preussische Vereinsgesetz Anwendung finde. Nach § 1 dieses Gesetzes sei nun von allen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten berufen oder erörtert werden sollen, der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen. Die Entscheidung darüber, ob hier öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen und ob somit wegen Unterlassens der Anzeige Verurteilung erfolgen könne, habe nun das Landgericht die Auffassung zugrundegelegt, daß religiöse Angelegenheiten stets öffentliche Angelegenheiten seien. Die Strafkammer nehme darum hier eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten an. Die Auffassung der Strafkammer sei richtig. Der Senat stehe auf dem Standpunkt, daß religiöse Angelegenheiten zwar öffentliche Angelegenheiten sein können, aber solche nicht zu sein brauchen. Entscheidend sei, ob die Erörterung von öffentlichen oder von privaten Gesichtspunkten ausgehe. Davon hänge es ab, ob die Anzeige erforderlich sei. In der Richtung müsse die Sache nochmal nachgeprüft werden. Deshalb die Zurückverweisung an die Vorinstanz.

Die Prozession als „öffentliche Zusammenrottung“.

Vor der Gnesener Strafkammer hatten sich der Probst Piotrowski, Vikar Filipial und der Kirchendiener Tschelowski aus Alchsko als Urheber einer öffentlichen Zusammenrottung, sowie 18 weitere Angeklagte als Teilnehmer an dieser zu verantworten. Die Verhandlung nahm zwei Tage in Anspruch. Die Vorgänge, die zur Erhebung der Anklage führten, waren folgende: Am die auf dem Marktplatz in Alchsko stehende Figur des heiligen Lorenz wird an dem Namenstage des Heiligen seit unendlichen Zeiten alljährlich eine Prozession veranstaltet, die, von den Parochialgeistlichen angeführt, sich stets einer großen Beteiligung erfreut. Diese Prozession war im Vorjahre für den 10. August angelegt worden. Die Polizeiverwaltung erachtete diese Prozession jetzt als eine öffentliche Zusammenrottung, welcher der Polizei vorher angemeldet und von ihr auch genehmigt werden müßte. Probst Piotrowski hielt das Verlangen der Polizei für nicht berechtigt und veranstaltete, ohne die Aufforderungen der letzteren beachten zu haben, die Prozession. Während nun die zahlreichen Prozessionsmitglieder singend und betend die Heiligenfigur umgogen, wurden sie von den erschienenen Polizeibeamteten und Gendarmen zum Auseinandergehen aufgefordert, und als sie Aufforderungen ohne Erfolg waren, wurden die Leute gewaltsam auseinandergetrieben. Am 11. August v. J. entstand vor der Heiligenfigur eine ähnliche Menschenmenge, die gleichfalls gewaltsam auseinandergetrieben wurde.

Das Gericht erachtete das Verlangen der Alchsker Polizeiverwaltung für unberechtigt, da die seit unendlichen Zeiten in der Kirche des St. Lorenz stattfindenden Prozessionen den Charakter einer Privatandacht tragen und die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes auf solche kirchliche Veranstaltungen nicht anwendbar sind, gleich wie dies auch bei Feiern, Wallfahrten usw. der Fall ist. Es ist nicht erforderlich, daß von solchen Veranstaltungen der Polizeibehörde Anzeige erstattet wird. Letztere hatte auch keine Berechtigung, die Leute zum Auseinandergehen aufzufordern. Hat sie dies aber dennoch, so mußten die Aufgeforderten dieser Aufforderung Folge leisten. Von der Veranstaltung einer öffentlichen Zusammenrottung mußte demnach Probst Piotrowski, Vikar Filipial und der Kirchendiener Tschelowski freigesprochen

werden. Dagegen wurden wegen Nichtbefolgung der polizeilichen Aufforderung zum Auseinandergehen der Angeklagte Tschelowski zu 10 Mk., 14 andere Angeklagte zu je 5 Mk. und 2 zu einem Verweise verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Ablehnung der Anklage war zutreffend. Uns dünkt aber, die völlige Freisprechung aller Angeklagten hätte noch mehr dem Rechtsempfinden entsprochen. Denn mit dem gebundenen Rechtsempfinden ist es so wenig, wie mit dem Gesetzen der Logik vereinbar, daß Bürger bestraft werden, weil die Polizei rechtswidrig vorgegangen war. Das Gnesener Gericht hat denselben Gedankenfehler begangen, wie kürzlich das Reichsgericht, als es trotz zu Unrecht aufgelöster Versammlung die sich nicht Entfernenden bestrafte.

Die Flucht von fünf Gefangenen aus der Pläßenker Strafanstalt

hat zu einer Anklage wegen Meuterei bezw. Unterschlagung von Gefängnisleibern und Sachbeschädigung geführt, die gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Die Zelle 69, die im ersten Stockwerk der Anstalt belegen ist, beherbergte im Juni vorigen Jahres 15 Strafgefangene. Am 9. Juni vorigen Jahres früh alarmierte der Stubenälteste der Zellengemeinschaft die Aufsicht; als er sich aus dem Bett erhob, hatte er festgestellt, daß fünf Betten in der Zelle leer waren und ein Blick auf das Zellenfenster zeigte, daß die fünf fehlenden Gefangenen

den Weg durch das Fenster genommen und so die Freiheit gewonnen hatten. Eine Taille des Eisengitters vor dem Fenster war von dem Strafgefangenen Paul Röhl durchgeföhrt worden, dadurch war eine Öffnung von nur 30 Zentimetern entstanden und durch diese enge Öffnung hatten sich die fünf Sträflinge nacheinander hindurchgezwängt und sich an einem aus eingeschmuggelten Aabelstücken hergestellten Seil in den Hof herabgelassen. Hierbei verfuhr sie so geräuschlos, daß selbst der auf dem Korridor vor ihrer Zelle patrouillierende Gefangenaufsicht nichts merkte. Auf dem Hof erkletterten die Flüchtlinge zunächst eine alte Arbeitsbarade und von dort aus schwangen sie sich über die Gefängnismauer. Als die alarmierten Aufsichtsbeamten erschienen, war von den Flüchtlingen nichts mehr zu entdecken. Diese haben sich nur kurze Zeit der Freiheit erfreuen können und sind nach noch nicht 4 Wochen sämtlich wieder ergriffen worden. Auf der Anklagebank konnten nur vier der Entflohenen Platz nehmen; gegen den fünften, einen gewissen Stein, konnte nicht verhandelt werden, da er sich in einer Irrenanstalt befindet. Röhl gab zu, daß er der Versuchung, den Weg ins Freie zu nehmen, nicht habe widerstehen können, nachdem er bemerkt hatte, daß die Eisenstäbe schon eine ganze Zeit lang angefeilt gewesen waren und es nur einer kurzen Nachhilfe mit einer Feile bedurfte, um die Öffnung herzustellen. Er sowohl, wie die übrigen Angeklagten bestritten, daß irgendeine Verabredung zur Flucht vorgelegen habe. Nach kurzer Beweisaufnahme wurde, nachdem von einer Meuterei kein Beweis erbracht werden konnte, Röhl zu 10 Tagen Gefängnis, Müller zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, die übrigen Angeklagten freigesprochen. Einer nachdrücklichen Disziplinarstrafe für diesen Ausbruch sind die Angeklagten natürlich nicht entgangen.

Ein Falschmünzerehepaar

hatte sich gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu verantworten. Aus der Untersuchungshaft wurden der Maler Gustav Grundmann und dessen Ehefrau Anna G. vorgeführt, um sich wegen Münzverbrechens zu verantworten. Im Frühjahr dieses Jahres tauchten in Berlin und Umgegend zahlreiche falsche Zweimarkstücke auf. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß als mutmaßlicher Täter der Angeklagte Grundmann in Frage komme, der schon einmal wegen Beihilfe zum Münzverbrechen verurteilt worden war. Es wurde festgestellt, daß G. wegen aller möglichen Vergehen und Verbrechen insgesamt 18 Jahre Zuchthaus und Gefängnis verbüßt hatte. Seine Ehefrau, bei der er ungewohnet wohnte, hat ihn in dieser Beziehung noch übertrieben. Denn sie ist zifra 40mal wegen Sittenpolizeikonventionen und Auperei bestraft. Die Kriminalbeamten stellten dann am 20. Februar durch eine längere Beobachtung fest, daß die beiden Angeklagten in der Greifswalder Straße falsche Zweimarkstücke verarbeiteten. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß lautete das Urteil gegen den Eheemann Grundmann auf 3 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht und gegen die Ehefrau unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust.

Der Betrugprozess Graf von Königsmarck und Genossen, über dessen Inhalt wir berichteten, endete mit Verurteilung der Angeklagten wegen verübten Betruges. Graf von Königsmarck wurde von der Magdauer Strafkammer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden, Leonhardt zu 9 Monaten Gefängnis, von denen 3 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurden; Ernst v. Arnim wurde zu 150 M. Geldstrafe und Franz v. Arnim zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Domannd erhielt 1 Monat Gefängnis. v. Königsmarck wurde aus der Haft entlassen.

Aus aller Welt.

Erbeben in Kalifornien.

Am Sonnabendnachmittag wurde die Einwohnerschaft San Franciscos durch zwei heftige Erdstöße erschreckt. Das Beben, das etwa zehn Sekunden dauerte, ist das stärkste seit der großen Erdbebenkatastrophe im Jahre 1906. Nach dem ersten Stoß folgte einige Sekunden Ruhe. Dierauf kam ein zweiter Erdstoß, der eine gewaltige Panik anrichtete, daß die Menschen, der früheren Katastrophe eingedenk, auf die Straße flohen. Alle, wie üblich, am Sonnabendnachmittag gefüllten Kaufhäuser waren im Ruhe gelehrt ebenso die Restaurants. Die Theater mußten die Nachmittagsvorstellungen ausgeben. Die Verwirrung wurde noch gesteigert, weil die Telephonbänder die Apparate verlassen hatten und so der Telephonverkehr für längere Zeit unmöglich war. Viele Mauern zeigten Risse, vielfach stürzten Mauerwerke ein; das nachstürzende Material der Eisenkonstruktionen der Balkenträger hinterließ bei allen, die es hörten, einen nie zu verlöschenden Eindruck. Das Erdbeben folgte nicht der bisherigen Linie, sondern erstreckte sich von der Küste bis Sierra, so daß noch Nevada berührt wurde, wo in der Larson-City die Kandelaber in den Gerichtshäusern schwanken und die Richter und alle Anwesenden auf die Straße rannten.

Vom deutschen Rundflug.

Am Sonntagmorgen starteten die Konkurrenten des deutschen Rundfluges in Köln für die Strecke Köln—Dortmund. Vollmüller blieb der einzige, der die Strecke ohne Zwischenlandung durchflog konnte. Nachdem er um 5 Uhr in Köln mit einem Passagier aufgestiegen war, konnte er um 6 Uhr 9 Min. in Dortmund und das Zielband passieren. König mußte in Döhlen eine Zwischenlandung vornehmen, ebenso Dr. Wittenstein bei Hamborn. Beide unternahmen erst gegen Abend die Weiterfahrt und langten um 8.02 Uhr resp. 8.22 Uhr in Dortmund an. Der Flieger Hoffmann war bereits am Sonnabendabend in Köln aufgestiegen und ist nach einer Zwischenlandung bei Wladenhors am Sonntagmorgen als Erster in Dortmund gelandet.

Die Fortsetzung des Fluges nach Kassel, die Montag morgen erfolgen sollte, mußte wegen des ungünstigen Wetters verschoben werden.

Massenflug über den Kanal.

Die am westeuropäischen Rundflug beteiligten elf Aviatiker sind gestern morgen in Calais zum Flug nach Dover aufgestiegen. Alle elf Flieger überflogen den Kanal ohne irgendwelchen Unfall. Den schnellsten Flug vollführte Sibert, der für die Strecke 37 Minuten 57 Sekunden Zeit gebrauchte.

Stadtaters Leiden.

Unter der Spitzmarke „Die böse Presse“ bringen die „Dreslauer Nachr.“ folgende niedliche Geschichte: Als kürzlich in einer größeren Stadt Bayerns die Gemeindefolklosgesellschaft zu Ende war, erhob sich ein älterer Herr und sagte: „Ich hätte noch den Wunsch, daß die Presse, die uns immer in dankenswerter Weise ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit schenkt, künftighin in ihren Sitzungsberichten den Schlußatz weglassen. Unsere Versammlung ist immer schon um 9 Uhr zu Ende, und da geht man noch ein Glas Bier trinken, es werden auch manchmal zwei Glas. Einige Herren spielen „Schafkopf“, und man liebt ein Viertelstündchen und so kommt man um 1 Uhr nach Hause. Am andern Tage sieht man, nichts Böses ahnend, da und liest die Zeitung, und da hält einem dann die teure Gattin den Versammlungsbericht vor die Nase, wo in der letzten Zeile steht: Schluß der Sitzung um 9 Uhr. — Und Du bist erst um 1 Uhr aus der Versammlung heimgekommen? — Natürlich gibt es dann unangenehme Auseinandersetzungen. Was liegt der Presse daran, „Schluß 9 Uhr“ zu schreiben? Der Antrag fand allgemeine Unterstützung, und der Vorsitzende übermittelte ihn unter großer Heiterkeit der Presse.“

Kleine Notizen.

Bergweiskunglat eines Baters. In dem nahe Frankfurt a. M. gelegenen Orte Kiederrad hat gestern morgen der Wagenbauer Schreiber ein Messerattentat auf seine fünf Kinder im Alter von 2 bis 12 Jahren verübt. Drei von ihnen wurden getötet, zwei schwer verletzt. Der Anlaß zu dem Bergweiskunglat war der Lebenswandel der Frau Schreiber. Sie hatte mit einem Liebhaber ein Tanzvergnügen besucht; bei dem Versuche, die Frau nach Hause zu holen, war der Gatte von dem Liebhaber verprügelt worden. Erst einige Stunden nach der Wutthat kehrte die Mutter vom Vergnügen zurück.

Russische Zustände. Auf der Baustrecke der mittleren Amurbahn überfielen 20 Räuber in der Nähe von Albasin einen Arbeiter und seine aus sechs Mann bestehende Begleitwache. Bei dem Überfall wurde von der Wache einer getötet und zwei verwundet; von den Räubern fiel einer. 12000 Rubel wurden geraubt. — Bei einem Zusammenstoß einer russischen Grenztruppe mit 12 perfiden Räubern im Gebiet von Lenkoran wurde einer der Grenzwächter verwundet, ein Räuber getötet, ein anderer verwundet.

Gigawelle in Amerika. Große Hitze herrscht im größten Teile des Landes. In New York sind zehn, in Chicago fünf Todesfälle infolge der Hitze eingetreten. Hunderte sind auf der Straße zusammengebrochen, viele beim Baden ertrunken. Tausende von New Yorkern kampieren in den Parks und am Strande.

Zahnarzt Freund
Rixdorf, Roldinstr. 36
Zahnklinik Sprechst. 9-12, 3-6
Behandlung unangenehm.
Gebisse, Umarb., Plomben, billigt.

Syphilis-Nachweis
in allen frischen u. veralteten Zuständen.
Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung.
Sicher; beagl. Garm. (Spez. auf Gonorrhoe-Röden) u. Syphilis-Ratgeber.
Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, im Kronen- und
Koblenzstr. 1, 5721. Vert. Rixdpr.
bist. u. tollst. Bes. von 8-8
Sonntags von 12-1.

schöne Wohnungen
Ideal-Passage, Reichstr. 8, Wärsch-
straße 14-16 und Gröndorfer Str. 2
bis 5) zum Preise von 37,50 Mk. bis
48 Mk. freihändig zu vergeben.
Sämtliche Wohnungen haben
Heizwasserheizung in Küche
und Bad,
die in der Passage auch Zentral-
heizung und zentrale Aufständerung.

Wasser-Parzellen
Neu! von 200 M. an. Neu!
Ideal gelegen, ca. 30 km östlich von
Berlin. See, Wald, Fließ- u. Land-
parzellen (postbillig). Pläne gratis.
J. Rieger, Berlin,
Gontardstr. 5.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.

Wunderbare Neuheiten,
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüll-
bottsdecken etc. in allen Stilart.
Pracht-Katalog, ca. 650 Illustr.
gratis und franko. Reste von
2 bis 6 Fenster spottbillig.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba,
Weinbergweg 1, dir. a. Kolonialer
Zor. Billigste Bezugsquelle!
Verlauf i. zur dauernden Kundhaft

300 Schreibmaschinen
Gelegenheitskäuf, gebraucht
schlorfr., wie Adler, Ideal, Rom-
mingt, Torpedo, Smith Prem.,
Smith Brothers, Continental,
Underwood, Hammond, Mer-
cades, Stoker, Vest, Blickens-
derfer, Erika, worden aufofgo
billig Uebernahme zu außer-
ordentlich niedrigen Preisen
verkauft, schriftl. Garantie,
evtl. Teilzahlung, Vermietung.
Schäfer & Claub,
Leipziger Str. 19.

Teilzahlung
wöchentl. nur 1 M.
Ihren- und Damen-Uhren,
Falten, Freischwinger, Gram-
mophon, Mandolin, Keger,
Teppiche, Staps- und Tisch-
decken etc. Fahräder etc.
Warschauer Strasse 68,
Reinickendorfer Str. 101,
Görlitz-Strasse 12.

Jahre & König,

Stoffe
englische Neuheiten für Anzüge, Mäntel,
Paletots usw. Meter 6,50, 7,50 Mk.
Zuchlager Gesellschaft m. B. G.
Gertraudenstr. 20-21

Mieter.
Wer gesund, modern und billig wohnen will,
beschäftige die Wohnungen an der
Schloß-Allee, am Igl. Schloßpark Panfow-Nieder-Schönhäusen.
4 Zimmer von 750 Mk., 3 Zimmer von 620 Mk., 2 Zimmer
von 400 Mk. an. Für 10 Mk. bietet zu erweihen will der
Stettiner Vorortbahn (bis Station Panfow-Nieder-Schönhäusen), mit der Siemens-
bahn von der Mitteltrasse sowie der Linie 48. In die Kasse führen noch
mit Zugang durch den Schloßpark Rote 47, 47a und 57. Näheres Nieder-
Schönhäusen, Schloß-Allee 40. Reinsprecher Amt Panfow Nr. 200.

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Oeffentliche politische Volks-Versammlungen

III

Dienstag, den 4. Juli 1911,

abends 8 Uhr.

1. Kreis:

Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

2. Kreis:

Kliems Festsäle, Hasenheide 13—15.
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

3. Kreis:

Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

4. Kreis:

Gorgmann, Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Litzin, Memeler Str. 67.
Graumann, Raunynstr. 27.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151.

5. Kreis:

Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22—29.

6. Kreis:

Prater-Theater, Kastanien-Allee 7—9.
Germania-Festsäle, Chausseestraße 110.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Pharusäle, Müllerstr. 142. Beide Säte.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.

Teltow-Beeskow:

Adlershof, Wöllsteins Lustgarten, Bismardstr. 24.
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick, Stadt-Theater, Friedrichstraße.
Kirdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 48/49.
Schöneberg, Neue Rathaussäle, Weininger Str. 8.

Steglitz-Friedenau, Birkenwäldchen, <sup>Schönen-
straße.</sup>

Treptow-Saunischulenweg, Treptower Lust-
garten, Inh. Geyer, Parkstraße 2.

Wilmerdorf, Kurfürstenpark, Kurfürsten-
damm 119 (Salensee).

Nieder-Barnim:

Lichtenberg, Schwarzer Adler (Gebr. Arnhold),
Frankfurter Chaussee 5/6.

Ober-Schöneweide, Wilhelminenhof, <sup>Wilschmin-
hofstraße.</sup>

Pankow, Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102.

Reinickendorf-West und Ost, <sup>Schönenhaus,
Reichenstr. 1—2.</sup>

Rummelsburg-Stralau, Café Bellevue, im
Garten, Hauptstraße 2.

Tegel-Forsigwalde, Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1

Spandau, Brauerei Pichelsdorf.

Tages-Ordnung:

Wahlrechts-Komödie im Landtag.

Referenten:

Barth, Barenthin, Eduard Bernstein, J. Borchardt, Dr. Cohn, Däumig, Davidsohn, Siehorn, Fendel, Grunwald,
Kasch, Känsch, Hildebrand, Adolf Koffmann, Frau Jucharecz, Kaliski, Kubig, Ledebour, Dr. Siebknecht,
Manasse, Molkenbuhr, Pätzelt, Pieck, Poetsch, Georg Schmidt, Schubert, Thurow, Unger, Weber, Wermuth,
Frau Wulf, Frau Zietz.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Berlin, Liefenstraße 16.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Freitag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Gauborsherkonferenz. 2. Geldebetreibungen.

Die Kollegen werden ersucht, sofort ihre Delegierten zu wählen auf Grund des § 4 des Berliner Vereins-Statuts. (Auf je 10 Mitglieder 1 Delegierten.)

Die Konditionslisten und die Druckerlisten unter 5 Mitglieder wählen ihre Delegierten in der Versammlung, die am Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause stattfindet.

Die Delegiertenlisten sind vom Mittwoch früh an auf der Verwaltung zu haben. Alle Druckerlisten müssen ihre Karten selbst abholen.

Der Gauborstand. J. A.: Raffini.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahistelle Berlin.

Buchbinderbranche!

Mittwoch, den 5. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Saale der Brauerei Gappoldt, Hasenheide 32-38, Ecke Gräfenstraße:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:

Bericht von den Tarifverhandlungen.

Wichtig eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch! 24/14

Der Eingang zum Saal befindet sich in der Gräfenstraße neben dem Konzertgarten.

Die Ordungsverwaltung. Die Tarifkommission.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauf, 15 (Saal 1):

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über die Verschmelzung mit dem Bauarbeiter-Verband.
2. Verhandlungsangelegenheiten.

Bölgähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Beeilen Sie sich und beschließen Sie die letzten 17 Paragrafen in Zepernid, die ich sehr billig verkaufe. — Pläne gratis. — J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Maritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden Dr. Popke, Rosenthaler Str. 79, Spr. 9-2, 6-9, Sonn. 9-3

Hermann Fischers billigste Särge Urbanstr. III, früher Hixdorf, Tel.

Blumen- und Kranzbindererei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Kennen Sie sie?

Wenn nicht, dann beschließen Sie die

Villenkolonie Karow, die ausgedehnte Gartensiedlung a. d. Stettiner Bahn. 20 Pf. Fahrt. 300-500 Pf. Anz. genügt. Pläne gratis. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Kothringer Str. 60.

Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstätte.

Ziehung am 5. Juli 1911.

Lotterie

der Reise-Ausstellung in Berlin. 11420 Gewinne Wert 175 000 Mark. Hauptgewinne Wert Mark

50 000
20 000
10 000
5 000

mit 50 % bar garantiert. 1 Los 1 M., Porto und Liste 20 Pf. extra, 5 Lose einsch. Porto und Liste nur 5 M., auch gegen Nachnahme, empfiehlt

Carl Heintze, Berlin W. Unter den Linden 2.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.

Donnerstag, den 6. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr: Sektions-Versammlung der Lackierer im Gewerkschaftshause, Engelauf 15.

Tagesordnung:

1. Die Beschlüsse der Generalversammlung in München.
2. Diskussion.
3. Sektionsangelegenheiten.

Bölgähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Zur Beachtung! Der Beitrag im Sommer beträgt vom 1. Juli d. J. ab 70 Pf. pro Woche. Arbeitslose und Kranke — soweit letztere keine Unterstützung seitens des Verbandes beziehen, sind vom Beitrage befreit, wenn sie sich wöchentlich einer zweimaligen Kontrolle unterziehen.

Kontrollstellen für Berlin sind: Arbeitsnachweis, Räderstraße 9. Bureau, Melchiorstraße 28 parterre.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I.

Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, Prinzenallee 83:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verhandlungsangelegenheiten.
2. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. 144/12

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Frankfurter Viertel. Bezirk 296. Dem Mitgl. Ferdin. Neubauer, geb. 18. Okt. 1850, gestorben 11. Juli 1911. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokr. Zentralwahlverein Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Am Freitag, den 29. Juni verstarb nach langem schweren Leiden eines unserer ältesten Mitglieder und Mitgl. Karl Gruhl in Nowawes. Wir verheeren in dem Dahingegangenen einen allzeit kampfbereiten Kämpfer für die Sache des Proletariats. 293/5 Ehre seinem Andenken. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 1. Juli, verstarb unser Genosse Karl Dudda, Turiner Str. 26. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Turiner Str. 26, aus nach dem städtischen Friedhofe, Seeuferstr. 11. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am 1. Juli hard mein lieber Mann, unser guter Vater, der ehemalige Kollektionsbesitzer Ernst Seibt im 80. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen Frau Seibt und Söhne. Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 5. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reuen Baukirchhofes (Pöhlener) aus statt. 25765

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe. (Deutscher Sonnfelder-Bund.) Am 1. Juli verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steindrucker Paul Spielmann sen. im Alter von 55 Jahren an Bauchleiden. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Steglitzer Friedhofes aus statt. Die Verwaltung der Filiale I.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das unser lieber Sohn und Bruder, der Schriftsetzer Walter Hoppe nach langem schweren Leiden im Alter von 35 Jahren durch den Tod erlöst wurde. 25765 Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, am dem Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen. Die Beerdigung des am 1. Juli verstorbenen Steindruckers Paul Spielmann sen. findet am Dienstag, den 4. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, in Steglitz, Bergstraße, statt. 25685

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kränzchen bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen, des Arbeiters August Schulz sagen wir hiermit allen unseren Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Wahlverein des 6. Kreises (Bezirk 521) und dem Gesangsverein Harmonia, als auch dem Hingegangenen Engel u. Co. unseren innigsten Dank. Wwe. Luise Schulz nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, das unser Mitglied, die Arbeiterin Auguste Klein am 30. Juni an Lungenerleiden gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 4. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Dönhagen-Kummelsdorf aus statt. Rege Beteiligung erwartet 119/10 Die Ortsverwaltung.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kränzchen bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes, Bruders und Schwagers Willi Lehmann sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Transportarbeiterverband, dem Personal und der Firma Köhde u. Schulz, speziell den Jugendlichen und den Herren Schmidt und Kähler für die frohesten Worte unseren herzlichsten Dank. 46982 Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 5. Juli 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstätt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Tischler.

Südwesten in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7. Süden: bei Glesing, Wasserstr. 69. Südosten I. u. II: in den Rannyn-Gehäusen, Rannynstr. 4. Osten I: bei Kluge, Langestr. 53. Osten II: bei Bieh, Warshawer Str. 60. Osten III: bei Bergmann, Vorlagener Str. 26. Oestliche Vororte: bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 47, Ecke Schrammstraße. Nordosten: bei Wertmann, Gr. Frankfurter Str. 16. Jede Sarghülle muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung haben. Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt bei Obiglio, Schwedler Straße 23. Wedding und Moabit: bei Kaezowitsch, Ravenstr. 6. Weissensee: im Prälaten, Lehbestr. 122. Abends 6 1/2 Uhr. Rixdorf: bei Krüme, Melchiorstr. 8 (Ideal-Passage).

Bautischler.

Bezirk I: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff, Admiralsstr. 18a. Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 65. Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glesing, Ropenhagener Str. 74. Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Gasse, Lindower Straße 26. Rixdorf: bei Schenk, Rosenstr. 24. Schöneberg: Neue Rathausstraße, Nehlunger Straße 3. Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter. Osten bei Becker, Weberstr. 17. Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18a.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche.

Norden bei Döhling, Brunnstr. 79. Osten bei Schneider, Friedenstr. 67. Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123. Klavierarbeiter pünktlich um 8 Uhr im Arbeitslosenamt, Engelauf 14/15 parterre. Modelltischler bei Waldb, Pfugstr. 5. Pünktlich 8 Uhr. Einsetzer im Gewerkschaftshause, Engelauf 15, Saal 11. Stellmacher Rosenhaleer Straße 57. Jalousiearbeiter bei Walter, Waldstr. 62. Vergolder im Gewerkschaftshause, Engelauf 14/15, Saal 5. Kisten- und Koffermacher bei Wandauf, Dresdener Str. 33. Korbmacher bei Krause, Mühlauer Str. 20. Bürstenmacher bei Preuß, Holzmarktstraße 65. Kammacher bei Preuß, Holzmarktstr. 65. Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wehlisch, Stallher Straße 22. Stockarbeiter um 6 Uhr bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3. Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5. Schirmmacher 8 Uhr bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3.

Einsetzer.

Montag, den 10. Juli: Dampfpartie mit Musik nach Hügelsheim. Biletts hin und zurück 1 M., zu haben in den Bezirkslokalen und bei dem Bezirksleiter. — Um rege Beteiligung wird gebeten. Das Komitee. Die Ortsverwaltung.

Möbelpolierer. Bezirk Norden. Mittwoch, den 5. Juli, abends 6 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend: Branchenversammlung, Schwandauer Straße 42, Zwinmünder Gesellschaftshaus. Tagesordnung: 1. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen während der Vertragsdauer. 2. Verbandsangelegenheiten.

Bodenleger Mittwoch, den 5. Juli, abends 6 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 1: Branchenversammlung.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 20 Pleasung auf 10 Pf. Kartierung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Gifte. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (enthält Salicylsäure und indischen Quinlestrahl.) Dr. H. Unger in Würzburg.

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Grail-Apothek, Berninstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/3

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel. Stets frisch zu den kältesten Engrospreisen. Amt IV, 3014.

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlungen in Groß-Berlin

finden wie folgt statt:

- Nieder-Barnim am Sonntag, den 23. Juli, die sechs Berliner Kreise am Dienstag, den 1. August, Zeltow-Beetzow am Sonntag, den 13. August, die Verbands-Generalversammlung am Sonntag, den 20. August, die Provinzialkonferenz für Brandenburg am Sonntag, den 27. August.

Der Aktions-Ausschuf.

Friedenan. Die Parteigenossen beteiligen sich heute an der Protestversammlung im „Virkenswäldchen“.

Brig-Budow. Heute Dienstag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Offentliche Versammlung im „Gesellschaftshaus“, Chausseest. 97.

Pankow. Heute Dienstag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Offentliche Versammlung im Restaurant Herrn Schulz, Mühlenstraße 21.

Bezirk Stralau. Die Genossen werden ersucht, sich an der heute den 4. Juli in Rummelsburg („Vellebue“) stattfindenden Protestversammlung recht zahlreich zu beteiligen.

Karlshorst. Die Genossen treffen sich zum gemeinsamen Besuch der Protestversammlung in Ober-Schöneweide abends 7 1/2 Uhr im „Fürstenbad“.

Donnerstag: Frauenversammlung bei A. Sabrowski, Trebbow-Allee 66.

Marientraf. Morgen, Mittwoch abends 8 Uhr bei Preuß. Kurfürstenstr. 44: Offentliche Protestversammlung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Die Parteigenossen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Protestversammlung in Pankow zu beteiligen.

Wisselndraht-Niederschönhausen-West. Die heutige Mitglieder-versammlung fällt aus, dafür Besuch der heutigen öffentlichen Volksversammlung in Reinickendorf.

Alt-Glienide. Heute Dienstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Jahn, Rudower Str. 54: Offentliche Protestversammlung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung hatten gestern die Stadtverordneten noch vor den Ferien zu erledigen.

Hauptsächlich wurde dem Vergleich zwischen Stadt und Straßenbahn zugestimmt. Dieses Resultat war nach den Erklärungen der Fraktionsführer am letzten Donnerstag zu erwarten.

Ingenommen wurde ohne große Debatte ein Initiativvortrag auf Einrichtung eines Krematoriums.

Bedeutungsvoll ist die Annahme der Magistratsvorlage der Errichtung von Baracken für Obdachlose und für 100 geschlechtsranke Frauen.

Schließlich wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag besprochen, der den Magistrat ersucht, die Erwerbung auch des Restes des Erzzerplatzes in die Wege zu leiten.

Dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in Berlin war nach all den Aufmerksamkeiten, die Preussische Staatsregierung ihm erwiesen hatte, endlich auch das noch beschieden, daß der Polizeipräsident von Berlin ihn als einen „politischen“ Verein hinstellte.

Der „politische“ Arbeiter-Turnverein.

Dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in Berlin war nach all den Aufmerksamkeiten, die Preussische Staatsregierung ihm erwiesen hatte, endlich auch das noch beschieden, daß der Polizeipräsident von Berlin ihn als einen „politischen“ Verein hinstellte.

Der „politische“ Arbeiter-Turnverein.

Dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in Berlin war nach all den Aufmerksamkeiten, die Preussische Staatsregierung ihm erwiesen hatte, endlich auch das noch beschieden, daß der Polizeipräsident von Berlin ihn als einen „politischen“ Verein hinstellte.

Der „politische“ Arbeiter-Turnverein.

Dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in Berlin war nach all den Aufmerksamkeiten, die Preussische Staatsregierung ihm erwiesen hatte, endlich auch das noch beschieden, daß der Polizeipräsident von Berlin ihn als einen „politischen“ Verein hinstellte.

Der „politische“ Arbeiter-Turnverein.

Zur Begründung wird eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herangezogen, die im Jahre 1901 erging, als der Polizeipräsident unter Benutzung des alten Vereinsgesetzes den Turnverein „Fichte“ als einen Verein behandelt hatte, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt.

Das Königliche Oberverwaltungsgericht hat bereits in der Entscheidung vom 12. Juli 1901 ausgesprochen, daß der Turnverein „Fichte“ in Berlin ein Verein ist, der von vornherein mit politischer Tendenz gegründet worden ist.

Das von dem Herrn Polizeipräsidenten zur vorliegenden Beschwerde eingereichte Material läßt, so führt der Bescheid des Oberpräsidenten weiter aus, keinen Zweifel darüber, daß der Verein seit 1901 bis heute seinen politischen Charakter nicht geändert hat und in engstem Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Parteiorganisation den Zweck verfolgt, die Mitglieder des Vereins in sozialdemokratischem Sinne zu beeinflussen.

Damals erklärte das Oberverwaltungsgericht trotz der oben mitgeteilten Ausführungen den Turnverein „Fichte“ nicht für politisch, sondern es nahm nur den Zweck einer Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten an.

Aber der Oberpräsident hat noch mehr Pfeile zu versenden, die der Polizeipräsident und seine Vertrauensmänner ihm geliefert haben.

Noch manches andere hat den Arbeiterturnverein „Fichte“ dem Polizeipräsidenten „verdächtig“ gemacht.

Und dann seine Stellungnahme in dem Kampf um die Jugend! Aus dem „Vorwärts“ und dem Mitteilungsblatt des Vereins zitiert der Bescheid Äußerungen, aus denen hervorgeht, daß der Turnverein „Fichte“ nicht auf der Seite der bürgerlichen Klasse steht, sondern in der Arbeiterjugend den Geist der Arbeiterklasse pflegen will.

Seine Begnern wird das keinen Gewinn bringen; er wird nur um so flotter wachsen und gedeihen.

In dem Kampf, den die Tischlermeister gegen die Möbelhändler um die Aufrechterhaltung des direkten Verkehrs mit der Kundschaft führen, hat die Berliner Tischlerinnung jetzt einen gerichtlichen Erfolg gegen die Händler erzielt.

Die Berliner Tischlerinnung beabsichtigt nun, um ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, den durch den Bohloft seitens des Händlerverbandes entstandenen Schaden durch Heranziehung neuer Kunden wieder wettzumachen, für die Zeit vom 19. August bis 4. September d. J. in den Ausstellungshallen am Zoo eine Möbelmesse zu arrangieren.

Wegen dieses Zirkulars hat die Tischlerinnung Klage vor dem Landgericht I erhoben mit dem Erfolg, daß das Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen hat, die dem Händlerverband bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 100 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, das Rundschreiben vom 19. Mai d. J. sowie etwaige weitere Rundschreiben zu verbreiten, in denen in beliebiger Form gegen den Veranstalter der Möbelmesse der Tischlerinnung die Berliner Tischlermeister aufgefodert werden, die Möbelmesse nicht zu besichtigen.

Die sog. Kreidhauffee-Gasse Redlich bei Potsdam mit dem Endpunkt Neues Palais bildet nur ein Stück der Automobilpracht-Strasse Neues Palais-Döberitz-Berlin.

Wegen dieses Zirkulars hat die Tischlerinnung Klage vor dem Landgericht I erhoben mit dem Erfolg, daß das Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen hat, die dem Händlerverband bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 100 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, das Rundschreiben vom 19. Mai d. J. sowie etwaige weitere Rundschreiben zu verbreiten, in denen in beliebiger Form gegen den Veranstalter der Möbelmesse der Tischlerinnung die Berliner Tischlermeister aufgefodert werden, die Möbelmesse nicht zu besichtigen.

Die sog. Kreidhauffee-Gasse Redlich bei Potsdam mit dem Endpunkt Neues Palais bildet nur ein Stück der Automobilpracht-Strasse Neues Palais-Döberitz-Berlin.

Wegen dieses Zirkulars hat die Tischlerinnung Klage vor dem Landgericht I erhoben mit dem Erfolg, daß das Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen hat, die dem Händlerverband bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 100 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, das Rundschreiben vom 19. Mai d. J. sowie etwaige weitere Rundschreiben zu verbreiten, in denen in beliebiger Form gegen den Veranstalter der Möbelmesse der Tischlerinnung die Berliner Tischlermeister aufgefodert werden, die Möbelmesse nicht zu besichtigen.

Die sog. Kreidhauffee-Gasse Redlich bei Potsdam mit dem Endpunkt Neues Palais bildet nur ein Stück der Automobilpracht-Strasse Neues Palais-Döberitz-Berlin.

Wegen dieses Zirkulars hat die Tischlerinnung Klage vor dem Landgericht I erhoben mit dem Erfolg, daß das Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen hat, die dem Händlerverband bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 100 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, das Rundschreiben vom 19. Mai d. J. sowie etwaige weitere Rundschreiben zu verbreiten, in denen in beliebiger Form gegen den Veranstalter der Möbelmesse der Tischlerinnung die Berliner Tischlermeister aufgefodert werden, die Möbelmesse nicht zu besichtigen.

Die sog. Kreidhauffee-Gasse Redlich bei Potsdam mit dem Endpunkt Neues Palais bildet nur ein Stück der Automobilpracht-Strasse Neues Palais-Döberitz-Berlin.

Wegen dieses Zirkulars hat die Tischlerinnung Klage vor dem Landgericht I erhoben mit dem Erfolg, daß das Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen hat, die dem Händlerverband bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 100 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, das Rundschreiben vom 19. Mai d. J. sowie etwaige weitere Rundschreiben zu verbreiten, in denen in beliebiger Form gegen den Veranstalter der Möbelmesse der Tischlerinnung die Berliner Tischlermeister aufgefodert werden, die Möbelmesse nicht zu besichtigen.

zu denjenigen für die Automobilprachtstraße stehen. Der Kaiserliche Automobilklub hatte sich seit Jahren mit zwei Projekten solcher Automobilstraßen zwischen Berlin und Potsdam beschäftigt.

Lohnzahlung der Hofgartenarbeiter. Der Tagelohn der Arbeiter in den Hofgärten in Charlottenburg und Potsdam, der bis vor 3 Jahren 2,50 M. nebst etwas Brennholz betrug, sollte mit der Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes auf 3,50 M. erhöht werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall trug sich am Sonntagmittag gegen 12 Uhr vor dem Hause Koloniestr. 6 zu.

Traurige Folgen einer Wette. Sonntagabend gegen 7 Uhr sprangen infolge einer Wette der 24 Jahre alte Straßenhändler Ernst Treptom aus der Koloniestr. 43 und der 33 Jahre alte Arbeiter Mag Stoil aus der Koloniestr. 25 von der Velleallianzbrücke aus in den Landwehrkanal und schwammen in diesem hin und her.

Das Baden hat am Sonntag wieder mehrere Opfer gefordert. In der Havel hinter Schwanenwerder hatten zwei junge Leute aus Berlin, die einen Ausflug nach dem Grundwald unternahmen, zur Abkühlung ein Bad genommen.

Auch im Tegeler See ertranken Sonntag nachmittag zwei Personen im Alter von 16 und 28 Jahren beim Baden.

Fahrtkartenangelegenheit für die Ferienzüge nach dem Riesengebirge. Die Ausgabe der Fahrkarten für die Feriensonderzüge, die vom Ostlicher Bahnhof in Berlin nach dem Riesengebirge am 8., 9. und 10. Juli abgehen, hat begonnen.

In der Liebesdrangsalie in der Rosenhaler Straße wird noch mitgeteilt, daß die Zahnärztin Chaja Sdalemisch, die ihren früheren Geliebten, den Apotheker Joseph Kisselew, erschoss, wegen Nordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde.

Einen schweren Betriebsunfall erlitt am Montag vormittag 11 1/2 Uhr in der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik vorm. L. Sentler, Müllerstr. 35, der Lehrling Artur Michling aus Charlottenburg, Nutenstr. 62.

Eigenartigen Handelsgeschäften ist man im Gefängnis zu Pflänsen auf die Spur gekommen. Ein Gefangener namens Erkner versuchte einen Kaffiber aus der Anstalt hinaus zu bekommen, durch den er bei einem Kaffiber Lebensmittel bestellte.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern früh auf dem Hof des Grundstücks Welter Straße 19 gefunden.

In seiner eigenen Wohnung eingeschlossen und beraubt. Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde vergangene Nacht bei dem Hauseigentümer Gärtner in der Giesebrechtstr. 18 in Charlottenburg verübt. Die Diebe, die anscheinend mittels Nachschlüssels in die Wohnung drangen, riegelten die Türen zu den Schlafzimmern ab, in denen das Ehepaar schlief, so daß dieses in seiner eigenen Wohnung eingeschlossen war. Dann ertrachen die Gauner in den Vorderzimmern ein Büfett sowie mehrere Schränke und raubten eine größere Geldsumme nebst Juwelen, eine goldene und eine silberne Damenuhr sowie einen Aufbewahrungsschein über zur Konservertierung hinterlegte Pelze im Werte von 3000 M. und mehrere Depotscheine der Dresdner Bank, die ein Verzeichnis des gesamten Vermögens des Gärtnerischen Ehepaars enthielten. Nach dem Einbruch kletterten die Diebe über den Balkon in den Vorgarten und entkamen.

Die Flucht zweier weiblicher Fürsorgezöglinge aus dem Fürsorge- und Erziehungsheim Bethabara in Weihensee, Albertinenstr. 23, erregte vorgestern Abend Aufsehen unter dem Publikum des Parkes am Weihen See. Zwei Mädchen waren aus der genannten Anstalt entflohen, indem sie den 2 Meter hohen Stacheldrahtzaun überkletterten. Während dieses der einen glatt gelang, riß sich die andere an den Dächern das ganze Kleid vom Leibe. Nur noch mit dem Hemde angezogen, lief sie zusammen mit ihrer glücklicheren Genossin die Albertinen- und Malienstraße entlang nach dem Park am Weihen See. Dort wurden sie aber aufgegriffen und wieder nach der Anstalt zurückgebracht.

Arbeiter-Samaritanerkolonie Groß-Berlin. In dieser Woche finden noch folgende Lehrende statt: Mittwoch, Nixdorf, Erft. 8, und am Donnerstag in Pichtenberg, Scharnweberstr. 60. Die Lehrende beginnen abends 9 Uhr. Neu eintretende Kursistenehmer willkommen. Gäste haben Zutritt.

Berliner Arbeitervereine für Obdachlose. Im Monat Juni nährten im Männer-Haus 14 868 Personen, wovon 8237 badeten, im Frauen-Haus 8797 Personen, wovon 1223 badeten. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer: Biesenstr. 55/59, für Frauen: Golbergsstr. 30.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Aus der Gemeindevertretung ausscheiden muß nun doch der Reichsverbandler Gennert; selbst die Kommissionsberatung vermochte nicht der Räterekonstruktoren diese Herbe zu erhalten. Einstimmig wurde das Mandat für Gennert erklärt. Der Rat des Räterekonstruktoren ob dieses schmerzlichen Verlustes fiel nun auch ein Hausbesitzer zum Opfer; er sorgte jedoch für einen "besseren" Abgang. Vor Beratung des Auszubehaltungsvertrages verlas der Vorsteher einen Brief, in dem Herr Glaubitz mitteilte, daß er wegen seelischer Herrützung sein Mandat niederlege. Da nunmehr die Notwendigkeit eines "doppelten Wohnsitzes" für den alten Herrn wegfällt, wird er hoffentlich bald in Köpenick im Kreise seiner Familie das Gleichgewicht wiederfinden. Daß das Ausscheiden der beiden Herren keine Lücke im Gemeindepalament macht, empfand wohl auch der Gemeindevorsteher, der sein Wort des Bedauerns beim Scheiden aber des Dankes für geleistete gute Dienste fand. Bezeichnend für die Jesuitenmoral des Räterekonstruktoren bleibt es aber doch, daß man erst dann den Vertreter der Hausbesitzer über die Ringe springen ließ, als es dem eigenen Fraktionsgenossen aus Leben ging. Eine Anfrage über den Unglücksfall in der Schloßstraße, wo vor einigen Tagen ein Arbeiter von der Elektrischen überfahren und so schwer verletzt wurde, daß er starb, bestätigte die unliebsame Tatsache, daß zwischen dem freiwilligen (bürgerlichen) Sanitätskorps und den Samaritanern der Feuerwehr eine Misshandlung besteht, unter der etwaige Verunglückte zu leiden haben. Die Veröffentlichungen über diesen Unglücksfall im "Steglitzer Anzeiger" wurden sowohl vom Gemeindevorsteher wie vom Gemeindevertreter Parflov als der Wahrheit widersprechend bezeichnet. Sollte das, was hier nicht zu entscheiden ist, der Fall sein, dann wäre damit nur bewiesen, daß das "Blätchen" nicht nur in seinen "Stimmungsabläufen" aus dem Gemeindepalament", sondern auch bei anderen Gelegenheiten schwindelt. Eine eigene Empfehlung für das "Organ für amtliche Bekanntmachungen". — Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden recht beträchtliche Mittel für die verschiedensten Zwecke verlangt und bewilligt, meist ohne Debatte, da sie im Interesse unseres Ortes geboten waren. Nur gegen die Errichtung einer Vorschule an dem Baußen-Realgymnasium machte die Linke im Interesse der Einheitschule Opposition, jedoch erfolglos. Unter dem Punkte "Nachbesichtigungen" suchte der Gemeindevorstand wieder einmal verschiedene Mehrausgaben unter Hinweis auf die gedruckten Vorlagen sich bewilligen zu lassen, ohne daß die Öffentlichkeit erfahren hätte, wie sie entstanden sind. Gemeindevertreter Winkler und Genosse Ahmann machten jedoch einen Strich durch die Rechnung. Ersterer kritisierte, daß die für den Umbau des Rathauses bewilligten 30 000 M. noch um 5000 M. überschritten wären, was nun allerdings wohl oder übel nachbewilligt werden müsse. Ahmann ging näher auf die einzelnen Mehrausgaben ein und stellte fest, daß ein Teil der Mehrausgaben durch eigenmächtige Anordnungen der gewählten Unterkommission entstanden seien. Er hält es für überflüssig, daß für das "Gemeindevertreter-Zimmer" bessere Möbel und eine bessere Beleuchtung vorgesehen seien. Weisige Erleuchtung sei für die Gemeindevertretung nötiger als künstlerische Beleuchtung. Er und kein Parteigenosse müßten diese Nachforderungen ablehnen. Ferner wandte sich Ahmann gegen die Nachbewilligung von 2430 M. die über die bewilligten 4000 M. hinaus bei der Jubiläumssfeier des Gymnasiums verausgabt worden sind. Diese Mehrausgaben sind entstanden einmal durch die Festschrift, die allein über 5000 M. verschlang, und durch ein Festessen, das ohne Gemeindevorstand auf Kosten der Gemeinde gegeben wurde. Weil eine Anzahl Gemeindevertreter privatim den Wunsch äußerten, sich einmal auf Kosten der Steuerzahler guttun zu tun, beschloß der Gemeindevorstand die Gratifikation von Speisen und (natürlich) Getränken für sich selbst, die Gemeindevertreter und — deren Damen. Ahmann verzweifelnd grundsätzlich die Verschwendung von Gemeindegeldern zu Ehre und Trinkgelagen. Er erinnerte an die Berichte der Lokalpresse über die Einweihungsfeier des Elektrizitätswerkes, aus denen man schließen müsse, daß dort wahre Orgien auf Kosten der Steuerzahler gefeiert worden seien. Der Bürgermeister erklärte die Orgien (natürlich nur das Wort in dieser Anwendung) für nichtparlamentarisch, und die Mehrheit "bewilligte" sich mit veränderten Schamgefühl das, was sie vorher "genehmigt" hatte. Herr Parflov gab noch der Hoffnung Ausdruck, daß sich noch oft Gelegenheit bieten möge, solche Feste zu feiern, die gleichzeitig eine — Klame für unseren Ort seien. Nur zwei Herren der bürgerlichen Linken verurteilten mit den Sozialdemokraten die Veranstaltung von Festen auf Kosten der Allgemeinheit ohne vorherige Bewilligung.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Jahresbericht des Vorstandes entgegen. Die Tätigkeit desselben war im verflohenen Jahre eine äußerst rege, doch war der Erfolg für die Organisation nicht voll befriedigend. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 737 (619 männliche und 118 weibliche) gegen 652 (572 männliche und 80 weibliche) am 30. Juni 1910. Neu eingetreten sind 184 Mitglieder (121 männliche und 63 weibliche), ausgeschieden 102, verstorben 58, ausgeschieden 12, wegen rezidierender Beiträge wurden 105 Mitglieder ausgeschlossen, während durch Tod 6 Mitglieder verloren gingen. Gewerkschaftlich organisiert sind 75 Proz. der Mitglieder, und der Konsumgenossenschaft gehören 25 Proz. als Mitglieder an. — Den nächsten Bericht erstattete Genosse Höhn. Im letzten Quartal haben eine Einnahme von 668,78 M. als Ausgabe 578,63 M. gegenüber, inklusive 391,18 M., die dem Vorstand übergeben wurden. Die Kasse erfordert einen Zuschuß von 87 M. Ueber die Tätigkeit des Bildungsausschusses berichtete Gen. Büttner. Er bemängelte unter anderem, daß den Genossen am Ort kein

größerer Saal zur Verfügung steht, wodurch die Bildungsbestrebungen und auch die Entwicklung des Wahlvereins gehemmt werden. Im Ortsteil Süden steht und das Lokal von Vorderer jetzt zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Dem neu gewählten Vorstand gehören an: W. Pichler erster, K. Fermann zweiter Vorsitzender, Splichardt erster, Bernsee zweiter Kassierer, Fleischschmidt erster, Jechert zweiter Schriftführer, Genossin Sabinski, Wagnerin, Bibilothekar Fr. Krug, Redirektor Spindler, Wagner, Dyser, Lokalkommission Arnold, Müller und W. Schmidt. In den Bildungsausschuss wurden gewählt die Genossen Däumig, Pichler und Frau Schulz. — Unter Verschiedenem wurde ein Antrag angenommen, die Errichtung eines Arbeiterjugendheims dem Bildungsausschuss zu überweisen. Genosse Ahmann als Gemeindevertreter brachte dann noch eine Angelegenheit aus einer der letzten Sitzungen der Gemeindevertreter zur Sprache. Ihm war bekannt geworden, daß die Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder in die Ferienkolonie nicht abhängig gemacht wird von dem ärztlichen Gutachten und der Bedürftigkeit des Kindes, sondern daß ein Beamter des Rathauses einfach die Auswahl der Kinder nach Willkür vornimmt. Eine Anfrage unseres Vertreters in der Sitzung an den Gemeindevorstand hatte zur Folge, daß man einfach alles in Abrede stellte und Beweise verlangte. Diese sind dem Vorsteher auch gegeben worden. Der Herr Gemeindevorsteher ist aber bis heute noch nicht auf die Angelegenheit zurückgekommen. Ob er wohl geschwiegen hätte, wenn sich die Angelegenheit nicht so drehen würde? Am Schluß der Versammlung wurden noch zum Besuch der Parteischule die Genossen Fleischschmidt und K. Fermann vorgeschlagen.

Nixdorf.

Durch eine Spiritusexplosion schwer verletzt wurde am Sonntag nachmittag der 23jährige Schlosser Fritz Motow, Siegfriedstr. 6 wohnhaft. M., der eine Laube am Mariendorfer Weg besitzt, wollte sich dort auf einem Spiritusofen Kaffee kochen, beging jedoch die Unvorsichtigkeit, auf den brennenden Apparat Spiritus nachzugießen. Es erfolgte eine Explosion, bei welcher die Kleider des M. in Brand gerieten. Auf seine Hilferufe eilten einige in der Nähe befindliche Laubenkolonisten hinzu, die den Brand erloschen und den Verunglückten nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße schafften. Dort wurde festgestellt, daß der Schlosser gefährliche Brandwunden am Kopf, an der Brust und an den Armen erlitten hatte, die seine sofortige Ueberführung nach dem Nixdorfer Krankenhaus notwendig machten.

Pichtenberg.

Die Grundsteinlegung des neu zu errichtenden Krankenhauses ist gestern mittag 12 Uhr unter Beteiligung staatlicher und kommunaler Behörden erfolgt.

Wilmerdsdorf.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Schröder den Bericht des Vorstandes vom letzten Geschäftsjahr. Redner teilte mit, daß im vergangenen Jahre zehn öffentliche und 17 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl stieg von 526 auf 603, darunter befinden sich 88 weibliche Mitglieder. Der "Vorwärts" zählt jetzt 1100 Abonnenten. Im Laufe des Jahres gelang es uns, bei den letzten Stadtverordnetenwahlen wieder zwei Vertreter seit langer Zeit ins Wilmerdsdorfer Stadtparlament zu entsenden. Genosse Goddans gab den Kassenbericht vom letzten Quartal, derselbe schließt ab mit einer Einnahme von 578,18 M. und einer Ausgabe von 500,91 M. An den Kreis wurden 886,10 M. abgeführt. Den Bericht der Lokalkommission gab Genosse Kallow, der mitteilte, daß es im vergangenen Jahre gelungen sei, zwei weitere Lokale frei zu bekommen, und zwar "Stadtpark", Kaiserallee, und "Auriferstenpark", Auriferstendamm. An den Bericht des Vorstandes knüpfte sich eine längere und rege Debatte. Bei der hierauf folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Als Revisor fungiert Genosse Klei und als Bibliothekar Genosse Frank. Als Bezirksführer wurden die Genossen Lehmann, Becker, Freund, Adam und Moritz bestätigt.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Die notwendig der Einzug zweier Sozialdemokraten in das Gemeindepalament war, bewies wieder einmal die Behandlung der Rathsanträge. In dieser Angelegenheit sind schon eine Anzahl Beschlüsse gefaßt und wieder aufgehoben worden. Leider werden Grundstücksfragen geheim behandelt, so daß die Öffentlichkeit die Herren, die die Gemeindepolitik persönlichen Interessen dienlich zu machen suchen, nicht gut genug kennen lernt. Genosse Richter bezeichnete die Beschlüsse der geheimen Sitzung als eine große Blamage der Gemeindevertretung. Daß er hier eine munde Stelle herhielt hatte, bewies der Spektakel, den die Herrschaften daraufhin anstalteten. Sie verlangten, er solle seine Äußerungen zurücknehmen. Unser Redner tat ihnen selbstverständlich diesen Befehl nicht, sondern wiederholte dieselben eindringlich. Weiteres konnte er zu dieser Angelegenheit nicht ausführen, da es sich um einen Beratungsgegenstand aus einer geheimen Sitzung handelte. Vielleicht stellt der Gemeindevorstand im Interesse des Ansehens der Gemeindevertretung die Sache öffentlich richtig, auch wenn es dem einen oder anderen der Herren sehr unangenehm sein sollte. Zur Sache selbst erklärte sich unser Genosse gegen die Errichtung des Rathauses am Wilmerdsdorfer Platz, da dieses Grundstück für die Errichtung einer unbedingt notwendigen Volksschule vorgesehen sei. Er halte den Bauplatz für geeigneter. Denselben Standpunkt vertraten der Bürgermeister sowie der Schöffe Richter und der Gemeindevorstand Altmann. Nach längerer heftiger Debatte wurde die Angelegenheit bis nach den Ferien vertagt. — Den Oberlehrern und Lehrern der höheren Lehranstalten wurde die außerpreussische Dienstzeit auf das Pensionsdienstalter mit angerechnet. Auf Beschluß der Gemeindevertretung hatte der Gemeindevorstand bei der Eisenbahndirektion Berlin die Herstellung eines zweiten Zuganges zum Wannseebahnhof von der Saarstraße aus beantragt. In der jetzt eingegangenen Antwort der Eisenbahndirektion verlangt dieselbe, daß die Gemeinde Friedenau die Gesamtkosten dafür in Höhe von 280 000 M. tragen müsse. In der Vorlage des Gemeindevorstandes wird bemerkt, daß Steglitz, das an diesem Eingang mehr Interesse habe als Friedenau, einen Beitrag zu den Kosten abgelehnt hätte. In der Diskussion erklärten sich alle Redner gegen den Vorschlag der Eisenbahndirektion. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, sich noch einmal mit Schöneberg und Steglitz in dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen.

Ein weiterer Antrag des Gemeindevorstandes verlangt die Schaffung einer Alkoholfürsorgestelle, die der Fürsorgestelle des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose angegliedert werden soll. Der Antrag wird vom Gemeindevorstand Dr. Lohmann warm befürwortet. Genosse Richter hielt es für richtiger, wenn die Gemeinde selbst derartige Maßnahmen in die Wege geleitet und nicht wieder die private Wohltätigkeit in Anspruch genommen hätte. Der Antrag wurde angenommen. Der Spielplatz am Mahdaplaz soll auch in diesem Jahre während der Ferien der schulpflichtigen Jugend zur Verfügung gestellt werden, Mittel zur Beaufsichtigung wurden bewilligt. Gemeindevertreter v. Brodow erbat den Gemeindevorstand, sich mit den umliegenden Gemeinden wegen Errichtung eines Armenatoriums in Verbindung zu setzen. Bürgermeister Walger antwortet, daß dies schon geschehen sei und die Verhandlungen zurzeit noch schweben. Die Fahrstraße der Linie W ist vor kurzem von Wilmerdsdorf bis Pichtenberg verlängert worden, doch fahren die Wagen nach 9 Uhr abends nur bis Wilmerdsdorf (Kaiserplatz), was von den meisten Fahrgegnern, denen man davon keine Kenntnis gibt, sehr unangenehm empfunden wird. Genosse Richter ersuchte den Gemeindevorstand, bei der "Großen Berliner" die Abstellung dieses Uebelstandes zu veranlassen. Der Bürgermeister versprach dies zwar, doch zweifelte er stark, irgend einen Erfolg bei dieser nur auf Profitmacherei ausgehenden Gesellschaft zu haben.

Ober-Schöneberg.

Ferienspiele. Die unter Leitung des Arbeiterturnvereins in den Vorjahren veranstalteten Ferienspiele für die Schulkinder litten wesentlich darunter, daß der Spielplatz zu weit entfernt lag. Es ist nun gelungen, einen am Wasser vorn im Ortsteil Ostend gelegenen Platz zu pachten. Da sich wiederum Personen bereit gefunden haben, die Spiele zu leiten und zu beaufsichtigen, wird eine rege Beteiligung erwartet; die Zeit, in der diese Spiele stattfinden, wird noch mitgeteilt werden.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die letzte Gemeindevertreterversammlung unterschied sich wesentlich von den seit langer Zeit hier üblichen. Seit Jahren wurde zum ersten Male eine ordentliche Sitzung abgehalten, während man sonst hier nur außerordentliche Sitzungen kennt. Unter der Ueberwachung durch den Kreis soll eine Obsterwerbsgenossenschaft im Kreis Zehlendorf gegründet werden, die den Obstzüchtern bei der Erlangung günstiger Preise behilflich sein soll. Der Vorstand wird ermächtigt, zwei Anteile à 500 M. von der neu zu gründenden Genossenschaft zu erwerben. In Etatsüberschreitungen werden für das Rechnungsjahr 1910 nachträglich bewilligt: für die allgemeine Verwaltung 13 088,58 M., bei den elektrischen Anlagen 54 196,25 M., bei der Kanalisations-Vertriebsverwaltung 17 577,47 M. Der geplante Neubau einer weiteren höheren Mädchenschule (der erst vor zwei Monaten beschlossen worden war) war zunächst auf dem Grundstück der bestehenden Mädchenschule in Aussicht genommen. Inzwischen haben sich die Herren eines anderen bedonnen, da die Unterbringung des Neubaus auf dem Grundstück erhebliche Schwierigkeiten haben soll. Man sehe sich deswegen genötigt, ein neues Grundstück zu diesem Zweck zu erwerben. Diese Angelegenheit hat bereits die nichtöffentliche Sitzung beschäftigt. Der Neubau soll in etwas anderer Form ausgeführt werden als das bestehende Mädchenschulhaus. An Kosten werden einstweilen 301 000 M. in Ansatz gebracht, doch hofft man, daß sich diese Summe noch etwas herabdrücken läßt. Kal Kal Das Projekt für die Oberrealschule ist zur Baureife gediehen. Die veranschlagten Kosten von 617 000 M. haben sich einstweilen als zu hoch erwiesen. Einige bisher nicht vorgesehene Referentarbeiten sollen in das Projekt mit aufgenommen werden. Eine Anfrage des Vertreters Grünwald, warum für den Bauleiter der Oberrealschule 836 M. an monatlicher Entschädigung vorgesehen, während für den Bauleiter der Mädchenschule nur 300 M. in Ansatz gebracht sind, beantwortete der Referent dahin, daß für diesen umfangreichen Bau eine bessere Kraft benötigt wird. Die Beschaffung über die Kosten wird vorbehalten. Für die Unterbringung einiger Klassenräume der Gemeindefschule I und einiger bis zur Fertigstellung der Oberrealschule für diese notwendigen Klassenräume wurden 7700 M. bewilligt. Bei der provisorischen Anlage soll auf gesonderte Zugänge besondere Rücksicht genommen werden. Der Bau der neuen Gemeindefschule wurde auf den Sanft Nimmerleinstag, nach der Vorlage auf zwei Jahre verschoben. Für die Erweiterung der orthopädischen Turnhalle wurden 450 M. bewilligt. Für die Ferienkolonien bewilligte die Vertretung noch 1500 M. nach.

Köpenick.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die der Magistrat mitteilt, hat die Befolgsordnung für die Lehrpersonen der Dorotheenschule, früherer Mädchen-Mittelschule, die Befestigung der Regierung nicht erhalten, weil die Schule eine anerkannte höhere Schule noch nicht ist. Der Magistrat beantragt daher aus formalen Gründen eine andere Befolgsordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1911 ab zu erlassen, welche aber die bereits für die höhere Mädchenschule schon früher bewilligten Sätze vorläßt. Mit dem Rektor soll ein besonderer Vertrag über die Anerkennung der Befolgsordnung geschlossen werden. Die Versammlung stimmte dem zu. Desgleichen schlug der Magistrat vor, die dritte (katholische) Gemeindefschule und die Hilfsschule in die zurzeit leerstehende VII. Gemeindefschule in der Kaiser-Friedrich-Straße zu verlegen. Auch diesen Vorschlag gab die Versammlung ihre Zustimmung und bewilligte gleichzeitig 6500 M. zur Renovierung der VII. Gemeindefschule. Bei Besprechung der der Versammlung vorliegenden Berichte der Schulärzte erinnerten unsere Genossen daran, wie schwer es jederzeit gewesen sei, die Mehrheit der Versammlung als auch den Magistrat zur Anstellung von Schulärzten zu bestimmen. Nach Durchsicht der seit Jahren eingehenden Berichte werde wohl niemand mehr zweifeln, daß die Anstellung von Schulärzten eine dringende Notwendigkeit war. Weiter ersuchte unser Redner den Magistrat, umgehend auch der Schulzahnpflege durch Anstellung von Zahnärzten näherzutreten, da nach den Berichten der Schulärzte die Hälfte aller Schulkinder zahntant seien. Weiter forderte unser Redner auch die Errichtung von Volksschulen.

Die bürgerlichen Vertreter hielten es nicht der Mühe für wert das Wort zu nehmen, da es sich ja meist nur um Arbeiterkinder handelt. Dem Antrag der Fortkommmission, die in den Etat für 1911 aus Holzverkauf in Einnahme gesetzten 12 000 M. auf 8000 M. herabzusetzen, da es nicht möglich sei soviel Holz zu schlagen, stimmte die Mehrheit der Versammlung nichtzugeben zu. Auch hierbei konnten unsere Genossen darauf hinweisen, daß sie vor Jahren bereits davor gewarnt haben, nicht jedes Jahr für 20 000 bis 30 000 M. Holz zu schlagen, jetzt räche sich dies bitter.

Niederlehme.

Konkurrenzrecht und Polizeiwirkung. Ueber dies zeitgemäße Thema sprach am Sonntagnachmittag Genosse Karl Lieblincht im Lokal von Thormann in Neuz Wühle. Da das Versammlungslokal viel zu klein war, mußte die Versammlung, an der wohl über 2000 Personen teilnahmen, nach dem Garten verlegt werden. Ein Beweis dafür, wie groß das Solidaritätsgefühl und die Sympathie für die seit acht Wochen im Streik stehenden Arbeiter der Kordelwerke und Kalksandziegelwerke in Niederlehme ist. Die polizeilichen Maßnahmen gegen die um ein menschenwürdiges Dasein ringenden Arbeiter boten dem Referenten genügend Gelegenheit, mit der preussischen Polizeiwirtschaft ins Gericht zu gehen und zum Anschluß an die politische Organisation aufzufordern. In der Diskussion ergänzte Genosse Seiwelow unter Beifall, und Entrüstungsrufen die Ausführungen des Referenten.

Weihensee.

Aus der Gemeindevertretung. Die Errichtung eines Armenatoriums wurde einstimmig angenommen, nachdem Vertreter aller Parteien sich für die Errichtung ausgesprochen hatten. Nur der Schöffe Rothe wollte kein Armenatorium, weil die Gemeinde vor zwei Jahren erst teures Friedhofsgelände erworben hat, das noch gar nicht in Benutzung genommen ist. — Die Mittel für eine Damm- und Bürgersteig-Regulierung der Viktorienstraße zwischen Witzdaplaz und Kölschstraße wurde bewilligt. — Die Vertretung mußte sich auf eine Klage einlassen, die der Kaufmann Gustav Hoffmann, Berliner Allee 7, angestrengt hatte, weil bei der Regulierung der Bürgersteige zugleich auch der Bürgersteig vor dem Hause des Käfers mit reguliert wurde. — Die Jahresrechnung für 1909 wurde entgegengenommen. Dieselbe schließt ab mit einem Ueberschuß von 17 697,59 M. Bei dieser Gelegenheit bemängelte Genosse Raubmann, daß der Leiter des Wohlfahrtsamtes sich viel zu sehr der privaten Wohltätigkeitsvereine annehme, während er die von der Gemeindevertretung eingesetzte Wohlfahrtskommission gar nicht beachte. Seit zwei Jahren habe die Wohlfahrtskommission keine Sitzung abgehalten. Die Mitglieder derselben hätten keine Ahnung von dem Programm des Leiters. Großes Interesse widmete der Leiter des Wohlfahrtsamtes dem stattgefundenen Elementarbrunnel, aber die Bearbeitung der ihm übertragenen Arbeitsloosenversicherung rühre sich nicht vom Fleck. Die Vorwürfe wollte der Herr Bürgermeister nicht gelten lassen, er versicherte sogar, daß das Wohlfahrtsamt seine Schuldigkeit tue. Hoffentlich erhalten die Mitglieder nach dieser wiederholten Aufforderung endlich mehr Einsicht in die Praktiken des Wohlfahrtsamtes. Schöffe Rothe wollte den Ueber-

schuß aus dem Etat der Wasserwerkverfassung auf das nächste Jahr vorgetragen haben, da dieser Ueberschuß doch nur von den Hausbesitzern aufgebracht worden sei und diesen daher auch zugute kommen müsse. Eine Diskussion hierüber wurde vom Bürgermeister nicht für angebracht erachtet.

Am gleichen Tage um 8 Uhr fand die Wahl eines unbeforderten Schöffen statt. Gewählt wurde der Gemeindevertreter Meves mit 18 Stimmen.

Wilhelmstraße.

Die Mitgliederzahl des Wahlvereins ist, wie Genosse Junker in der Generalversammlung in seinem Bericht vom verfloffenen Halbjahr mitteilen konnte, von 251 auf 288 gestiegen. Die „Vorwärts“-Abonnenten haben sich von 351 auf 443 vermehrt. Genosse W. Grell gab den Kassenbericht vom letzten Quartal. Eine Einnahme von 492,28 M. steht eine Ausgabe von 385,05 M. gegenüber. Genosse Koffert gab in längerem interessanten Ausführungen einen Ueberblick von der Aufenagitation, er forderte die Parteigenossen auf, sich in der kommenden Reichstagswahl recht regen an der Landtagation zu beteiligen. Bei der nun folgenden Wahl des Bezirksvorstandes wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender O. Junke, 2. Vorsitzender F. Koffert, 1. Kassierer W. Grell, 1. Schriftführer W. Kreite, Bibliothekar M. Buch, Beisitzer Genossin Frau Käste. Als Leiter der Frauenagitation W. Kreite. Aufenagitation die Genossen Koffert, Kihmann, Kerger, Schulwig und Kahl. Zeitungs-Kommission Gustavus, Buchsch. Der vorgeleiteten Zeit wegen mußte die Versammlung vertagt werden.

Biesdorf.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde beschlossen, daß die Gemeinde Biesdorf eine eigene Steuervereinsprüfungskommission bilden soll. Bisher bilden die Gemeinden Biesdorf, Kaulsdorf und Biesdorf gemeinschaftlich eine Vereinskommision. Die Umpflasterung der Dorfstraße hat den Vorschlag von 800,60 M. überschritten, die nachgefordert werden. Genosse Müller forderte Aufführung, womit die hohe Ueberschreitung des Vorschlages begünstigt ist. Nachdem der Gemeindevorsitzer kurz geantwortet, wurde die Summe bewilligt. Der sich im Zuge des Hohensteinhäuser Weges befindliche Bahnübergang über die Lößbahn soll im Interesse der Gemeinde verlegt werden und wird der Vertrag mit der Eisenbahndirektion genehmigt und 500 M. bewilligt.

Hohen-Schönhausen.

In der Generalversammlung der Bezirksorganisation gab Genosse Köhler den Vorstandsbericht. Nach demselben haben zwei General-, zwei öffentliche Versammlungen und eine Wähler-versammlung stattgefunden. Die Bezirksleitung hat elf Sitzungen abgehalten. 200 Flugblätter sind verbreitet worden. Die Mitgliederzahl beträgt 149 männliche und 18 weibliche. 180 „Vorwärts“-abonnenten sind am Ort. — Der Gemeindevorstand im März hat uns keine positiven Erfolge gebracht. Gegen die Wahl des bürgerlichen Gemeindevertreters ist Protest eingelegt und die Klage beim Bezirksausschuß anhängig gemacht worden. — Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 371,97 M. auf, der eine Ausgabe von

213,46 M. gegenübersteht, somit ein Kassenbestand von 158,51 M. verbleibt. — In der Diskussion über den Vorstandsbericht wird lebhaft die mangelhafte Aufstellung des „Vorwärts“ kritisiert, der besonders Sonntags oftmals erst um 11 Uhr aufgestellt wird. Es wurde den Genossen aufgegeben, mit aller Kraft auf die Vermehrung der Abonnenten hinzuwirken, damit in absehbarer Zeit die Gründung einer Expedition am Orte vorgenommen werden kann. — Bei der Neuwahl der Bezirksleitung wird Genosse F. Kihne als erster und Genosse F. Kihne als zweiter Bezirksleiter neu- und als Kassierer Genosse G. Herich als wiedergewählt. Den Schriftführerposten übernimmt Genosse J. Obermeyer. Der Kinder-Ausschußkommission steht die Genossin F. Kihne vor.

Potsdam.

Aus dem Bodenfenster gefährt ist der beim Kaufmann Ruchsteth in Potsdam Beschäftigte 23jährige Arbeiter Schiers aus Vornstedt. Schiers wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden, ist und soeben Nr. 20 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum achten Gewerkschafts-Kongress — Kapitalistische „Sozialreform“. II. Von Kalle Alek. — Kinderarbeit und Kinderbeschäftigung im Großherzogtum Hessen. Von H. W. — Eine Zählung und hundert Verfassungen. Von K. H. — Die verurteilte Bedürfnislosigkeit. Von G. B. — Die Reichstagswahlen in Oesterreich. Von a. p.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Johann Peter Hebel. II. Von Dr. Wilhelm Hansenstein. — Aus alten Zeitungen. Von Hanna Kewin-Dorff. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: Mittagsglut. Von Karl Stieler. — Waterloo. Von Stenbhal.

Für unsere Kinder: Zur Hebung. Von Wolfgang Goethe. (Gebicht). — Thomas, der Knecht. Von Heinrich Arnst. — Uroleib. Von Gottfried Keller. (Gebicht). — Marco Polo's Beschreibung der chinesischen Stadt Kamsai. (Fortsetzung). — Eine Brockenfabrik. Von Bernhard Döwle. (Schluß). — Die Uhr. Von Emma Döhl. (Gebicht).

„Kommunale Praxis“. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Jede Woche erscheint 1 Heft. Abonnementspreis 3 M. pro Quartal. Einzelnummern 30 Pf. Am 1. Juli begann ein neues Quartal.

„In freien Stunden“. Eine Wochenchrift Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Mit Heft 26 schließt der erste Band ab. Die Abonnenten haben Ueberfluß auf das Heftbild: Hundsdol, Bewegte See bei aufgehendem Gemitter. Buchhändler und Kolportiere, die die Hefte verkaufen, liefern auch die Bilder. — Band 1 kostet in Reinen gebunden 3,50 M.; in Halbband 4 M.

Für Bibliotheken ist zu beachten, daß eine auf besserem Papier gedruckte Ausgabe zum Preise von 6 M. Mit dem 1. Juli (Heft 27) begann ein neues Abonnement. Zum Abdruck gelangen Cäsar's Briefe an Charles Dickens und die Aufzeichnungen des russischen Revolutionärs Gerschwin über seine Erlebnisse in dem Kampfe mit dem Jovinismus.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 14. Nummer der 28. Jahrgangs im Anfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir: Bilder: Die Kantschiller. Von D. G. Jentsch. — Der Unschickbare. Von Emil Ost. — Deutschland und die Schiedsgerichtsorschläge. —

Gleichheit. Von D. G. Jentsch. — Aus dem Juliasturm der Scherkmacher. Von D. G. Jentsch. — Beihmann und die Raben. Von M. Engert. — Schmorblaus Jähling. Von M. Engert. — Bilder aus der Zeit. Von D. G. Jentsch usw.

Text: Die Wiener Schicht. Von P. E. — Der Fuchsfest. Von Balduin. — Gedichtgedanken. — Die angelegte Arbeit. Von P. E. — Die Schnaps-Liedergabe. Von Hans Jux. — Schöpfendster Ritterschick. Von Lehmann. — Ueber Jacob! Von Gottlieb Raute. — „Nunquam retrorsum!“ Von Ep. — Zur Pflege der Volksmoral. Von Balduin usw.

Marktpreise von Berlin am 1. Juli 1911, nach Ermittlung des Reichlichen Volksgeldpreises. Marktpreise (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 30,00—35,00. Speisebohnen, weiße 30,00—35,00. Linen 20,00—25,00. Kartoffeln 7,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,50. Schweinefleisch 1,10—1,80. Kalbfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karren 0,00—0,00. Kote 1,60—3,00. Hamster 1,60—3,60. Seife 1,20 bis 2,80. Barfische 0,80—2,00. Schokolade 1,20—3,40. Weizen 0,80—1,60. 60 Stück Streife 2,00—4,00.

Witterungsbericht vom 3. Juli 1911.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Stettin	763 B	3 wolkig	14	14	Badaranda	754 B	4 heiter	14	14
Dresden	763 B	4 heiter	12	12	Petersburg	768 B	1 halb bb.	17	17
Berlin	765 B	5 halb bb.	13	13	Schwab	771 B	2 halb bb.	13	13
Kranau	767 B	2 wolkig	13	13	Aberdeen	767 B	3 wolkig	12	12
München	768 B	3 bedeckt	14	14	Wars	769 B	1 wolkig	13	13
Wien	765 B	1 bedeckt	17	17					

Wetterprognose für Dienstag, den 4. Juli 1911.

Wielach heiter, nachts kühl, am Tage wieder etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wassersstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wassersstand	am 2. 7.	am 1. 7.	Wassersstand	am 2. 7.	am 1. 7.
Amel, Mühl	75	75	Basle, Großh.	65	65
Bregel, Inhaburg	46	46	Basle, Spandan	32	32
Beisel, Thorn	46	46	Basle, Rastenburg	8	8
Ber, Rastburg	116	116	Bresl., Spremberg	70	70
Ber, Rastburg	77	77	Bresl., Westlau	85	85
Ber, Rastburg	96	96	Bresl., Rindben	110	110
Ber, Rastburg	96	96	Bresl., Rindben	33	33
Ber, Rastburg	14	14	Bresl., Rastburg	521	521
Ber, Rastburg	14	14	Bresl., Rindben	295	295
Ber, Rastburg	14	14	Bresl., Rindben	281	281
Ber, Rastburg	14	14	Bresl., Rindben	68	68
Ber, Rastburg	14	14	Bresl., Rindben	—	—
Ber, Rastburg	14	14	Bresl., Rindben	—	—

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 4. Juli
Anfang 7 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Die Rellertinger.
Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Der verdohnte Kuh.
Neues Schauspielhaus. Die leuchtende Sussanne.
Neues. Der Rodelzeigener.
Thalia. Polnische Wirtshaus.
Schiller O. (Kadaver-Theater.)
Sonne.
Schiller. Charlottenburg. Der dunkle Punkt.
Lustspielhaus. Die dritte Eskadron.
(Anfang 8,20 Uhr.)
Lust. Die Steindach Erde.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kaiser. Kassenluft (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gottes Caprice. Die letzte Nacht.
Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lustige. Sommerputz. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kleines. Korallen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trionon. Das Brimbor. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Eine Million.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hoheit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wassner. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Wahalla. Prinz und Bettlerin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Hohe. Goldene Jugend.
Rosa. Leute von heute.
Kaiser. Panorama. III. Teil: Indien. — IV.: Wanderung im Himalajaberge.
Urania. Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Helgoland im Wechsel der Zeit.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Helgoland im Wechsel der Zeit.



ZOO-LOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab
50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Theater.

8 Uhr. 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Der Rodelzeigener.

Passage-Panoptikum.
Die Neger-Riesin
Abomah, die größte Frau, die je gelebt.
Atlas ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
**Toni Thoms
Jim u. Jam
The Revaldos Comp.
u. d. Varieté-Festspiel-Prgr.**

Voigt-Theater

Gefundbrücken, Bobstraße 53.
Heute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Gr. Uebendahl in Gef. u. Lang 1. 3. III.
Täglich neue erstklassige Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2. Anfang 5 Uhr.
Die Kassenkasse ist von 3 Uhr an geöffnet.

Metropol-Theater.

Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Ruhf. von Rudolf Kellon.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Britton!
Wieche im Holzerod.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Die drei Grazien.
Witze in 4 Akten von Tereptow.
Spezialitäten und Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Luna-Park

Heute Dienstag:
Konzert des Berliner Liederkranz
unter Leitung des Chormeisters Ernst B. Mittlacher. — Konzert des Artillerie-Regiments Spandau unter Leitung des Dirigenten Obermusikmeisters Jolly.
Johnstowns Untergang.
Der größte Erfolg der Neuzeit.
Straße von Cairo.
Unverwundbare Darwische. Sudan-neger, Harem, Straßensänger, Handwerker, Kamel- und Eselritte.

Neue Welt.

Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Sensationelle Attraktionen.
Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a.
Große Spezialitäten-Vorstellung. Ganz neues Programm.
Smeerlape mit seinen dress. Schweinen. — The tree Spoons, 15 Minuten in der Hotchküche. — Jeannette et Vallis in d. sensationellen Apechentanz. — The Palmis, Aeroplan-Equilibrist.
Sonabend, den 8. Juli: Sommerfest der Branche der Gürtler des Metallarbeiterverbandes.
Bis 15. Juli 1911 gibt dieser Auschnitt bei Programmernahme zum Eintritt in den Park, jedoch nicht an Sonn-, Elite- und Vereinstagen.
Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schiller'schen Bahnhof.
Täglich mit Musik aus. Sonntag früh 9 Uhr mit 2 Uhr nach. Täglich (außer Sonabend) früh 10 Uhr und Sonntag noch
Waltersdorfer Schleuse
Neue Mühle. 50 Pf.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 6. Juli 1911:
Theater und Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Jeden Montag: Lustige Säger.

Apollo Theater

8 Uhr:
Das vollständig neue Programm.
8 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel Harry Walden
in
Sein Herzendjunge.
Vaudeville mit Gef. u. Lang in 2 Akten von H. Reichardt und R. Schaner.
Ruhf. von B. Kollo.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Die letzte Nacht.
Ein Fenster zu vermieten.
Das Trumphyband.

ROSE-THEATER

Große Franziska, Str. 182.
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasernenluft.
Auf der Gartendüne: Es gibt nur ein Berlin. — Große Revue.

WINTERGARTEN

Die ausserordentlichen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinthen, klassische Tänze.
Kaufmanns Lady cycle troupe.
De Dio.
Charles Barons Burleske-Menagerie.
Tschin Maes 8 heil. Chungusen und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Königsstadt-Kasino.

Holzmärktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Tägl. im herrlichen Salon:
Goldene Jugend.
Schauspiel in 1 Akt.
Aufschr.: Pohleys Miniaturtheater.
Franz Hollner in 1. Aufz. Charakter-Typp „Der Wichtigt.“
Anf. 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater

Dienstag, den 4. Juli:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das neue Lust-Programm.
Arlett-Era. Los Laro Reels. Lily Maritz. Ernst Lissack. Ballett-gesellschaft Melani.
Der artelische Brunnen.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Oll.
Berlin N., Brunnensstraße 16.
Wenn ich im Garten! Wenn ich nicht im Saal!
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Leute von heute. Dr. Hoffmann. Die Zauberorgel. Operette. Dr. Forest v. Agl. Opern. Die Stanley's.
Anfang 6 Uhr.

Max Kliems

Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.
Heldendauer Theatergarten, bei ungestörter Witterung Schuß biend.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Donnerstag: Elftag.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
In der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
D. prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Zahlreiche Kunstausproduktionen.
Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr a. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenspreise.

Café Bellevue.

Rummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstellung u. Garten-Konzert.
Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sänger

Moabit Wintergarten

Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18.
Direktion: Karl Pirnau.
Spezialitäten-Vorstellung.
Bollini-Truppe, Lustspiel. Iva Gifford, maill. Union The Ladies, Equil. Leopold Kaiser, moderner Jumorist. Ada Willies, Vortragstänzer. Rot-Betty, Gefangenschaftslied usw.
Konzert 4 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorzeiger dieser Annonce zahlt wochentags für Sperrlich 20 Pf.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Verbitum gegenüber keinerlei Verantwortung.

